

LandInForm

Magazin für Ländliche Räume

AUSGABE 1.23

mobisaar – Mobilität für alle _32

Aus zwei jungen LEADER-Regionen _35

Kooperativen für Klima und Natur _42



**Neue Ideen für
die Wärmewende**

Inhalt



Seite 32 —
mobisaar – Mobilität für alle



Seite 35 —
Aus zwei jungen LEADER-Regionen



Seite 42 —
Kooperativen für Klima und Natur

Für das Netzwerk

INSIDE

- 05** — Konfettiregen für die Sieger
- 05** — Wir suchen LEADER-Aktive und -Projekte
- 05** — Neu bei der DVS

DAS WAR

- 06** — Stadt-Land-Partnerschaften für regionale Lebensmittel
- 06** — Energiewende – nichts Neues für das Land!?
- 07** — Für mehr Forschende aus der Praxis
- 08** — Engagement auf dem Land gemeinsam stärken!

DAS KOMMT

- 08** — Bundesweites LEADER-Treffen
- 09** — Unser Programm für den Start in die neue Förderperiode

Im Fokus

EINLEITUNG

- 10** — Intro
- 12** — Lokal und regional umbauen – Wärme neu denken
- 15** — 100 Prozent Erneuerbare sind möglich

ANSÄTZE AUS DORF UND REGION

- 16** — Ein Landkreis wird klimaneutral
- 18** — Wärme fürs Dorf
- 21** — Aufgabe für Genossenschaften
- 22** — Wie der Wind wärmt
- 24** — Reststoffe nutzen – Systeme kombinieren

HERAUSFORDERUNGEN ANGEHEN

- 26** — Mit Sonne gekühlt
- 27** — Engpass Handwerk
- 28** — Heizsysteme jetzt umbauen!



ab Seite 10

Im Fokus: Neue Ideen für die Wärmewende

Einige Dörfer und ländliche Regionen setzen bereits auf erneuerbare Wärmequellen. So verschieden die Region, so unterschiedlich die Lösungsansätze: Wir zeigen Beispiele, wie sich Holzreste und Biomasse, Sonnen- und Windkraft sowie Wasserstoff einsetzen lassen.

Aus der Praxis

- 29 __ Energiewende in der Box
- 30 __ Der in Kreisläufen denkt
- 32 __ **mobisaar – Mobilität für alle**
Der saarländische öffentliche Personennahverkehr bietet einen kostenfreien Begleitservice an: Geschulte „mobisaar-Lotsen“ unterstützen mobilitätseingeschränkte Menschen bei ihrer Fahrt mit Bus und Bahn
- 34 __ Beverbruch umsorgt seine Senioren

Prozesse und Methoden

- 35 __ **Aus zwei jungen LEADER-Regionen**
Die LEADER-Regionen „Voreifel – die Bäche der Swist“ und die Limesregion Hohenlohe-Heilbronn gehen neu an den Start. Was treibt die Beteiligten an?

Forschung trifft Praxis

- 38 __ AKIS konkret: Netzwerk Fokus Tierwohl

Perspektiven

- 40 __ Wie soziale Dorfentwicklung gelingt
- 42 __ **Kooperativen für Klima und Natur**
Brandenburg unterstützt Landwirte dabei, Maßnahmen zum Klima- und Artenschutz gemeinschaftlich umzusetzen.

PARTNER & EXPERTEN

- 43 __ Vom Plan zur Maßnahme

BILDUNG & FORSCHUNG

- 44 __ Digitale Anwendungen für ländliches Ehrenamt?
- 46 __ Welche Informationen sind seriös?
- 48 __ Verstehen, wie die anderen arbeiten

DIE POSITION

- 49 __ LEADER bürgernah – ein Gastkommentar

Service

- 50 __ angelesen
- 51 __ angekündigt
- 52 __ Termine



Liebe Leserinnen und Leser,

ein großes Thema bei der Diskussion um die Energiewende ist die kommunale Wärmeversorgung – der Schwerpunkt dieses Heftes. Es gilt, im Gebäudebestand bis 2045 rund 16 Prozent der aktuellen CO₂-Emissionen Deutschlands einzusparen. Was müsste sich tun, um dieses Ziel zu erreichen? Die gemeinsame Studie „Agenda Wärmewende 2021“ des Öko- und des Hamburg Instituts nennt beispielsweise eine Gebäudesanierungsrate von drei Prozent pro Jahr und den Einsatz von 13 Millionen Wärmepumpen; das sind etwa dreizehnmal so viele wie heute. Also einiges an neuer Technik und viel Geld, das in die Hand genommen werden muss.

Für Kommunen ab 20 000 Einwohnern könnte die kommunale Wärmeplanung verpflichtend werden. Die vielen kleineren dürfen, müssen aber nicht, so der Stand der Planung. Hierzulande haben etwa 7 800 Kommunen weniger als 5 000 Einwohner. Es wird also viele Beispiele geben, um voneinander zu lernen. Förderungen von Bund und Ländern gibt es bereits, so seit Januar 2022 über die Kommunalrichtlinie. Beispielsweise für findige Mitarbeitende im Energie- und Klimamanagement, die Projekte vor Ort umsetzen und externe Büros bei der Wärmeplanung unterstützen. Aber auch die „Nationale Klimaschutzinitiative“ hilft kleinen oder finanzschwachen Kommunen. Auf der dazugehörigen Website werden unterschiedliche Projekte vorgestellt, die zeigen, was mit dem Instrument möglich ist. Wird der – meist recht aufwendige – Antrag bis zum 31. Dezember 2023 gestellt, werden 100 Prozent finanziert. Erste Anforderungen an die Büros und die Qualifikation der Kümmerer finden sich im „Praxisleitfaden kommunale Wärmeplanung“, den zwei Verbände aus dem Versorgungs- und Energiebereich gemeinsam aufgelegt haben.

Gerade für kleinere Kommunen bietet die interkommunale Zusammenarbeit Vorteile. Sie ist in einigen Ländern Fördervoraussetzung. Ähnliche Dorfstrukturen gemeinsam zu betrachten, spart Zeit und Kosten. Bei kompakter Bebauung bieten sich unter Umständen Quartierskonzepte oder Machbarkeitsstudien für ein Wärmenetz an. Im Zuge der Wärmeplanung erhalten die Akteure Infos zu technischen Entwicklungen und bekommen Einblicke, die helfen, nötige Investitionen besser zu planen. Wärmenetze können auch genossenschaftlich getragen und gemeinsam organisiert werden. Viele Regionen bringen schon Erfahrungen dafür mit – aus der Energiewende und dem Umstieg auf erneuerbaren Strom.

Viel Spaß und neue Ideen wünscht

Jan Swoboda

Dr. Jan Swoboda ist Leiter der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume

Impressum

LandInForm –
Magazin für Ländliche Räume
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Auflage: 12 000 / ISSN: 1866-3176

Herausgeber:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), Bonn

Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS),
Redaktion: Andrea Birrenbach, Anja Rath,
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)
Redaktionelle Unterstützung:
Iris Bahr; neues handeln AG

Titelbild: iStock.com / blackboard1965

Rückseite: Good Studio / stock.adobe.com

Gestaltung: Max Nestor, Nestor GmbH
www.studionestor.de

Druck: Kunst- und Werbedruck,
Bad Oeynhausen
Gedruckt auf Recyclingpapier

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29, 53179 Bonn
Telefon: 0228 6845-3435, -3461
Fax: 030 1810 6845-3361
E-Mail: landinform@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei unter
www.land-inform.de und unter
www.ble-medienservice.de

Anmerkungen der Redaktion:
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen.
Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.

Gendergerechte Sprache ist uns ein Anliegen. Deshalb investieren wir Zeit und Mühe, um die Texte diskriminierungsfrei zu gestalten. Wir wenden dabei die Regeln der deutschen Sprache an.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes (ELER) gefördert. Zuständige Verwaltungsbehörde: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Kürzel der DVS-Autoren:
Iris Bahr: iba, Camilla Bentkamp: cbe, Andrea Birrenbach: abb,
Arno Blaskowski: abl, Jan Freese: jaf, Leonie Göbel: lgö,
Marie Halbach: mha, Markus Hinskes: him, Stefan Kämper: stk,
Moritz Kirchesch: mok, Felix Kupfernagel: fku, Irene Lange: ila,
Isabella Mahler: ima, Sophia Neuhoﬀ: sne, Dagmar Nitsch: dan,
Anja Rath: arh, Susanne Schniete: sus, Jan Swoboda: jas,
Dirk Thieves: dth, Anke Wehmeyer: awr, Heike Zipper: hez



Glückliche Gewinner: Siegerehrung bei der Internationalen Grünen Woche in Berlin

Konfettiregen für die Sieger

Gewinner des DVS-Wettbewerbs „Gemeinsam stark sein 2022“ ausgezeichnet

Virtuelle Konfettis regneten auf die Gebrüder Block aus Schleswig-Holstein herab, als sie für ihr Projekt „Pflanzenkohle“ den ersten Preis entgegennahmen. Beim DVS-Wettbewerb, der 2022 unter dem Motto „Mit dem Klimawandel umgehen“ stand, hat es die Jury überzeugt: „Wir brauchen Negativ-Emissionen, also Möglichkeiten, der Atmosphäre Kohlenstoff zu entziehen. Das Pflanzenkohle-Projekt leistet einen Beitrag dazu“, so Jury-Mitglied Bernhard Osterburg, Leiter der Stabsstelle Klima und Boden im Johann Heinrich von Thünen-Institut.

Den zweiten Preis gewann das „Heckenprojekt“, das die Lokale Aktionsgruppe GießenerLand in Kooperation mit fünf weiteren hessischen LEADER-Regionen umsetzte. „Das Projekt hat mich begeistert, da es wunderbar übertragbar ist“, sagt Jury-Mitglied Matthias Schilling, Bürgermeister der Gemeinde Uckerland in Brandenburg. Den dritten Platz erreichte das kreative Kunst- und Mitmach-Projekt „Keine Handbreit Wasser“ der LEADER-Region Rund um den Huy in Sachsen-Anhalt. „Es ist beeindruckend, dass mehr als 500 Menschen involviert waren und auch versucht wurde, grenzübergreifend zusammenzuarbeiten“, so Jury-Mitglied Sandra Lindemann, Geschäftsführerin der Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG). Über den Publikumspreis freute sich das Projekt „Torfmoosansiedlung zur Schaffung von Pflanzenpools“ der Ökologischen Schutzstation Steinhuder Meer e. V. in Niedersachsen. Es konnte in einer öffentlichen Online-Abstimmung rund 500 der 3 000 abgegebenen Stimmen für sich gewinnen und sich damit gegen 23 weitere Projekte durchsetzen.

„Die vier Sieger, aber auch die anderen 20 eingereichten Projekte, zeigen, dass Großes geleistet wird; dass es viele engagierte Menschen gibt, die gute Ideen umsetzen und ländliche Räume voranbringen“, sagte Dr. Hanns-Christoph Eiden, Präsident der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Er verlieh die Preise gemeinsam mit Dr. Wolfgang Zornbach, Leiter des Referats „Klimaschutz, Klimaanpassung, Wasser“ im Bundeslandwirtschaftsministerium. Die Gewinner erhielten Warengutscheine im Wert von 1 000 bis 2 000 Euro für die Projektarbeit. Eine Broschüre stellt alle Projekte vor und ist kostenlos bestellbar. [ima]



SERVICE:
Weitere Infos unter:
www.ble-medienservice.de > Suche: 7154
www.dvs-wettbewerb.de

KONTAKT:
Isabella Mahler, DVS
Telefon: 0228 6845-3974
isabella.mahler@ble.de

Für das Netzwerk

Wir suchen LEADER-Aktive und -Projekte



Die kommende LandInForm-Ausgabe hat den Fokus „LEADER startet durch“. Darin möchten wir das breite LEADER-Portfolio aufzeigen. So wollen wir vorstellen, wie Regionen aktuelle Herausforderungen meistern – beispielsweise mit bereits erfolgreichen Projekten, die fortgeführt oder auch neuen, die gestartet werden. Oder Menschen porträtieren, die schon lange bei LEADER aktiv sind. Zudem suchen wir Verantwortliche aus LEADER-Regionen, die sich bereits konkret mit Indikatoren und Monitoring beschäftigt haben. Wer möchte für einen Beitrag mit uns zusammenarbeiten? Wir freuen uns über Rückmeldungen bis zum 20. März 2023. [arh]

i

KONTAKT:
Andrea Birrenbach und Anja Rath
Telefon: 0228 6845-3435 oder -3461
landinform@ble.de

Neu bei der DVS

Iris Bahr ist mit dem neuen Jahr zur DVS gestoßen. Sie verstärkt das Team in Sachen soziale Medien, Redaktion und Pflege der Regionaldatenbank. Die Philologin und Online-Marketing-Managerin bringt langjährige Erfahrung in Marketing, Kommunikation, Journalismus, Lektorat und Vernetzung mit. Ihre letzte Station war eine Berufsorientierungs- und Bewerbungsplattform für Schüler nach dem Prinzip sozialer Netzwerke. [iba]



i

KONTAKT:
Iris Bahr, DVS
Telefon: 0228 6845-2820
iris.bahr@ble.de

Das war

Stadt-Land-Partnerschaften für regionale Lebensmittel

„Gutes Essen – kurze Wege“: In einem Online-Workshop der DVS im November 2022 zeigten Initiativen und Projekte, wie Regionalität in den Lebensmittelbereich integriert werden kann.



Maximilian Schupp von der Freien Hansestadt Bremen stellte vor, wie sich die Initiative „BioStadt Bremen“ für nachhaltige Ernährung einsetzt: etwa, indem Küchenpersonal öffentlicher Einrichtungen für die Zubereitung regionaler Speisen qualifiziert wird. Auch die Sensibilisierung von Verbrauchern für Bio-Produkte durch Marktfeste oder eine Kampagne für bewussten Fleischkonsum gehören zum Programm. Zudem engagiert sich Bremen dafür, regionale Bio-Kost in Gemeinschaftsverpflegungs-Einrichtungen einzuführen.

Dieses Anliegen verfolgt auch das Projekt „WERTvoll“, in dem die Stadt Leipzig und das Wurzener Land zusammenarbeiten. Ludwig Hentschel von der Gemeinde Bennewitz erläuterte, welche Schritte nötig waren, um ein saisonales Bio-Gericht von der Ernte in der Region bis auf den Teller in die Leipziger Kantinen zu bringen. Auf die eigenständige Vernetzung von Erzeugenden und Verarbeitenden mit Gastronomen, Gemeinschaftsverpflegungs-Einrichtungen und Konsumenten setzt das Kompetenzzentrum für Ernährung in Bayern (KErn). Es betreibt dazu die Internet-Plattformen „Wirt sucht Bauer“, „Regio-Verpflegung“ und „Regionales-Bayern“. Zwischen 460 und 3 000 Einzelbetriebe sind derzeit registriert.

Kontaktaufnahme ist das eine, eine funktionierende Logistik das andere: Dörte Wollenberg von der Regionalvermarktungsinitiative „Meck-Schweizer“, die einen Internet-Handel betreibt, stellte effiziente und umweltfreundliche Lösungen im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern vor. Sie machte deutlich, dass Regionalvermarktung in ländlichen Räumen kein Selbstläufer ist und Unterstützung bedarf.

In München ist seit knapp eineinhalb Jahren ein stationärer Genossenschafts-Supermarkt erfolgreich: der FoodHub. Nur Mitglieder können dort einkaufen; sie müssen stundenweise mitarbeiten. Die Lebensmittel bezieht der Markt zu fairen Preisen überwiegend aus dem Münchner Umland, aber nicht nur: „Wir bieten ein Vollsortiment, damit die Mitglieder alles finden, was man im Alltag braucht und nicht noch woanders einkaufen müssen“, so FoodHub-Mitbegründer Quentin Orain. Knapp 150 Teilnehmende waren bei der Veranstaltung dabei, viele diskutierten rege im Chat mit oder stellten Nachfragen. [ima]



SERVICE:
Dokumentation der Veranstaltung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/land-stadt

KONTAKT:
Stefan Kämper, Isabella Mahler, DVS
Telefon: 0228 6845-3722/-3974
stefan.kaemper@ble.de,
isabella.mahler@ble.de

Impression aus Wunsiedel, das in Sachen Energiewende sehr aktiv ist (siehe dazu auch die Seiten 24-25)



Energiewende – nichts Neues für das Land!?

Beim Zukunftsforum Ländliche Entwicklung auf der Internationalen Grünen Woche lud die DVS in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen und der Agrarsozialen Gesellschaft zu einem Fachforum ein. Vier Beispiele von Bürger-Projekten zu Photovoltaik, Windenergie und Biogas zeigten, dass die Menschen vor Ort etwas wagen, um die Energiewende umzusetzen. Ein Überblicksbeitrag stellte ergänzend den Stand und die Chancen bürgergetriebener regionaler Energieprojekte dar.

Der „Reformator“, eine Figur in Mönchskutte, die die Apokalypse ankündigte, rief anschließend dazu auf, Thesen zu formulieren. Viele der über 200 Teilnehmenden – davon über 100 vor Ort in Berlin – beteiligten sich und ergänzten den Satz „Für eine Beschleunigung der Energiewende auf dem Land braucht es jetzt ...“ – unter anderem so: ... die Beteiligung aller!, ... Mobilisierung von Bürger-Kapital, ... schnelle Regelungen für Bürger-Energie, damit nicht nur Projektierer profitieren, ... bessere Organisation, da Weltrettung hauptamtlich, nicht ehrenamtlich stattfinden muss!, ... weniger Bürokratie! Die Thesen wurden einem per Video zugeschalteten EU-Parlamentarier übergeben. [stk]



SERVICE:
Dokumentation und Links zum Mitschnitt des Livestreams:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/zukunftsforum

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de



Dr. Anna-Marina van der Meer arbeitet bei der Nationalen Kontaktstelle Bioökonomie und Umwelt (NKS B&U) und berät zum Programm „Horizont Europa“. www.nks-bio-umw.de

Dr. Leonie Göbel ist bei der DVS für die Vernetzung der Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) zuständig. www.netzwerk-laendlicher-raum.de/eip

Für mehr Forschende aus der Praxis

Im Dezember boten die Nationale Kontaktstelle Bioökonomie und Umwelt und die DVS einen gemeinsamen Workshop zu „Thematischen Netzwerken“ im Rahmen der europäischen Forschungsförderung an: Worum geht es dabei?

„Leonie Göbel, bei den Begriffen Bioökonomie und Umwelt denkt man nicht sofort an eine Forschungsförderung für Landwirte. Warum hat die DVS die Kontaktstelle, die sich damit beschäftigt, zu einem Workshop eingeladen?

Göbel: Die Begriffe gehören zum Cluster sechs der europäischen Forschungsförderung Horizont Europa. Diese Förderung zielt auf viele Themen ab und unterstützt auch die angewandte Forschung dazu. Im Cluster sechs sind landwirtschaftliche Themen verankert, für sie ist die NKS zuständig.

Frau van der Meer, Sie haben also mit Forschungsanträgen zu tun. Was ist ein thematisches Netzwerk in Horizont Europa?

van der Meer: Thematische Netzwerke sollen die Lücke zwischen Forschung und Praxis schließen und vorhandene Erkenntnisse oder bewährte Verfahren bündeln. Das Wissen soll allen, die in der Land- oder Forstwirtschaft aktiv sind, zur Verfügung stehen, auch denjenigen in beratenden Positionen. Die EU legt großen Wert darauf, dass möglichst viele verschiedene Akteurinnen und Akteure mit unterschiedlichem professionellen Background eingebunden werden, das nennt sich Multi-Actor-Approach. Die Informationen aus den Netzwerken sollen allgemein verständlich sein, damit Interessierten der Einstieg ins Thema leichter fällt.

Diese Netzwerke müssen europäisch sein, oder?

Göbel: Bei unserem Workshop haben sich das thematische Netzwerk Broilernet, das sich mit der modernen Geflügelhaltung auseinandersetzt, und das Projekt Grazing4Agroecology präsentiert. Für derartige Netzwerke müssen sich Projektpartner aus mindestens drei europäischen Ländern zusammenfinden.

Das bedeutet viel Organisation. Warum sollten sich mehr Operationelle Gruppen, die sich bereits in EIP-Agri engagieren, bewerben?

van der Meer: Forschende möchten erreichen, dass die Wirkung ihrer Forschungsergebnisse möglichst groß ist. Auf internationaler Ebene ist diese größer, als wenn man nur in Deutschland oder auf Bundesländer-Ebene aktiv ist. Es ist richtig, dass ein Antrag für Horizont Europa aufwendig ist, dazu gehört Vorbereitungszeit und personeller Aufwand. Wir in der NKS sind dazu da, zu helfen. Und: Es gibt in der EU relativ viel Geld dafür, eigene Forschungsfragen zu bearbeiten – damit ist auf jeden Fall ein finanzieller Anreiz da.

Wie gelangen die Forschungsergebnisse oder die Infos über die Fördermöglichkeit zu den Betrieben?

Göbel: Da gibt es noch viel zu tun. Die EU möchte in der neuen Agrarförderperiode mit dem Querschnittsziel Förderung von Wissen und Innovation den Wissenstransfer beschleunigen. Auch das Agricultural Knowledge and Innovation System AKIS soll dazu beitragen. Durch den Multiakteursansatz erhofft man sich, dass der Transfer schneller wird und man auch eine Sprache findet, die näher an die Praxis rückt.

Ist das ein Appell an die landwirtschaftlichen Institutionen, den Wissenstransfer mehr mitzudenken?

Göbel: Absolut! Wir möchten als DVS gerne mehr Menschen erreichen, die sich mit Landwirtschaft beschäftigen, deshalb arbeiten wir mit dem Bundesinformationszentrum Landwirtschaft und anderen Partnern zusammen. Der Wissenstransfer ist wichtiger denn je, und wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass das System besser wird.

Frau van der Meer, Leonie Göbel, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath.



SERVICE:

Der Workshop wurde aufgezeichnet. Die Videos und Vorträge stehen online zur Verfügung: www.netzwerk-laendlicher-raum.de/nks-dvs

Das war

Engagement auf dem Land gemeinsam stärken!



Rund 300 Teilnehmende setzten sich auf einem Online-Workshop im Januar intensiv mit der strukturellen Unterstützung von Engagierten auf dem Land auseinander. Die gemeinsame Veranstaltung der DVS und der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) brachte Akteure aus LEADER mit denen aus dem DSEE-Programm „Engagiertes Land“ zusammen.

Im abgelegenen ländlichen Raum gebe es große Lücken in der Daseinsvorsorge, sagte Jan Holze, Vorstand der DSEE. Dort würden Dienste häufig von Engagierten erbracht. „Ob wir vom Bürgerbus sprechen, von Bibliotheken oder dem Freibad, oftmals springen Engagierte ein – das ist ein strukturelles Problem, das es anzugehen gilt!“

Vier Kurzvorträge zeigten, wie strukturelle Unterstützung ehrenamtlich Aktiver aussehen kann: Das Dörfernetzwerk Nordwestuckermark möchte Menschen beteiligen und deren Selbstwirksamkeit stärken. Der Ideenwettbewerb der LEADER-Region Tor zum Erzgebirge „Gieht luus! Deine Heimat. Dein Projekt.“ unterstützt Engagierte mit kleinen Geldbeträgen. Die „Zukunftswerkstätten ländlicher Raum“ der LEADER-Region Kulturland Kreis Hörter mobilisierten insgesamt 1 600 Menschen; sie entwickelten einen Offenen Treff, eine „Bürgerwiese“ und ein Dorfkino. Das Netzwerk „Engagiertes Land Ostritz“ aus Sachsen dient den Engagierten aus verschiedenen Projekten und Organisationen zum Austausch. Ziel ist es, eine gemeinsame Vision zu entwickeln.

In Gruppenworkshops bearbeiteten die Teilnehmenden Fragen wie: Was fehlt vor Ort? Hier wurde vor allem auf die fehlenden oder unzureichend ausgestatteten (hauptamtlichen) Unterstützungsstrukturen hingewiesen. Wer oder was kann helfen? Es besteht der Wunsch nach mehr Wertschätzung des Engagements durch eine neue Anerkennungskultur, dazu gehören einfache Anreize wie Aufwandsentschädigungen. LEADER könne als Netzwerk und Förderinstrument unterstützen.

Wo müssen wir weiterarbeiten? Nachwuchs gewinnen! Jugendliche beteiligen! Zudem sei die Professionalisierung der Engagierten wichtig. Und die Entbürokratisierung und Vereinfachung bei Anforderungen und Antragsstellung sollte im Fokus stehen. [stk]



SERVICE:
Zur Dokumentation der Veranstaltung:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/engagement-und-leader

KONTAKT:
Stefan Kämper, DVS
Telefon: 0228 6845-3722
stefan.kaemper@ble.de

Das kommt

Bundesweites LEADER-Treffen

Vom 22. bis 24. Mai ist es soweit: Unter dem Motto „Auf geht’s in die nächste Runde!“ findet wieder ein Austausch von LEADER-Aktiven in Präsenz statt, diesmal in der Stadthalle Bau-natal. Alle Teilnehmenden sind eingeladen, sich am ersten Abend gegenseitig mit Spezialitäten aus ihren Regionen zu verköstigen: Wir begeben uns somit auf eine kulinarische Reise quer durch das Bundesgebiet.

Am zweiten Tag führen wir in die neue Förderperiode ein: Was ist der Rahmen von LEADER in Deutschland und wie wird er national und in den Bundesländern interpretiert? Was das wiederum für die Regionalmanagements vor Ort bedeutet, greift die Bundesarbeitsgemeinschaft der LEADER-Aktionsgruppen (BAG LAG) auf.

Die DVS will auf die neuen Herausforderungen reagieren. Wir haben unsere Angebote weiterentwickelt und möchten sie mit den Teilnehmenden diskutieren. Neuen Akteuren wollen wir beim LEADER-Treffen die Möglichkeit geben, auf das Wissen mehrerer Generationen LEADER zurückzugreifen. Auch potenziellen Kooperationsprojekten wird mit kleinen Aktivitäten der Weg bereitet. Mit Exkursionen in benachbarte LEADER-Regionen zu erfolgreich umgesetzten LEADER-Projekten endet die Veranstaltung am 24. Mai am frühen Nachmittag. [awr]



SERVICE:
Anmeldung unter:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen

KONTAKT:
Anke Wehmeyer, DVS
Telefon: 0228 6845-3841
anke.wehmeyer@ble.de



Vormerken

25. und 26. April 2023
Kultur schafft Begegnung

Transferbesuch zur Zusammenarbeit in der deutsch-tschechischen Grenzregion



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kultur



Vormerken

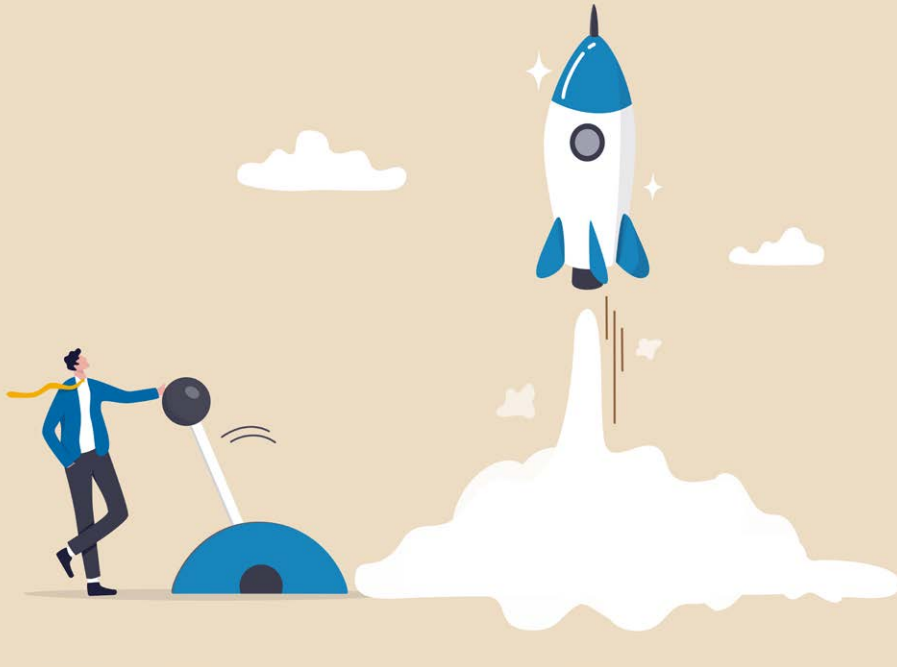
15. Juni 2023
Transfer-Werkstatt: Klima

Online-Veranstaltung für LEADER-Regionalmanagements



SERVICE:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/transferwerkstatt

Das kommt



Unser Programm für den Start in die neue Förderperiode

Das Jahresprogramm der DVS für 2023 steht fest: Eingeflossen sind die Anregungen des Begleitausschusses zum Netzwerk ländlicher Raum und von über 500 Personen, die uns bei einer Umfrage im vergangenen Herbst Feedback gegeben haben. [VON JAN SWOBODA]

In der DVS-Umfrage wollten wir erfahren, welche Themen wir stärker bearbeiten sollen. Die meistgenannten sind Klimaschutz und -anpassung, regionale Wertschöpfungsketten, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft sowie Innenentwicklung. Der thematische Rahmen für die Arbeit der DVS ist in der EU-Förderperiode 2023 bis 2027 weiter gesteckt: Förderinhalte und Zielgruppen der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erweitern unsere Netzwerkarbeit. Wir greifen auch Inhalte des europäischen Green Deals und der Strategie vom Hof auf den Teller – Farm to Fork – auf, beispielsweise bei kurzen Wertschöpfungsketten und beim Thema Tierwohl.

Grüne Transformation

Um die Ziele zu erreichen, die diese Instrumente anvisieren, müssen rasch Transformationsprozesse angestoßen werden. Veranstaltungen zu „grünen“ Themen können dabei antreiben. Davon greifen wir beispielsweise Grundwasserschutz und Wassernut-

zung, Klimaschutz, Schutz der Moore, erneuerbare Energie sowie Klimaschutz und -anpassung tierhaltender Betriebe mit einer Online-Reihe zum Green Deal in Deutschland auf. Da sich die deutsche Beratungslandschaft zum Natur- und Biodiversitätsschutz sehr dynamisch entwickelt, bietet die DVS für die beteiligten Akteure eine Plattform für Austausch und Vernetzung. Hier sind die Verwaltung, Beratung, Forschung und die Aus- und Weiterbildung eingebunden. Ein weiteres grünes Thema im DVS-Jahresprogramm sind die Öko-Regelungen der ersten Säule. Wir fragen, an welchen Stellen sie mit den bereits etablierten Agrarumweltmaßnahmen der Bundesländer verzahnt werden können und wo Weiterentwicklungspotenzial besteht. Eine erste Übersicht finden Sie auf unserer Website.

Die DVS trägt damit auch zum Wissensaustausch im nationalen AKIS bei. Das „Agricultural Knowledge and Innovation System“ integriert Aktive aus Beratung, Forschung, Bil-

dung, öffentlicher Verwaltung, Politik, Privatwirtschaft, von Landwirtschafts- und anderen Nichtregierungsorganisationen. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die von einer Bund-Länderrunde und dem „AKIS-Expert:innen-Beirat“ begleitet wird. Die DVS ist hier eingebunden.

Die DVS trägt mit themenbezogenen Clustern, etwa zur Biodiversität und zu Agrarumweltmaßnahmen/Öko-Regelungen, dazu bei. Sie sollen ähnlich wie die Zusammenarbeit mit den Akteuren der Europäischen Innovationspartnerschaften „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) funktionieren und neue Kooperationen mit nationalen und internationalen Netzwerken ermöglichen.

Klimaschutz für die Regionen

Im Themenfeld Dorf- und Regionalentwicklung gibt es wunschgemäß Angebote zu Klimaschutz und der Energiewende. Ausgehend von dem breit angelegten LEADER-Treffen zu Strategien, Beispielen und der Vernetzung schließen wir kleinere Formate zu Themen von Energieeffizienzmaßnahmen, dem Ausbau regenerativer Energien bis hin zu neuen Formen von Mobilität, Wohnen und Arbeiten und damit der Innenentwicklung an. Zukünftig werden über 370 LEADER-Aktionsgruppen (LAGs) aktiv. Wir unterstützen die Regionalmanagements beispielsweise mit Schulungen in Moderation, Öffentlichkeits- und Medienarbeit, der Beratung von Projektträgern und dem Vergaberecht.

Mehr als die Hälfte der Befragten aus unserer Umfrage wünscht sich, dass zukünftig virtuelle Treffen und Präsenzveranstaltungen zu gleichen Teilen angeboten werden sollen: Online-Veranstaltungen werden jetzt zum Bestandteil des DVS-Angebots. Bei unseren Formaten wird Vielfalt geschätzt, deshalb bieten wir insbesondere Workshops, gefolgt von Tagungen und Exkursionen an. Digital bleiben vor allem kurze Austausche und auf Informationstransfer angelegte Angebote.



KONTAKT:

Dr. Jan Swoboda, DVS
Telefon: 0228 6845-3956
dvs@ble.de
www.netzwerk-laendlicher-raum.de

IM FOKUS

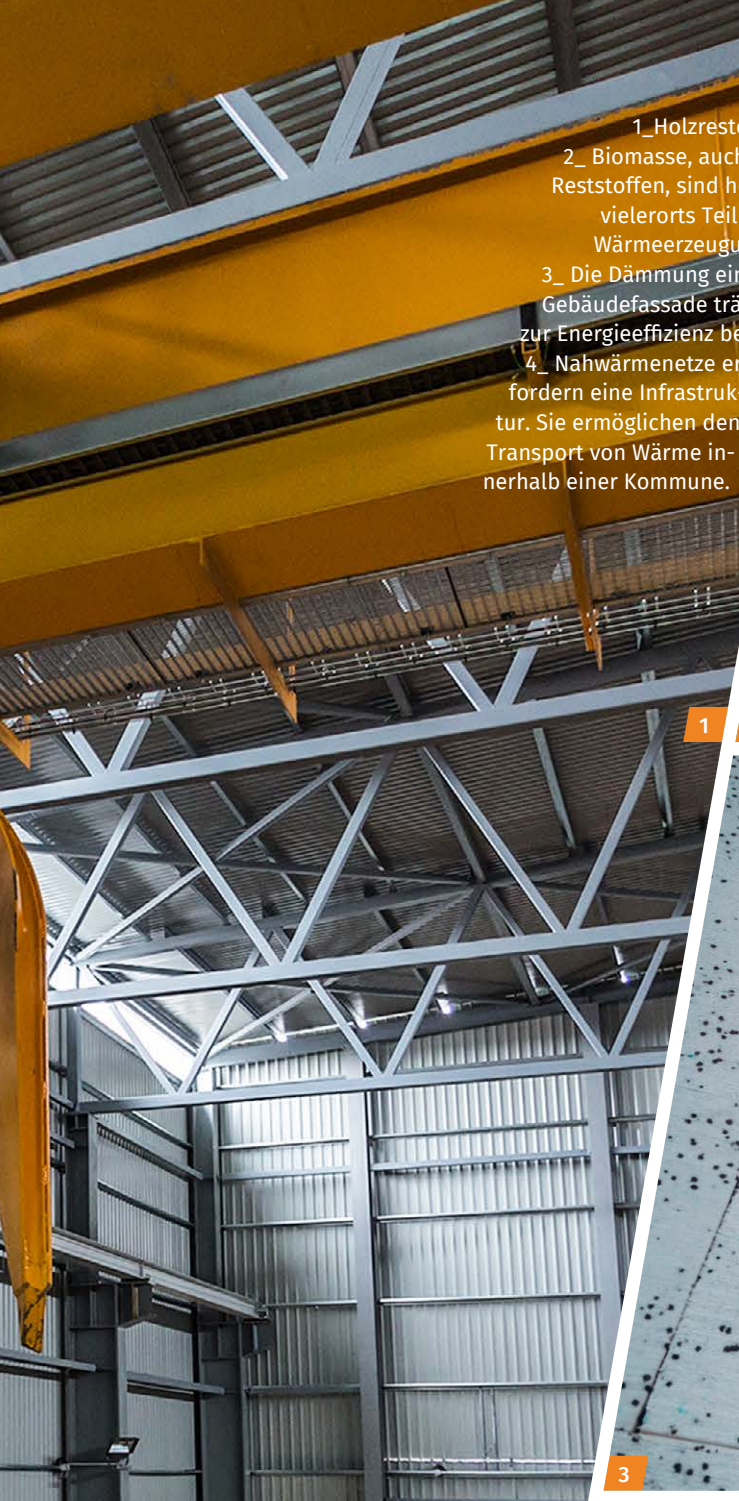
Neue Ideen für die Wärmewende

Einige Dörfer und ländliche Regionen setzen bereits auf erneuerbare Wärmequellen. So verschieden die Region, so unterschiedlich die Lösungsansätze: Wir zeigen Beispiele, wie sich der Einsatz von Holzresten und Biomasse mit weiteren Technologien verknüpfen lässt und wie Sonnen- und Windkraft zur Wärmeerzeugung beitragen. Auch Wasserstoff aus ansonsten nicht verwendetem Windstrom zu erzeugen, wird bereits erprobt. Damit die Wärmewende gelingt, gilt es, zudem energieeffizienter zu werden – und für Kommunen, in Pläne oder Infrastrukturen zu investieren.

- 1_ Holzreste und
- 2_ Biomasse, auch aus Reststoffen, sind heute vielerorts Teil der Wärmeerzeugung.
- 3_ Die Dämmung einer Gebäudefassade trägt zur Energieeffizienz bei.
- 4_ Nahwärmenetze erfordern eine Infrastruktur. Sie ermöglichen den Transport von Wärme innerhalb einer Kommune.



1 2



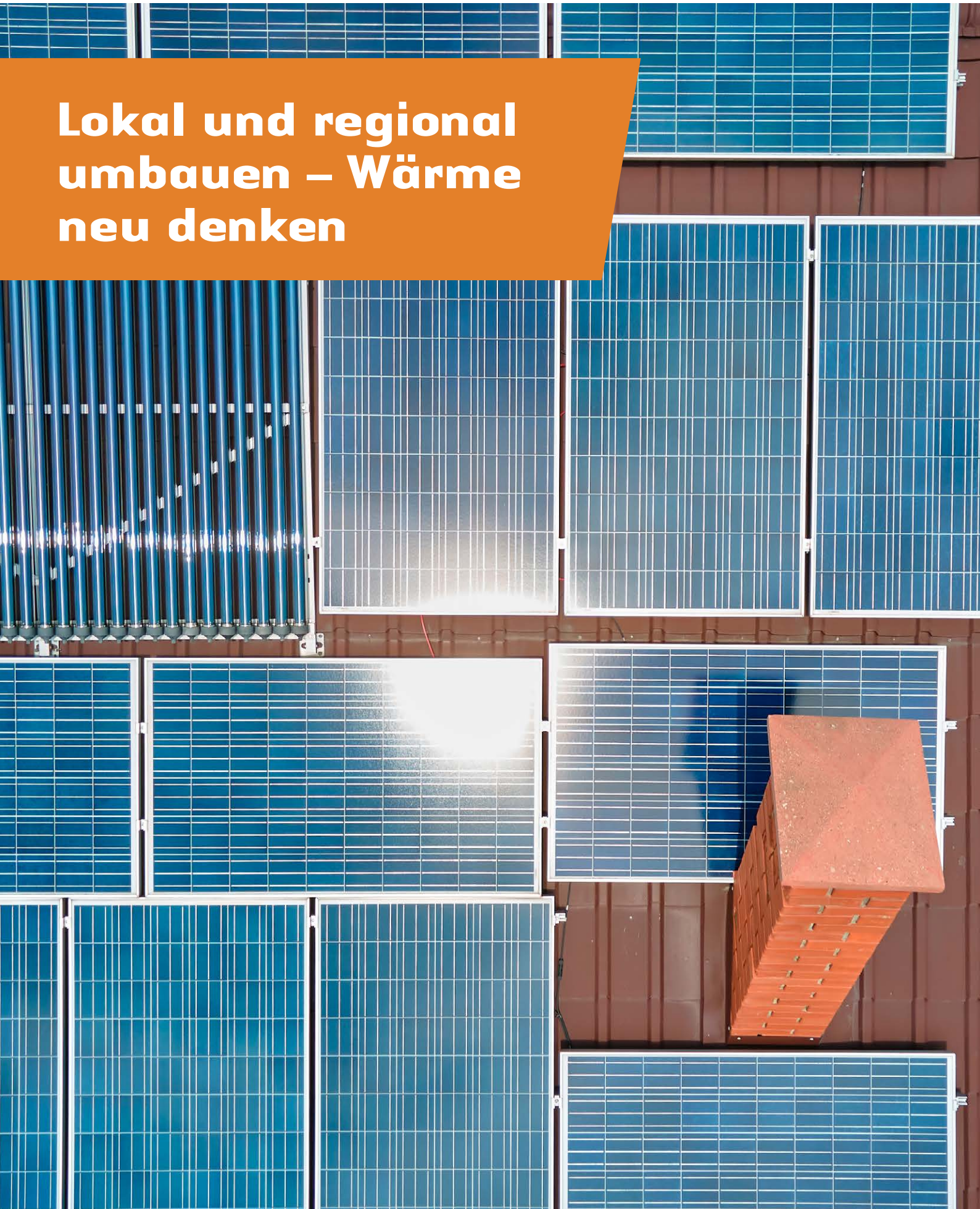
3

4



Fotos: imantas / iStockphoto.com, Mergel / iStockphoto.com, Alphaspirit / iStockphoto.com, iStockphoto.com, iStockphoto.com

Lokal und regional umbauen – Wärme neu denken





Eine Abkehr von Heizöl und Erdgas ist nicht nur wegen der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sinnvoll – für den Klimaschutz ist sie unumgänglich. Viele ländliche Regionen haben die Chancen, die erneuerbare Energieträger bieten, erkannt und stellen ihre Wärmeversorgung nachhaltig um. Die Herangehensweise unterscheidet sich dabei von Ort zu Ort. Das Instrument der kommunalen Wärmeplanung hilft, solche Transformationsprozesse strategisch anzugehen.

[VON MANJA ROTHE-BALOGH]

Wie kann Deutschland bis 2045 Treibhausgas-Neutralität erreichen? Dieses Ziel hat sich die Bundesregierung im Jahr 2021 gesetzt.

Innerhalb der Vielfalt an Lösungsansätzen und Strategien wird es essenziell sein, natürliche Ressourcen effizient zu nutzen, wie das Bundesumweltministerium bereits 2017 herausgearbeitet hat. Der nachhaltige Umgang mit Energie wird damit eine Schlüsselkompetenz zukünftiger Gesellschaften. Eine Mammutaufgabe, die nur gesamtgesellschaftlich gelingen kann.

Mit rund 60 Prozent des Endenergieverbrauchs stellt der Wärmesektor den größten Hebel der Energiewende dar – noch vor dem Verkehrs- und Stromsektor, wie die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen ermittelte. Dennoch standen bislang Strom und Mobilität im Fokus – die Wärmewende dagegen nicht. Eine Ursache hierfür ist sicherlich die Komplexität des Wärmesektors hinsichtlich der Transformation von Infrastrukturen. Die Erkenntnisse aus den Transformationsprozessen im Stromsektor sind nicht ohne Weiteres auf den Wärmesektor übertragbar. Da Wärme – im Gegensatz zu Strom und Gas – nicht ohne große Verluste über weite Strecken transportiert werden kann, muss die Wärmewende lokal geplant und umgesetzt werden. Dabei kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu: Denn anstelle einer großen Wärmewende müssen etwa 10 700 kleinere umgesetzt werden – eine für jede Gemeinde in Deutschland. Und die haben ganz individuelle Voraussetzungen: Einwohnerzahl, Flächengröße, Bebauungsstrukturen, Anzahl der Gebäude, unterschiedliche Sanierungsraten in den Quartieren und unterschiedliche Potenziale an Wärmequellen. Zudem ist jede Gemeinde ein eigenes Sozietop: mit Verwaltungen, gegebenenfalls Stadtwerken, kommunalen Industrien und

einer Bürgerschaft, die einer Wärmewende mehr oder weniger offen gegenübersteht. Der Baukasten für die Wärmeplanung muss also individuell bestückt werden.

Etwa die Hälfte aller Wohngebäude stehen in Gemeinden mit unter 20 000 Einwohnern – dort fallen etwa 55 Prozent des Nutzwärmebedarfs für Haushalte und Gewerbe, Handel und Dienstleistung an. Die Wärmewende betrifft daher alle – nicht nur Metropolen müssen sich damit beschäftigen, auch die kleinste Hallig, auf der elf Menschen leben. Die Energiekrise 2022 verdeutlicht, dass die Wärmeversorgung eine wesentliche Daseinsvorsorge ist.

Strategisch angehen

Momentan engagieren sich für die Wärmewende unterschiedliche Akteure und Gruppen nicht nur im urbanen, sondern auch im ländlichen Raum. In Bioenergieidörfern und Energiegenossenschaften beispielsweise sind seit vielen Jahren Bürger aktiv, die Energie- und auch Wärmelösungen für ihr Dorf oder ihre Region suchen. Diejenigen, die sich vor Ort zusammenschließen und Prozesse anstoßen, sind vielgestaltig: Oft sind es engagierte Bürger, die für ihr Eigenheim autarke klimaneutrale Lösungen suchen oder sich mit Nachbarn organisieren. Häufig beteiligen sich Landwirte mit Biogasanlagen und stellen die Abwärme für das Nahwärmenetz bereit; mancherorts unterstützt die Kommune, in anderen Orten initiieren Stadtwerke die Veränderungen.

Die Kommunale Wärmeplanung (KWP) ist das strategische Instrument der Kommunen für eine durchdachte Planung der versorgungssicheren und zukunftsorientierten Wärmeversorgung der Menschen vor Ort. Sie zeigt Wege auf, wie die lokalen und regionalen Energiepotenziale klimaneutral und unabhängig von Importen (fossiler) Energieträger ausgeschöpft werden können. Ihr Ziel ist, Orientierung zu

Vielerorts ist eine Kombination verschiedener Technologien gefragt, um möglichst effizient Wärme und Strom zu erzeugen. Hier teilen sich Solarthermie- und Photovoltaik-Module eine Dachfläche.



Der Bau von Wärmenetzen ist eine große Aufgabe für Kommunen.

geben und für mehr Planbarkeit zu sorgen, damit kommunale Akteure und Privatpersonen über die lokalen Möglichkeiten informiert und so in der Lage sind, sich zukunftssicher und – wenn möglich – klimagerecht mit Wärme zu versorgen. Der kommunale Wärmeplan und seine Konkretisierungen auf der Quartiersebene zeigt ihnen, wie sie ihre Häuser unabhängig von teurem importierten Gas und gleichzeitig klimaschonender heizen können.

Orientierung geben

Der Prozess für eine Kommunale Wärmeplanung sollte in jeder Kommune also alsbald anlaufen, auch da, wo noch keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Baden-Württemberg, Berlin und Schleswig-Holstein waren die ersten Länder, die die verpflichtende Kommunale Wärmeplanung angegangen sind. Hessen und Niedersachsen ziehen nach. Auch in anderen Bundesländern gibt es Initiativen für eine planvolle Transformation der Wärmeversorgung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) erarbeitet derzeit einen gesetzlichen Rahmen, um die flächendeckende Kommunale Wärmeplanung in Abstimmung mit den Bundesländern zu regeln.

„Wasser, Wind, Sonne und Erdwärme können zwar unbegrenzt, aber nicht überall gleichermaßen genutzt werden. Es gilt also zu prüfen, welche erneuerbaren Energiequellen für die Wärmeversorgung vor Ort in Frage kommen und darum, wie zugleich der Energieverbrauch gesenkt werden kann“, so Robert Brückmann, Leiter des Kompetenzzentrums Kommunale Wärmewende (KWW) der Deut-

schen Energie-Agentur GmbH (dena). „Denn je weniger Energie wir verbrauchen, desto weniger müssten wir ‚organisieren‘.“ Das KWW bietet im Auftrag des BMWK Beratung und Vernetzung in puncto nachhaltiger Wärmeversorgung an – sowohl direkt für Kommunen als auch für die Fachwelt.

Über 80 Prozent des Gebäudebestands in Deutschland sind nicht vollständig saniert, das zeigte 2019 ein Hintergrundbericht des Umweltbundesamtes. Entsprechend groß sind die Wärmeverluste. Gleichzeitig laufen viele Heizsysteme mit fossilen Energieträgern. In Regionen, in denen Wärmenetze keine Rolle spielen, zum Beispiel in Gebieten mit einer geringen Wärmedichte, das heißt mit weit auseinanderstehenden Häusern – oft im ländlichen Raum –, braucht man dezentrale Lösungen, um die Klimaneutralität zu erreichen. Für den Einsatz von Wärmepumpen und anderen Wärmeerzeugungstechnologien müssen auch die Stromverteilnetze entsprechend ertüchtigt und auslegt werden. „Diese Überlegungen, Diskussionen und späteren Entscheidungen zur zukünftigen Wärmeversorgung werden entscheidend für die Integration in weitere Infrastruktur-Planungen in den Kommunen sein“, so Brückmann. „Der Blick über den kommunalen Teller bleibt unerlässlich.“ Denn regional vorhandene Energiepotenziale müssten interkommunal abgestimmt sein. Sonst könne es passieren, dass mehrere benachbarte Gemeinden dieselbe begrenzte Wärmequelle nutzen wollen.

Für Wertschöpfung in der Region

Aber nicht nur deshalb sind die Beziehungen der Nachbargemeinden sinnstiftend. Auch durch die Schaffung neuer Wertschöpfungsketten profitiert man gemeinsam. Bei einer interkommunalen Kooperation liegt insbesondere für kleinere Kommunen ein großes Potenzial in Synergieeffekten: Gemeinsam kann zum einen Fachpersonal finanziert werden, das als Kümmerer auch den Blick auf die gemeinschaftliche Perspektive behält. Zum anderen können regionale Wärme- und Abwärmquellen, Stromspeicher für Wärmepumpen oder auch Wärmespeicher sowie die Kompetenzen von Versorgungsbetrieben gemeinsam genutzt werden. Dabei bietet es sich an, den Prozess an die bestehende Infrastruktur sowie an Verwaltungs- und Organisationsstrukturen, beispielsweise Gemeindeverwaltungsverbünde, gemeinsame Versorgungsgebiete, Regionalmarketing oder interkommunale Gewerbegebiete zu knüpfen. Baden-Württemberg unterstützt etwa genau solche Konvois und fördert interkommunale Wärmeplanungen, wenn mindestens drei Gemeinden zusammen die KWP angehen.

Eine flächendeckende KWP kann darüber hinaus mit anderen Infrastrukturplanungen verbunden werden, etwa der Planung von Stromerzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien, dem Breitbandausbau oder der Modernisierung von Abwasserkanälen und Straßen. Eine sektorenübergreifende Gesamtplanung ist daher entscheidend, um die Gebiete zukunftsfähig und lebenswert zu gestalten. Für die Planung und Umsetzung sind regionale Fachkräfte wichtig. Hier können auch neue Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze entstehen – also regionale Wertschöpfung.

Es gilt, die Wärmewende als Chance und Motor für regionale Entwicklung und regionale Wertschöpfung zu verstehen und zu nutzen. Dafür ist es von Anfang an wichtig, dass die Bevölkerung den nachhaltigen Mehrwert, die regionale Wertschöpfung und ebenfalls die importunabhängige Versorgung ihrer Gebäude als Benefit sieht. Die Gesellschaft ist aktiver Bestandteil dieses Transformationsprozesses, denn die Wärme- und damit die Energiewende können wir nur gemeinschaftlich vollbringen. ■



KONTAKT:

Manja Rothe-Balogh
Kompetenzzentrum Kommunale Wärmewende (KWW)
der Deutschen Energie-Agentur (dena)
in Halle (Saale)
netzwerk@kww-halle.de
www.kww-halle.de

100 Prozent Erneuerbare sind möglich

Verbände aus dem Bereich der erneuerbaren Energien haben ein Szenario für 2045 entwickelt: Damit die Wärmewende gelingt, ist ein Umbau der Energiesysteme nötig.

[VON SIMONE PETER]

Die fossile Energiekrise hat uns die große Abhängigkeit von importierten Energieträgern schlagartig vor Augen geführt: Die Knappheit russischen Erdgases hatte enorme Kostensteigerungen für Haushalte und Unternehmen zur Folge. Die Politik hat im vergangenen Jahr vielerlei Maßnahmen ergriffen; sie hat erhebliche Anstrengungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien unternommen – von Osterpaket bis Energiesicherungsgesetz.

Denn die unbestreitbaren Vorteile einer dezentralen erneuerbaren Energieversorgung haben sich nicht nur im enorm preissenkenden Effekt von Wind- und Sonnenstrom an den Strombörsen gezeigt. Auch die Nachfrage nach erneuerbaren Technologien ist gestiegen: von Photovoltaik-Anlagen über Wärmepumpen bis zu Pelletheizungen. Dass die Energiewende nicht nur das Klima schützt, sondern zugleich eine günstige und sichere Versorgung garantiert, ist in den Köpfen der Menschen angekommen. Das ist wichtig, denn alle sind jetzt gefordert, den Ausbau weiter voranzutreiben. Vor allem im Wärmebereich gibt es viel zu tun; dort ist der Anteil von derzeit 16 auf 100 Prozent bis spätestens

2045 hochzuschrauben – eine große Herausforderung, aber machbar.

Wie sich dieses Ziel erreichen lässt, hat der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) mit seinen Fachverbänden im „Wärmeszenario 2045“ beschrieben. Danach ist auch das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung verankerte Zwischenziel von 50 Prozent erneuerbarer Wärme bis 2030 erreichbar. Dazu gilt es, den Rechtsrahmen zügig weiter anzupassen, damit alle zur Verfügung stehenden Wärmetechnologien genutzt werden können: Die Zahl der Wärmepumpen muss von derzeit 1,3 auf sechs Millionen bis zum Jahr 2030 steigen; bis 2045 sollten es 14 bis 18 Millio-

„Für die Wärmewende ist es unerlässlich, ineffiziente Holzöfen und fossile Kessel durch moderne Heizungssysteme zu ersetzen.“

nen werden. Bis zum Jahr 2030 ist auch ein Zuwachs der Solarthermie um 30 Terawattstunden (TWh) und danach auf 40 TWh nötig, ebenso die Ausweitung heimischer und nachhaltig erzeugter Bioenergie von der Holzenergie bis zum Biogas. Gleichzeitig ist der Ausbau der Tiefengeothermie auf 80 TWh bis 2045 notwendig. So würde sich Deutschland von Kohle, Erdgas und Mineralöl unabhängig machen.

Technologien kombinieren

Damit die Wärmewende gelingt, müssen im Gebäudesektor vor allem Wärmepumpen, Solarthermie-Anlagen, oberflächennahe Geothermie und auch Biomethan zum Einsatz kommen. Zudem ist es unerlässlich, ineffiziente Holzöfen und fossile Kessel durch moderne Heizungssysteme zu ersetzen. Bei Nah- und Fernwärmenetzen, die bei der Quartiers- und Ortsplanung gerade auch im ländlichen Raum vorangebracht werden müssen, besteht die Chance, Biomasse, Großwärmepumpen und Solarthermie zu kombinieren. Die Großwärmepumpen verteilen dann die Wärme von oberflächennaher oder tiefer Geothermie sowie Solarthermie und lassen sich mit saisonalen Speichern kombinieren. Bei der industriellen Prozesswärme ist sowohl der Einsatz von Industriewärmepumpen und Solarthermie als auch der Bioenergie von zentraler Bedeutung. Auch die Tiefengeothermie steht hier zur Verfügung.

Um diese Potenziale zügig zu heben, braucht es über die bereits beschlossenen Gesetze und Förderprogramme hinaus weitere Anstrengungen. So sind erneuerbare Technologien von vornherein im neu entwickelten Instrument der „Kommunalen Wärmeplanung“ zu berücksichtigen; die gesetzliche Pflicht zur Nutzung von 65 Prozent erneuerbarer Wärme ab 2024 ist im Gebäudeenergiegesetz festzuschreiben. Die Finanzierung und planbare Weiterentwicklung der Förderprogramme muss angesichts des gewachsenen Bedarfs sichergestellt werden.

Vom Einstieg in die erneuerbare Wärmenutzung wird die regionale Wertschöpfung profitieren; auch die Beschäftigungschancen entlang der Wertschöpfungsketten werden steigen. Das macht den ländlichen Raum für das Arbeiten und Wohnen insgesamt attraktiver – eine Win-Win-Situation. ■



Illustration: buravlena_stock / stock.adobe.com



KONTAKT:

Adrian Röhrig
Bundesverband Erneuerbare Energie e. V.
Telefon: 030 2758170-18
adrian.roehrig@bee-ev.de
www.bee-ev.de



Ein Landkreis wird klimaneutral

Ein Wärmeplan für einen ganzen Landkreis – das ist ein Novum. Im Landkreis Lörrach soll die Wärmeversorgung mithilfe dieses Plans bis zum Jahr 2040 klimaneutral erfolgen. Es war jedoch eine Herausforderung, dieses interkommunale Konzept zu erstellen.

[VON ANDREA BIRRENBACH]

Knapp 100 Seiten umfasst der Wärmeplan für den Landkreis Lörrach im Südwesten Baden-Württembergs. Der Plan ist das Kondensat einer umfassenden Erhebung von Wärmequellen und Wärmebedarf in 35 Städten und Gemeinden. Dabei zeigte sich: So unterschiedlich die Kommunen, so heterogen sind ihre Versorgung und

ihre Möglichkeiten. Jede Gemeinde hat deshalb zusätzlich einen auf sie zugeschnittenen Plan bekommen – darunter große Kreisstädte wie Lörrach mit knapp 50 000, Rheinfelden und Weil am Rhein mit je rund 30 000 Einwohnern, wie auch kleine Ortschaften mit wenigen Häusern im ländlichen Schwarzwald. „Wir gehen jetzt zusammen mit unserer regionalen Energieagentur in die Umset-

zung“, kündigt Inga Nietz, Leiterin der Stabsstelle Klimaschutz im Landkreis Lörrach, an. Die „Energieagentur Südwest GmbH“ hat zur Unterstützung vor gut einem Jahr eine zusätzliche Arbeitsstelle „Kommunale Wärmeplanung“ geschaffen, die vom baden-württembergischen Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft gefördert wird. Die Energieagentur berät nun die Kommunen; der Landkreis arbeitet vorwiegend auf der strategischen Ebene.

Die Möglichkeiten ausloten

Zu den strategischen Aufgaben gehöre, einen Wärmeverbund auf Landkreisebene zu gründen, so Nietz. Hauptaufgabe des Verbunds ist es, die Nutzung von Abwärme der Industrie zu forcieren. Der Großteil dieser Abwärme fällt bei drei Industrieunternehmen am Hochrhein an. Eine Transportleitung, womöglich als Ringleitung konzipiert, könnte die bislang ungenutzte Wärme über weite Strecken führen. Dazu ist eine Zusammenarbeit von Landkreis, Kommunen und Energieversorgungsunternehmen vonnöten. Auch die Abwärme aus Kläranlagen ist nutzbar. Im



Das Projektteam des Landkreises wirkte an der Erstellung des Wärmeplans mit. Inga Nietz, Leiterin der Stabsstelle Klimaschutz, ist die Dritte von rechts.

Landkreis gibt es sieben dieser Anlagen, deren Potenzial bislang nur geschätzt wurde.

Als weitere mögliche Wärmequelle könnte die Tiefengeothermie dienen und ebenfalls über die Ringleitung verschiedene Gemeinden versorgen. Hierfür sind Bohrungen bis 1 500 Meter erforderlich, die vor allem im Oberrheingraben möglich sind. Bei der Analyse wurde ermittelt, dass in den meisten Kommunen zudem oberflächennahe Geothermie von 100 bis 150 Meter eingesetzt werden kann, um Erdwärme in Wärmenetze einzuspeisen.

Im Wärmeplan ist ferner das Windpotenzial der Region berechnet. Demnach gibt es im Landkreis sogenannte „geeignete Potenzialgebiete“ für 46 Windkraftanlagen. 122 weitere könnten auf „bedingt geeigneten Potenzialgebieten“ Platz finden. Auch für Photovoltaik- und Solarthermie-Module geeignete Standorte wurden ermittelt: Dazu wurden etwa Flächen berücksichtigt, die neben Autobahnen, Bundes- und Landstraßen sowie Schienenwegen liegen. Zudem ließen sich viele Dach-

flächen im Landkreis mit Paneelen zur Stromerzeugung oder zur Wassererwärmung belegen. Die Freiflächen könnten von den Kommunen oder den Eigentümern mit Modulen bestückt werden. Um die Dächer der Privathaushalte zu erschließen, sind vor allem private Investitionen nötig.

Die Bürgerschaft einbeziehen

Um die Bürger zu motivieren, sich für die Wärmewende zu engagieren, sind neben den bereits stattfindenden Informationsveranstaltungen Kampagnen zu Gebäudesanierung oder Heizungstausch geplant. Nietz ist sich bewusst, dass das Gelingen der Wärmewende im Landkreis zu einem Großteil von Privatpersonen abhängt. Im Wärmeplan heißt es, dass der wichtigste erste Schritt die Reduzierung des Gesamtwärmeverbrauchs ist: um rund 16 Prozent bis zum Jahr 2030 und um etwa 32 Prozent bis 2040. Um das zu erreichen, müssen im Privatbereich umfassende Gebäude- und Heizungssanierungen erfolgen – große Ziele, doch Nietz ist zuversichtlich, dass die Bürger mitziehen werden. „Mittlerweile haben selbst diejenigen, die dem Klimawandel keine Bedeutung beimessen, erkannt, dass wir uns bei der Wärmeversorgung aus der Abhängigkeit von Dritten befreien müssen.“

Derzeit werden noch über 90 Prozent der Heizungen im Landkreis fossil gespeist. Dass sich das auch in Zukunft nicht in allen Orten ändern wird, sei bereits im Vorfeld der Wärmeplan-Erstellung klar gewesen, sagt Nietz. „Es gibt zudem Schwarzwald-Kommunen mit rund 100 Einwohnern, die alle einen Holzofen haben und ihr Holz quasi vor der Haustüre holen. Sie müssen sich keine Gedanken über ein Wärmenetz machen. Für so kleine Orte wäre das einfach nicht sinnvoll.“ Bürgermeister und Bürgerschaft werden deshalb auch über dezentrale Lösungsansätze – fernab der zentralen Wärmeplanung – beraten. „Im kleinen Ort Rümmingen sind wir beispielsweise mit der Bürgermeisterin in Kontakt. Sie hat eine Infoveranstaltung zum Thema Energie- und Wärmewende für die Bürgerinnen und Bürger organisiert. Die Bürgermeister sind Multiplikatoren“, so Nietz.

Dennoch haben sich die Fachleute, die den Wärmeplan für den Landkreis erstellt haben, auch die Lage in kleinen Dörfern im Detail angeschaut. Auftrag der Kreispolitik war, einen Überblick über den Bedarf und die Möglichkeiten der gesamten Region zu schaffen, damit gemeinschaftliche Lösungen über die Grenzen der einzelnen Kommunen hinaus gefunden werden können. „In den ländlichen Gemeinden hat man sich natürlich sehr über die Konzepte gefreut, weil dort weder Personal noch Geld für so etwas vorhanden ist“, so Nietz.

Anderen Landkreisen würde sie jedoch raten, an die Analyse anders heranzugehen. Es sei sehr aufwendig gewesen, jede Gemeinde individuell unter die Lupe zu nehmen. Das habe im etwa 800 Quadratkilometer großen Landkreis riesige Datenmengen erzeugt. „Es ist sinnvoller, Cluster von mehreren ähnlich strukturierten ländlichen Gemeinden zu bilden“, sagt sie. Vergleichbare Dörfer hätten zusammen betrachtet werden können, weil sich die Schlussfolgerungen letztlich ähnelten. Erstellt wurde der Wärmeplan von einem Konsortium aus drei Unternehmen aus den Bereichen Wärmeplanung, Datenverarbeitung und Kommunikation. Da die kreisweite Wärmeplanung ein Novum darstellt, erhielt das Pilotprojekt eine Sonderförderung des Landes Baden-Württemberg. Honoriert wurde es zusätzlich durch den ersten Platz bei der Auszeichnung „Klimaaktive Kommune 2022“.

Die Wärmewende scheint möglich

Die Fachleute kommen im Wärmeplan zu dem Schluss, dass der Landkreis Lörrach über erhebliche energetische Potenziale verfügt. Die erneuerbaren Wärme- und Stromquellen seien ausreichend, um eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2040 zu ermöglichen. Vor allem in urbanen Gebieten soll dabei die Versorgung über Wärmenetze eine zentrale Rolle spielen. Das landkreisweite Zielszenario 2040 sieht vor, dass 37 Prozent des Wärmebedarfs über Wärmenetze gedeckt werden, davon drei Viertel über die Abwärme-Ringleitung. Der Wärmenergiebedarf deckt sich in diesem Modell zu 35 Prozent über Wärmepumpen, die mit erneuerbaren Stromquellen betrieben werden, zu 17 Prozent aus Biomasse und zu weiteren 17 aus grünem Wasserstoff. Sieben Prozent stammen in diesem Zielszenario aus Solarthermie, vier aus Hochtemperatur-Abwärme und fünf Prozent aus Tiefengeothermie. Weitere 15 Prozent kommen durch Niedertemperatur-Abwärme hinzu, die mittels dezentraler Wärmepumpen genutzt werden und somit nicht der großen Ringleitung zufließen.

Nietz ist froh, dass die nächsten Schritte auf dem ausgearbeiteten Konzept fußen können. Nun sind sämtliche Akteure im Landkreis gefragt, die ambitionierten Ziele in die Realität umzusetzen. ■



KONTAKT:

Inga Nietz
Landratsamt Lörrach
Stabsstelle Klimaschutz
Telefon: 07621 410-3040
inga.nietz@loerrach-landkreis.de
www.loerrach-landkreis.de

Wärme fürs Dorf

In Deutschland decken knapp 200 Bioenergiedörfer ihren Wärme- und Strombedarf überwiegend aus regionalen erneuerbaren Quellen. Das klappt gut, wenn die Menschen mitmachen – und es wirtschaftliche Anreize gibt.

[VON ANJA RATH]

Die niedersächsischen Dörfer Krebeck und Wollbrandshausen können eine Erfolgsgeschichte erzählen: Seit über zehn Jahren betreiben sie genossenschaftlich eine Biogasanlage, die über Blockheizkraftwerke (BHKW) das eigene Nahwärmenetz speist. Mittlerweile sind etwa 260 Haushalte angeschlossen. „Schlussendlich sollen es 300 Anschlüsse sein“, sagt Karl Heine, der Geschäftsführer der Bioenergie Wollbrandshausen-Krebeck e. G. (BioWK). Als die Genossenschaft die Anlagen und das Netz von 2009 bis 2010 baute, hat sie in Absprache mit Eigentümern auch Vorratsanschlüsse an Grundstücke gelegt, deren Gebäudeheizungen damals noch recht neu waren.

Von der Idee begeistert

Angesichts der Preise fossiler Energieträger liegt die Entscheidung für einen Anschluss heute vielleicht näher als damals. „Unsere Wärmekunden der Anfangsjahre haben deutlich höhere Preise pro Kilowattstunde gezahlt, als sie für Gas oder Öl hätten ausgeben müssen“, sagt Heine. Die Einnahmen dienten auch dafür, Verbindlichkeiten zu tilgen: Insgesamt betragen die Investitionen rund 15 Millionen Euro. Jeweils etwa 1,5 Millionen Euro wurden über Eigenmittel und Zuschüsse finanziert, etwa zwölf Millionen Euro über einen KfW-Kredit, der jährlich mit rund einer Million Euro getilgt wurde. „Dadurch konnten wir den Kredit rasch abbauen und nach etwa acht Jahren Gewinne erzielen.“ Nur Menschen mit Eigentum in einem der Dörfer und einem Wärmevertrag können Mitglied der Genossenschaft sein – zehn Anteile, das entspricht 5 000 Euro, sind der Mindesteinlageanteil. Den Wärmepreis hielt die Genossenschaft auch in den vergangenen Jahren stabil und konnte eine Dividende von etwa zwei Prozent auszahlen. Dass das funktioniert, hat mit Klinkenputzen, einer Enttäuschung und einem Gemeinschaftsprojekt zu tun.

Ursprünglich wollten beide Dörfer unabhängig voneinander zum Bioenergiedorf werden. Den Impuls setzte 2006 der Landrat des Landkreises Göttingen mit einer Machbar-

keitsstudie: Die Strukturen der Dörfer erschienen geeignet, es gab Fördergelder sowie Infoveranstaltungen mit Fachleuten. Und Menschen, die sich für die Idee begeisterten, Wärme aus regenerativen und regionalen Rohstoffen vor Ort zu erzeugen und so von fossilen Brennstoffen unabhängig zu werden. Sie engagierten sich in Arbeitsgruppen, beispielsweise zur Landwirtschaft und zum Wärmenetz. „Es gab Leute, die von Haus zu Haus gegangen sind, mit den Eigentümern gesprochen und Hauspässe zur Anschlussbereitschaft erstellt haben. Das waren Vorbereitungen für die dorfspezifischen Machbarkeitsstudien.“ Der in Krebeck wohnende Heine war als diplomierter Bankbetriebswirt in der Gruppe zu Rechtsform und Finanzierung aktiv. „Unser Bürgermeister war Feuer und Flamme. Wir haben zur Vorbereitung der Genossenschaft eine GbR gegründet und auf Grundlage von Faktoren, die sich an das erste Bioenergiedorf Deutschlands, Jühnde, anlehnten, einen Businessplan erstellt.“ Den betrachtete die Hausbank bei einem Gespräch im Frühjahr 2007 skeptisch. Auch Heine zweifelte an der Machbarkeit – und sollte damit recht behalten: Im November 2007 kamen die Studien zu dem Schluss, dass ein Einzelprojekt in keinem der beiden Dörfer wirtschaftlich umsetzbar wäre.

Größer planen

Biogasanlage und Heizzentrale liegen heute genau zwischen Krebeck und Wollbrandshausen. „Ein Ortsrat hatte die Idee, beide Dörfer gemeinsam zu betrachten. Er kam im Frühjahr 2008 mit einem Aktenordner, in dem er Fachinformationen gesammelt hatte, zu mir“, sagt Heine, der einen neuen Businessplan erstellen sollte. Er konzipierte die Anlage dreimal so groß wie die ursprünglichen. „Ich wollte eine Anlage, die von Profis betrieben wird. Sicherlich würden wir auch externes Know-how einkaufen.“ Seine Planungsgrundlage waren etwa 300 000 Euro Personalkosten – diese galt es, zu tragen. Die Umlage aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit der über 20 Jahre ein fester Preis für Strom aus Sonne, Wind und Biomasse gezahlt wird, sollte als Projektförderung

dienen. Im Herbst 2008 gründete sich die Genossenschaft mit 148 Mitgliedern; eine außerordentliche Versammlung im Dezember – mittlerweile waren es 176 Mitglieder – gab ein klares Votum, den Businessplan umzusetzen. Insgesamt sechs Personen sind inzwischen für die BioWK tätig. „Meine Arbeitgeber sind die Mitglieder. Wir wohnen hier Tür an Tür. Das ist ein Vorteil für alle. Aber manchmal ist es auch eine Bürde für denjenigen, der die Verantwortung trägt“, sagt Heine.

Er berät andere angehende Bioenergiedörfer. Die politischen Rahmenbedingungen seien derzeit aber eher ungünstig, da die Fördermöglichkeiten für Biogasanlagen eingeschränkt wurden. Für Heine ist die derzeitige Biogaserzeugung eine Übergangstechnologie. „Es muss einen Wandel in Richtung Abfallverwertung geben – Naturschutzpflegematerial, Kartoffelschalen aus der Industrie oder Reste aus der Landwirtschaft.“ Momentan nutzt die BioWK Mais- und Ganzpflanzensilage sowie 15 000 Tonnen Gülle im Jahr. Die Mischung





„Ich wollte eine Anlage, die von Profis betrieben wird. Sie wurde dreimal so groß wie die ursprünglich konzipierten Einzelanlagen.“

KARL HEINE, BIOENERGIE WOLLBRANDHAUSEN-KREBECK E. G.

Am Standort zwischen den Dörfern sorgen mittlerweile zwei Blockheizkraftwerke für die Wärme, die die Biogasanlage braucht. Sie ist über zwei Mikrogasleitungen mit den Dörfern verbunden – externe Heizzentralen liefern dort Nahwärme über zwei Netzkreise.

lässt sich ändern – und auch die Menge: Wenn die EEG-Umlage ausläuft, soll das Biogas nicht mehr verstromt, sondern verbrannt werden, um ausschließlich Wärme zu produzieren. Dafür bräuhete es nur noch circa ein Sechstel des derzeitigen benötigten Substrats.

Landwirte bereiten den Weg

Auch in Rosenow ist Biogas die Quelle für erneuerbar erzeugte Wärme. Die kleine Gemeinde liegt im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Dort waren es Landwirte, die den Weg zum Bioenergie-Ort bereiteten. Der Auslöser dafür war der Biogasboom der 2010er-Jahre im Zuge der Förderung durch das EEG. „Rosenow eignet sich gut für ein Wärmenetz. Es ist kleiner Ort mit kompakter Bebauung“, sagt Sönke Andresen von der Bioenergie Rosenow GmbH, die die Biogasanlage im Dorf betreibt. Als damals externe Unternehmen bei der Gemeinde nach Bauland für eine Biogasanlage und bei Landwirten nach Maisanbauflächen fragten, sei er als Leiter der ortsansässigen landwirtschaftlichen Betriebsge-

meinschaft Tarnow hellhörig und aktiv geworden: um die Konkurrenz um Flächen zu vermeiden und die Wertschöpfung in der Region zu halten.

„Wir haben 2011 die Biogasanlage und ein Fahrsilo gebaut. Das Blockheizkraftwerk ging drei Tage vor dem Auslaufen der günstigen EEG-Bedingungen in Betrieb.“ Seitdem speist es Strom ins öffentliche Netz. „Wir haben etwa 2,8 Millionen Euro aus Eigenmitteln investiert und über die DKB-Bank finanziert, die uns bei Fragen und auch später beim Wärmenetz ein wichtiger Partner war.“ Die Betriebsgemeinschaft bewirtschaftet etwa 3 000 Hektar Acker; auf 150 davon baut sie nun Mais an – als Biogassubstrat und willkommene neue Ackerfrucht in der Fruchtfolge. Außerdem landen Gülle und Mist von viehhaltenden Betrieben in der Anlage sowie Grassilage zu etwa 25 Prozent. „Das Grünland in der Region wurde kaum noch bewirtschaftet. Wir bieten den Betrieben eine Nutzungsmöglichkeit.“

Kommune vertreibt die Wärme

„Mir war klar, dass beim Betrieb einer Biogasanlage viel Wärme anfällt, die man nutzen sollte“, sagt Andresen. Ein Wärmenetz aus DDR-Zeiten gab es bereits. 125 Wohnungen und ein Kindergarten wurden darüber zentral versorgt: ursprünglich mit Heizöl, später mit Gas. Aber die Landwirte wollten das Netz nicht selbst betreiben – das übernimmt eine zu diesem Zweck gegründete kommunale Gesellschaft. „Die Kommune hat bei den Menschen vor Ort eine viel höhere Akzeptanz verglichen mit uns als Wirtschaftsunternehmen. Außerdem ist unser Hauptgewerk die Landwirtschaft.“ Und: Die Kommune konnte beim Land Fördersätze von bis zu 50 Prozent für den Aus- und Umbau des Netzes beantragen. „Allerdings ist es auch so, dass die öffentliche Hand teurer baut als private Investoren. Das haben wir im Vergleich mit anderen Wärmenetzen gesehen“, so Andresen, der auch stellvertretender Bürgermeister von Rosenow ist.

Die Bioenergie Rosenow hat in Wärmepufferspeicher investiert, um auch in Phasen, in denen sie keinen Strom produziert, Wärme fürs Dorf bereitzustellen zu können.

Die Kommune und deren Bürgermeister Norbert Stettin waren offen für die Bioenergie-dorf-Idee und haben die Umsetzung von Beginn an unterstützt. Es folgten langwierige Abstimmungen mit der Kommunalaufsicht, bis die „Landwerke Rosenow GmbH“ als Wärmenetzbetreiber 2014 an den Start gehen konnte. Die Wärme wird zum Dorfkern transportiert und von dort über vier Hauptstränge an die Abnehmer weitergeleitet. Es gibt eine sogenannte Redundanz – Gaskessel, die anspringen, falls die Landwirte nicht genug Wärme liefern können. „Das müssen wir als Vollversorger gewährleisten.“ Vor ein paar Jahren wurde die Biogasanlage um ein weiteres BHKW und einen 300 Kubikmeter großen Wärmespeicher erweitert. Mittlerweile ist die Mehrzahl der Häuser im Dorf angeschlossen. Dass die Akzeptanz hoch war, habe verschiedene Gründe gehabt: „Als das Netz gebaut wurde, war Heizöl gerade sehr teuer. Außerdem standen bei vielen Heizungen, die nach der Wende erneuert worden waren, Investitionen oder Reparaturen an.“ Um über das Wärmenetz versorgt zu werden, mussten Abnehmende eine Anschlussstation installieren. Darüber wird die Wärme in das Heizsystem des Hauses übertragen. Die Kosten betragen einmalig etwa 2 500 Euro für den Anschluss; er war mit zehnjährigen Abnahmeverträgen zu einem festgelegten Preis verbunden. Als der Ölpreis wieder sank, hätten sich Kunden über die Preise echauffert und versucht, die Verträge zu kündigen, sagt Andresen. Das habe ihn enttäuscht. „Die Menschen sagen zwar, dass sie ein regenerativ betriebenes, klimaneutrales Wärmenetz und regionale Wertschöpfung gut finden, aber sie haben sich fast ausschließlich aus monetären Gründen dafür entschieden.“ Heute beschwert sich vermutlich niemand mehr: Während sich Heizkosten andernorts mitunter vervielfacht haben, kann die Landwerke Rosenow GmbH weiterhin einen Preis in Höhe von rund neun Cent brutto pro Kilowattstunde (kWh) bieten.

Kosten- und Nutzen-Effizienz

Der Betrieb der Biogasanlage wird vor allem über die EEG-Umlage finanziert. „Im Augenblick sind die Strompreise an der Börse so hoch, dass wir sie nicht bräuchten, aber das wird sich wieder ändern. Über die EEG-Umlage erhalten wir etwa 22 Cent. Die benötigen wir auch, um die Anlage wirtschaftlich betreiben zu können.“ Ein Teil des Betrags stammt aus dem Bonus für Kraft-Wärme-Kopplung –

also für Wärme, die bei der Stromerzeugung entsteht. „Wir erhalten etwa drei Cent pro kWh Wärme, die wir in das Dorfnetz einspeisen, bei gleichzeitig produzierter kWh Strom. Und zusätzlich einen Cent pro kWh von den Landwerken Rosenow.“ Fällt die EEG-Umlage 2031 weg, funktionieren das nicht mehr. „Wir müssen dann einen deutlich höheren Teil der Einnahmen aus Wärme generieren. Im besten Fall merkt der Endkunde nichts von diesem Wechsel.“ Damit das gelingt, hat Andresen einen Post-EEG-Plan: Die Landwerke Rosenow können die Wärme zu höheren Preisen abnehmen. Denn: „In den neun Cent Bruttopreis für die Wärmekunden sind derzeit zu einem erheblichen Teil Finanzierungskosten enthalten, die im Jahr 2030 wegfallen.“

Die Biogasanlage läuft mittlerweile flexibel und an den Bedarf angepasst. Um ein Wärmenetz effizient zu betreiben, sei eine Mindestanzahl an Abnehmenden nötig, sagt

Andresen. Und Nähe: Mit jedem Meter Transport geht auch bei guter Isolierung Wärme verloren. Rund 300 Meter sind es in Rosenow von der Wärmequelle bis zum Dorf. Dennoch liegen die Wärmeverluste im Jahresdurchschnitt bei etwa 30 Prozent. „Es wird derzeit viel darüber gesprochen, dass Wärmenetze das Heizsystem der Zukunft seien. Aber sie können nur bei kompakten Netzen funktionieren.“ ■

„Um ein Wärmenetz effizient zu betreiben, ist eine Mindestanzahl an Abnehmenden nötig – und Nähe.“

SÖNKE ANDRESEN, BIOENERGIE ROSENOW GMBH



KONTAKT:

Karl Heine
Bioenergie Wollbrandhausen-Krebeck e. G.
Telefon: 05507 2552
k.heine@biowk.de
www.biowk.de

Sönke Andresen
Bioenergie Rosenow GmbH
Telefon: 039602 29491
Mobil: 0171 3860358
be-rosenow@gmx.de



Aufgabe für Genossenschaften

Für Wärmeprojekte gibt es viele Träger, auch Bürgerenergiegenossenschaften (BEG) sind aktiv. Die BEG Kraichgau arbeitet derzeit am Aufbau ihres zweiten Nahwärmenetzes in Baden-Württemberg. Was können Engagierte in genossenschaftlichen Strukturen leisten?

Franz Bruckner ist im Vorstand in der „BürgerEnergie-Genossenschaft Kraichgau eG“. www.beg-kraichgau.de

„Herr Bruckner, in der BEG Kraichgau engagieren sich Privatpersonen für die Wärmewende. Springen diese Bürger ein, weil die Kommunen es nicht stemmen können?“

Ich sehe die Kommunen in der Pflicht. Sie müssten endlich aufwachen und als Strukturmaßnahmen Wärmenetze im Sinne der Daseinsvorsorge einrichten oder deren Entstehung vorantreiben. Davon sind wir aber weit weg. Viele Kommunen haben die erneuerbare Wärme noch gar nicht auf dem Schirm. Deshalb ist die Eigeninitiative der Bürger so wichtig. Wir motivieren alle, die sich für ein Wärmenetz interessieren, an ihrem Wohnort mit den Nachbarn zu reden. Denn über die Begeisterung für Gemeinschaftsprojekte sind schon einige Wärmenetze in Quartieren oder Straßenzügen entstanden. Mit dem finanziellen Beitrag unterstützen die Mitglieder einer BEG die Entwicklung von Projekten und stellen das unvermeidlich notwendige Eigenkapital für die Umsetzung zur Verfügung.

„Wir alle sollten dazu beitragen, mehr Engagement in der Gesellschaft für die Energiewende zu erzeugen.“

Wann wird eine Bürgergenossenschaft schlagkräftig?

Eine BEG lebt vom Engagement der Mitmachenden, vor allem der Vor-

stände und Aufsichtsräte. Idealerweise verbinden sie technischen und kaufmännischen Sachverstand, sind Mitglieder mehrerer Vereine oder engagieren sich in der Kommunalpolitik. Gerade für die Wärmeprojekte sind sehr viele technische Fachkenntnisse notwendig. Wichtig ist auch, dass die Spitzen der kommunalen Verwaltung wie Bürgermeister, Ortsvorsteher, Kämmere oder Bauamtsleiter hinter der Idee der gemeinschaftlichen Wärmeversorgung stehen. Wenn dies nicht der Fall ist, kommen die Projekte nicht voran oder werden behindert. Auch Stadtwerke waren in Baden-Württemberg häufig jahrelang Bremser.

Warum war das so?

Über viele Jahre haben die mit Strom und Erdgas handelnden Stadtwerke neue Wärmenetze verhindert, um weiter Gas zu verkaufen. Sie sahen ihre Interessen gefährdet, wenn Bürger dezentrale Eigenlösungen umsetzen wollten. Heute ist es so, dass die Stadtwerke wissen, dass sie sich mit der Wärmewende beschäftigen müssen. Aber sehr oft werden Studien angefertigt, um dann festzustellen, dass es doch zu teuer ist und man lieber abwartet. Stadtwerke sind sehr oft nicht die Treiber.

Es geht um städtebauliche Planungen, wenn man über Wärmenetze diskutiert. Kommt es deshalb zu Konflikten, wenn Bürger innovative Lösungen verlangen?

Oft ist es so, dass eine Kommune einen Bebauungsplan erstellt, in dem die Energieversorgung keine Rolle spielt. Es wird zuvorderst nur über Straßen und die Kanalisation nach-

gedacht. Die Bürger sind nicht am Planungsprozess beteiligt und die späteren Hauseigentümer noch nicht einmal bekannt. Privatpersonen, die möchten, dass ein regenerativ betriebenes Wärmenetz aufgebaut wird, haben nur die Möglichkeit, über den Gemeinderat und aufgeschlossene Verwaltungsmitarbeiter auf die Kommune einzuwirken.

Wo ist die Grenze für Genossenschaften aus engagierten Bürgern?

Ich sehe die Stärke der Genossenschaften eher bei Projekten im ländlichen Raum und bei abgrenzbaren Quartieren. Große Lösungen für ganze Städte oder Regionen mit jahrzehntelangen Projektlaufzeiten können solche Zusammenschlüsse überfordern. Für Genossenschaften, die selbst Betreiber sein wollen und die Betriebsführung übernehmen möchten, ist das zu komplex. An Großprojekten kann sich eine BEG aber beteiligen. Ich sehe die Rolle nicht nur in der Finanzierung: Wir alle sollten dazu beitragen, mehr Engagement in der Gesellschaft für die Energiewende zu erzeugen. Ich finde es positiv, dass die Politik momentan mehr über Bürgerbeteiligung nachdenkt, auch bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Es ist keineswegs so, dass derzeit alle Bürger einen Wärmenetzanschluss möchten; viele wollen weiter beim Öl bleiben. Deshalb ist Bürgerengagement für die Wärmewende sehr wichtig.

Herr Bruckner, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

Wie der Wind wärmt



Ein kleines Dorf in Schleswig-Holstein macht vor, wie Windparks langfristig rentabel bleiben und preiswerte Heizenergie für die Region liefern.

[VON LAURA THEUER UND ANDREA BIRRENBACH]

Der Wind in Nordfriesland weht zuverlässig, was sich das Dorf Bosbüll seit über 20 Jahren mit zwei Windparks zu Nutze macht, die daraus Strom erzeugen. Ende 2021 lief jedoch die Förderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) dafür aus. Die Gemeinde mit rund 250 Einwohnern fand eine Möglichkeit, die Anlagen weiterhin wirtschaftlich zu betreiben: Sie baute ein eigenes Wärmenetz für die regenerative regionale Versorgung und kann die Energie heute zudem preiswert anbieten. Für

die Umsetzung gewannen die Gemeinde und die Windpark Bosbüll GmbH das Unternehmen GP JOULE. Zusammen gründeten die Partner die Bosbüll Energie GmbH und entwickelten ein Geschäftsmodell mit drei Säulen. Bosbüll war damit eines der ersten Projekte, bei dem Windkraftanlagen, für die die EEG-Förderung ausgelaufen ist, für die Wärmeerzeugung weiter genutzt werden.

Wind und Sonne werden zu Wärme

Das Unternehmen wandelt den Strom mit Hilfe von Wärmepumpen und Heizstäben in

Heizenergie um und leitet diese über einen Pufferspeicher, der die Energie mehrere Tage hinweg hält, in ein bestehendes Nahwärmenetz. Die Wärme geht an derzeit 24 Haushalte und einen Sauenzuchtbetrieb in Bosbüll. Überschüssiger Strom wird genutzt, wodurch die Windkraftanlagen bei einem Stromüberangebot nicht gedrosselt oder abgeschaltet werden müssen.

Eine Power-to-Gas-Anlage ergänzt das System. Sie stellt mit dem regenerativen Strom Wasserstoff her, der gelagert werden kann. Dieser Wasserstoff wird an zwei nahegelegene Tankstellen geliefert. Die Abwärme der Wasserstoffherzeugung fließt zudem ins Nahwärmenetz. Sollten Sonnen- und Windenergie nicht ausreichen, kann ein mit Erdgas betriebener Spitzenlastkessel den Wärmebedarf der angeschlossenen Haushalte decken.

„Das Nahwärmenetz ersetzt in den Haushalten zum größten Teil Ölheizungen“, sagt Ingo

Aus Wind und Sonne wird in Bosbüll nicht nur Strom, sondern auch Wärme.



Böhm, Bürgermeister der Gemeinde und Geschäftsführer von Bosbüll Energie. Elf weitere Haushalte warten auf einen Anschluss. Böhm ist optimistisch, dass dieser bald erfolgen kann, denn die Rahmenbedingungen stimmen: Die Häuser liegen nah genug an der Leitung – der Wärmeverlust wäre also klein. Insgesamt könnten in den kommenden Jahren 55 der 90 Bosbüller Haushalte an das Nahwärmenetz angeschlossen werden. „Wir haben außerdem Anfragen aus Nachbardörfern, aber ihre Aufnahme lässt sich leider wirtschaftlich nicht darstellen. Man müsste eine zwei Kilometer lange Wärmeleitung dorthin legen, das lohnt sich nicht, weil die Dörfer zu klein sind“, so Böhm.

Eine preiswerte Alternative

Dass die Nachfrage so schnell steigt, hatten die Partner von Bosbüll Energie zunächst nicht vermutet. Bis Februar 2022 war der Versorger mit zehn Cent pro Kilowattstunde noch der teuerste Anbieter von Wärme in der

Region und die Vermarktung der Anschlüsse war schwer. „Am Markt kostete das Gas zu dieser Zeit fünf oder sechs Cent. Inzwischen sind wir mit derzeit 10,2 Cent vergleichsweise günstig. Ich denke, wir werden dauerhaft zu den preiswerten Anbietern gehören“, sagt Böhm. Eine Förderung über das Programm „Wärmenetzsysteme 4.0“ des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle ermöglichte das Wärmeprojekt. Dadurch ließ sich der Ausbau des Netzes finanzieren, und bis Ende 2024 gibt es Zuschüsse für den Anschluss weiterer Hausanschlüsse.

Innerhalb von drei Jahren errichteten die Partner das Nahwärmenetz und die Heizzentrale. GP JOULE verantwortete die Planung und Durchführung; die Kommune gestaltete alle Genehmigungsverfahren so einfach wie möglich. Das Unternehmen ist weiterhin als Gesellschafter an Bosbüll Energie beteiligt, übernimmt die Wartung des Wärmesystems und berät die Abnehmer der Nahwärme.

Für grüne Mobilität

Der Wasserstoff aus der Power-to-Gas-Anlage wird auch an zwei Tankstellen in der Region geliefert. Dort kommt er bisher zwei mit Wasserstoff betriebenen Bussen des öffentlichen Personennahverkehrs zugute – zukünftig sollen es mehr werden. Auch Privatpersonen können ihre Brennstoffzellenautos dort befüllen. „Bei der Zahl der Wasserstoffautos in der Region ist eine leichte Tendenz nach oben zu erkennen“, sagt Böhm. Das liege an den beiden Tankstellen – und einer weiteren in etwa zehn Kilometern Entfernung, die über ein anderes Projekt finanziert wurde. In Bosbüll habe man dabei anfangs vor dem „Henne-Ei-Problem“ gestanden, schildert Böhm: Wenn die Tankstellen zu weit entfernt sind, kaufen sich die Menschen keine Wasserstoffautos. Sind aber andererseits nur wenige dieser Fahrzeuge in einer Region zugelassen, gibt es für Investoren nicht genügend Anreize, um die Infrastruktur zu errichten. „In Bosbüll haben wir uns fürs Machen entschieden und das Angebot geschaffen“, so Böhm. Mit Hilfe der Förderung durch das Bundesverkehrsministerium startete GP JOULE das Projekt „eFarm“ mit einem Gesamtvolumen von 16 Millionen Euro. Daraus entstand mittlerweile ein Privatunternehmen mit etwa 20 Gesellschaftern aus der Region.

Blaupause Bosbüll

Bürgermeister Böhm ist zufrieden mit den beiden Projekten in dem kleinen Dorf Bosbüll. „Wir sind eine Blaupause für ländliche Regionen, in denen Wind- und Solarparks betrieben werden – unsere Ideen kann man an vielen Standorten realisieren.“ Die Kommune und GP JOULE erhalten von anderen Gemeinden viele Anfragen zur Umsetzung. Böhm geht davon aus, dass ein solches Projekt andernorts sogar kostengünstiger werden dürfte, wenn man auf die Erfahrungen von Bosbüll zurückgreift. Er ist davon überzeugt, dass es flächendeckend funktionieren kann, Wärme aus erneuerbarem Strom zu gewinnen. Das trage zur Energiewende bei. „Deutschland ist ein Hochtechnologieland mit entsprechenden finanziellen und wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wir können hier neue Verfahren entwickeln und ausprobieren. Das rechnet sich letztlich auch wirtschaftlich, denn diese Technologien lassen sich vermarkten.“



KONTAKT:

Ingo Böhm
Gemeinde Bosbüll
Telefon: 04661 2196
ingo@boehmbosbuell.de
www.gemeinde-bosbuell.de



Das Speichern von Energie ist eine Herausforderung. In Wunsiedel nehmen Batterien mehrere große Container ein.

Reststoffe nutzen – Systeme kombinieren

Für das bayerische Wunsiedel ist die Energiewende nichts Neues. Seit über 20 Jahren werden in der Stadt Strom und Wärme aus Sonne, Wind und Holz erzeugt, seit Kurzem auch grüner Wasserstoff. Ein Ziel dabei: Die Bürger mitnehmen.

[VON SABRINA STRECKER UND ANDREA BIRRENBACH]

Dinge, die man sich ausleiht, sorgsam behandeln – das hat Marco Krasser von seinen Großeltern gelernt. Diese Grundeinstellung bestimmt seinen Umgang mit Natur und Energie. Seit 2001 ist er Geschäftsführer der Stadtwerke, der SWW Wunsiedel GmbH, und überzeugter Verfechter des Kreislaufsystems: Ressourcen schonen, keine Reste ungenutzt lassen, das ist sein Credo.

Um auch die Stadtwerke Wunsiedel auf den Weg dahin zu bringen, stieß er als einer seiner

ersten Amtshandlungen die Einrichtung eines Solarparks an. Schließlich hätten Stadtwerke die Aufgabe, ihre Bürger dauerhaft kostengünstig, umweltschonend und sicher zu versorgen. Krasser: „Das geht meiner Meinung nach nur mit erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen.“ Da ihm die Banken den nötigen Kredit nicht gewährten, setzte er auf Bürgerbeteiligung. Rund 9 000 Menschen leben in Wunsiedel – Krasser bot ihnen an, Anteile zu kaufen. Die Minimalbeteiligung lag bei 500 Euro. Damals kostete Solarstrom das Vielfache von konventionellem Strom, deshalb war Überzeu-

gungsarbeit in Form von Infoveranstaltungen und Gesprächen nötig. Doch schließlich hatte Krasser genügend Unterstützung gewonnen. Denn wer sich beteiligte, durfte mitbestimmen und bekam eine Rendite von sieben Prozent. Der Bürgersolarpark ist aber nur ein Baustein im Wunsiedler Energiemix.

Holzreste für Strom und Wärme

Seit dem 19. Jahrhundert gibt es in der waldreichen Region Holzindustrie – heute vor allem für Bauholz. Wo mit Holz gearbeitet wird, fallen unbrauchbare Reste, Äste sowie Sägespäne an – die zuvor weitgehend ungenutzt

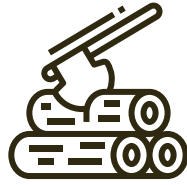
blieben. Späne wurden früher entweder andernorts zu Spanplatten verarbeitet oder an die Zellstoffindustrie geliefert. Um die anfallenden Reststoffe sinnvoll direkt vor Ort zu nutzen, schlossen sich die Stadtwerke mit zwei Waldbauernvereinigungen und dem lokalen Sägewerk zusammen und richteten 2011 ein Biomasseheizkraftwerk mit angeschlossener Pelletierung ein. Dort wird das Restholz als Brennstoff verwendet, um Strom zu erzeugen. Die dabei entstehende Wärme dient dazu, die Späne zu trocknen und zu Pellets zu verarbeiten. Sie sind für die Wunsiedler ein wichtiger Energiespeicher, denn aus ihnen wird in sogenannten Satellitenheizkraftwerken Strom und Wärme produziert. Die Begriffe lehnen sich an das Planetensystem an: Die Pelletherstellung steht für die Sonne. Drei Heizkraftwerke mit ihren Wärmenetzen sind die Satelliten, ein viertes wird gerade gebaut, weitere sind in Planung. Die Wärme strömt über die Wärmenetze derzeit zu rund 300 Haushalten, den Strom speisen die Stadtwerke in das eigene Netz ein. Somit werden lange Wärmeleitungen vermieden und alle Holznebenprodukte effizient genutzt. Viele der Häuser und Wohnungen ohne Wärmenetz-Anschluss werden mit Holzpellets geheizt; da Wunsiedel so holzreich und die Bauholzindustrie stark ist, können die Pellets zudem über die Region hinaus verkauft werden.

„Unser Ansatz ist, möglichst wenig in die Natur einzugreifen. Und wenn man es doch tut, dann sollte man den Rohstoff doppelt nutzen und die Reste verwerten“, sagt Krasser. In der Diskussion um die Nachhaltigkeit der Nutzung von Holz sollte seiner Meinung nach die Gesamtheit seines Potenzials einbezogen werden: als nachwachsendes Baumaterial im Vergleich zu Stein oder Beton – und als Heizmittel in Form von Resteverwertung.

Bürgerbeteiligung als Schlüssel

Um die Idee regionaler Energieerzeugung nach dem Bau des Solarparks mit weiteren Projekten zu verwirklichen, gründete sich 2011 auf Initiative der SWW Wunsiedel die Zukunftsenergie Fichtelgebirge GmbH, die mittlerweile ZukunftsEnergie Nordostbayern GmbH (ZENOB) heißt. Diese Gesellschaft hatte zum Ziel, Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu bauen – und dafür möglichst viele Gemeinden und Landkreise als Gesellschafter zu gewinnen. Heute sind 28 Kommunen und vier Landkreise Gesellschafter geworden.

Die ZENOB will bewirken, dass die Art der Energieversorgung von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Die Zahlen sprechen für diese Herangehensweise: Rund 5,6 Millionen Euro wurden über Bürgerkapital eingeworben, das entspricht etwa zehn Prozent des Investitionsvolumens für die Windkraftanlagen. 2023 sollen weitere Windräder



Die Wärmeversorgung im walddreichen Wunsiedel basiert auf Holz. Im Laufe der Zeit kamen weitere Technologien hinzu.

geplant und nach und nach aufgestellt werden. „Wir hatten bei keiner unserer bisher errichteten zehn Windenergieanlagen irgendeine Protestbewegung“, so Krasser. Im Gegenteil: Als die Anlagen gebaut wurden, hätten die Menschen die Baustellen interessiert besucht und sich den Baufortschritt angesehen.

Den Überschuss für Wasserstoff nutzen

In windreichen Zeiten wird in Wunsiedel mehr Strom durch Wind erzeugt als genutzt. Um diese Energie zu konservieren, wurde ein Batteriespeicher gebaut; gerade plant die ZENOB mit Partnern den größten Batteriespeicher Mitteleuropas. Daneben realisierte die Gesellschaft zuletzt eine weitere Idee, um den überschüssigen Windstrom zu verwenden: Wasserstoff als Energieträger zu nutzen. „Die Sonne scheint nachts nicht und der Wind bläst, wann er will. Also braucht man ein System, das die Energie speicherbar und steuerbar macht“, sagt Krasser. Im Herbst 2022 ging eine Elektrolyse-Anlage in Betrieb, die mithilfe von Windenergie Wasserstoff herstellt. Derzeit steht die Anlage still, da aufgrund des Gesetzes zur Strompreisbremse potenzielle Gewinne abgeschöpft würden, auch wenn die Anlagenbetreiber den Strom nicht zum Börsenpreis verkaufen. Krasser: „So ist der Betrieb wirtschaftlich nicht möglich.“

Der Wasserstoff kann in windstillen, sonnenarmen Zeiten genutzt werden, um Strom zu erzeugen. Wichtig bleibt für Krasser auch hierbei: keinen Abfall produzieren und Ressourcen mehrfach verwenden. Wasserstoff und jedes andere Gas sollten demnach also nur zu dem Zeitpunkt genutzt werden, wenn Strom gebraucht wird – und gleichzeitig die

Abwärme Verwendung findet. Dazu ist die Elektrolyse-Anlage in Wunsiedel an das Nahwärme-Netz angeschlossen. Wasserstoff kann auch direkt zur Wärmeerzeugung dienen: wenn er dem Erdgas beigemischt wird, um damit Gasheizungen in Wohnhäusern zu betreiben oder wenn er in Brennstoffzellen oder großen Blockheizkraftwerken verbrannt und dabei in Wärme und Strom umgewandelt wird.

Alle drei Wunsiedler Blockheizkraftwerke sind Wasserstoff-tauglich, das bedeutet, sie können mithilfe von Wasserstoff Strom und Wärme erzeugen. Sobald wieder Wasserstoff in Wunsiedel erzeugt wird, soll eines davon zu einem Anteil mit Wasserstoff betrieben werden. Die Blockheizkraftwerke sind in der Nähe der Pelletproduktion verortet. Ein Kessel steht in einem Heizhaus auf dem Gelände des Sägewerkes und dient dort der Bauholztrocknung. Er war der erste dieser Art in Deutschland: Er kann sowohl Wasserstoff als auch Methan in jedem Mischungsverhältnis verbrennen.

Energie dezentral erzeugen

Was in der Region Wunsiedel funktioniert, könne auch im gesamten Bundesgebiet Anwendung finden, ist Krasser überzeugt. „In Deutschland nutzen wir Energie noch zu ineffizient, weil wir nur an Einzelwirkungsgrade, etwa von Holz, denken. Mich interessiert, wie sich Energie gesamtheitlich nutzen lässt.“ Er sieht Wasserstoff dabei auch im Kontext der Dekarbonisierung: Die deutsche Industrie brauche bereits viel Wasserstoff, der derzeit aus Erdgas und Kohle produziert wird. Würde sie den Strom nutzen, der durch die Steuerung der Stromnetze sowieso anfällt, und damit Wasserstoff zu erzeugen, spare das Erdgas und CO₂-Emissionen ein. „Und man muss keine separate Wasserstoffindustrie installieren“, so Krasser weiter. Das Ganze könne schließlich auch auf die EU ausgeweitet werden: „Wir müssen uns vernetzen und die Vorteile dezentraler Systeme für das Gesamtsystem nutzen. Im Bedarfsfall könnten sich dann alle bis zu einem gewissen Grad selbst versorgen und gegenseitig aushelfen.“



KONTAKT:

Marco Krasser
SWW Wunsiedel GmbH
Telefon: 09232 887-111
m.krasser@s-w-w.com
www.s-w-w.com



1_ Auf den direkt an das Aquarium angrenzenden Sonnenterrassen sind die Module der Photovoltaik-Anlage installiert.

2_ Darunter befinden sich die Kältespeicher.

laufe es einwandfrei, so Look. Auch die Bedienung sei einfach und vergleichbar mit dem Vorgängersystem.

Speichertechnologien weiterentwickeln
„Prinzipiell lohnt sich die Umstellung“, sagt Look. Die notwendigen Investitionen wurden über die EU-Förderung finanziert. Der Antrieb, am Projekt teilzunehmen, sei aber ein anderer gewesen: „Als Insel gehören wir zu den Ersten, die von klimatischen Veränderungen wie Stürmen und Hochwasser betroffen sind. Deshalb sind die Bemühungen hier recht groß.“ Die Insel treibt die Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien voran und hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 energieautark und emissionsfrei zu werden. „Da gibt es noch eine Menge Hürden, und der Zeitpunkt ist wahrscheinlich sehr ambitioniert, deshalb arbeiten wir an vielen Stellen daran.“ Eine Machbarkeitsstudie gibt es bereits.

Auf dem Weg zur Klimaneutralität nimmt die Insel nun am Nachfolge-Projekt von „NETfficient“ teil. „Wir haben mit dem Projekt erste Erkenntnisse gewonnen – über das ‚Islander‘-Projekt möchten wir weitere Technologien ausprobieren“, sagt Look. „Islander“ zielt darauf ab, die Energiesysteme von fünf europäischen Inseln zu dekarbonisieren, mit Borkum als Vorreiter. Dort startete das Projekt im Herbst 2022 und man testet, wie sich die Wärme aus der Nordsee nutzen lässt. „Wir wollen Meerwasser entnehmen und Energie herausziehen – ähnlich wie bei einer Erdwärmepumpe, die der Umgebung die Temperatur entzieht“, so Look. Mit der Wärme soll zukünftig ein Neubaugebiet mit rund 100 Wohneinheiten beheizt werden. ■

Mit Sonne gekühlt

Auf Borkum scheint die Sonne oft. Um mit der Solar-energie den Energiebedarf der Nordseeinsel zu decken, braucht es Speicherlösungen. Wie die aussehen können, zeigt das Nordsee Aquarium Borkum.

[VON OLAF LOOK, LAURA THEUER UND ANDREA BIRRENBACH]

Zehn bis 14 Grad – das ist die Wohlfühltemperatur der Meereslebewesen, die das Nordsee Aquarium Borkum bewohnen. Durch die Abwärme der Gebäudetechnik, die Beleuchtungen und die Raumtemperatur des Besucherbereiches erwärmt sich das Beckenwasser jedoch kontinuierlich. „Bei uns geht es vor allem um das Kühlen“, sagt Olaf Look, der für den Netzbetrieb Strom und Wasser bei den Stadtwerken der Insel, der Nordseeheilbad Borkum GmbH, zuständig ist. Im Winter gilt es zeitweise, die Becken zu heizen. Bei der Temperaturregulierung hilft das im EU-Projekt „NETfficient“ entwickelte Wärme- und Speichersystem.

Seit 2018 wird die Temperatur mit dem Strom einer Photovoltaik-Anlage, die eine Leistung von bis zu 15 Kilowattstunden hat, geregelt. Die Anlage treibt Wärmepumpen an, die eine Kühlflüssigkeit auf etwa vier Grad bringen.

Diese Flüssigkeit gelangt in zwei nachgeschaltete Kältespeicher mit jeweils 2 500 Litern Volumen, aus denen bei Bedarf die Energie zur Kühlung des Beckenwassers über einen Wärmetauscher abgegeben wird. „In den Wintermonaten braucht man wegen der kälteren Außentemperaturen keine großen Mengen an Energie für das Herunterkühlen. Aber weil die Sonne dann weniger stark scheint, kommt es immer wieder zu Lücken bei der Stromversorgung.“ Eine Erkenntnis des Projekts: Um das Aquarium an allen grauen Wintertagen mit Sonnenenergie zu kühlen, müsste die neue Photovoltaik-Anlage größer sein. Wenn dann auch die Kältespeicher leer sind, übernimmt automatisch die alte Wärmepumpe die Kühlung. Vor Projektstart wurde die Wassertemperatur nämlich durch eine am Stromnetz angeschlossene Wärmepumpe reguliert. Sie wurde zur Absicherung behalten, falls das neue System ausfällt. Ausgefallen sei es noch nicht; bislang

SERVICE:

Zum Projekt „NETfficient“:
<https://islander-project.eu/netfficient>
Zum Projekt „Islander“:
<https://islander-project.eu>



KONTAKT:

Olaf Look
Nordseeheilbad Borkum GmbH
Telefon: 04922 933-822
olaf.look@borkum.de
www.borkum.de/nordsee-aquarium



Engpass Handwerk

Wer eine Heizung erneuern möchte, braucht momentan Geduld. Woran fehlt es den Fachunternehmen aus dem Bereich Heizung und Klima?

Andreas Müller ist Geschäftsführer im Bereich Technik beim Zentralverband Sanitär Heizung Klima (ZVSHK). www.zvshk.de

” Herr Müller, wir leben in einer Zeit mit Kriegen, Konflikten und Personalausfällen aufgrund von Corona. Was erschwert im Moment die Arbeit der Heizungsunternehmen? Ein großes Problem sind derzeit die Lieferketten. Weil es sowohl in der Heizungs- als auch in der Sanitär-, Luft- und Klimatechnik zum Teil sehr lange Lieferzeiten gibt, werden die handwerklichen Abläufe extrem behindert. Ein Unternehmen erstellt heute ein Angebot für eine neue Wärmepumpenheizung und weiß nicht, ob die Produkte innerhalb des nächsten Jahres tatsächlich zu diesem Preis geliefert werden. Das macht eine verlässliche Preisfindung für Handwerksbetriebe und Kunden fast unmöglich.

„Die Politik könnte durch verlässliche Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass alles Nötige für die kritische Infrastruktur in Deutschland verfügbar ist.“

Was muss sich ändern? Die Situation kann sich nur bessern, wenn wichtige Bauteile wie Halbleiter in Deutschland gefertigt werden. Wir haben unsere Mitgliedsbetriebe zu ihren Geschäftsprognosen befragt: Fast 95 Prozent geben an, dass ihre Arbeit seit drei Jahren erheblich erschwert ist. Das betrifft nicht nur Energiewende-Produkte, sondern auch sanitärtechnische Bauteile, etwa für barrierefreie Bäder.

Was könnte die Politik verbessern? Die Politik könnte durch eine verlässliche Rahmengesetzgebung dafür sorgen, dass alles Nötige für den Betrieb der kritischen Infrastruktur in Deutschland verfügbar ist. Dazu muss es sich natürlich lohnen, hier zu produzieren. Im Rahmen der Globalisierung wurden in der Vergangenheit Produktionsstätten abgebaut und verlagert. Um wichtige Rohstoffe wie Seltene Erden zu bekommen, muss Deutschland also Lieferbeziehungen mit Ländern organisieren, die weniger problematische Rahmenbedingungen mitbringen, und gleichzeitig in mehreren Ländern einkaufen. Mono- und Oligopole eignen sich nicht für eine stabile Marktwirtschaft!

Die Heiztechnik entwickelt sich weiter, doch Aus- und Weiterbildung kostet Zeit. Können sich die Unternehmen das leisten?

Wenn aufgrund zahlreicher Aufträge wenig Zeit ist, sind Motivation und Bereitschaft sicherlich kleiner, sich oder Mitarbeitende fortzubilden. Deshalb sind wir seit Corona mehr und mehr auf dem Weg zum digitalen Lernen: So bieten fast alle unser Schulungsanbieter Online-Schulungen an, momentan in Sachen Wärmepumpen. Allerdings sind im Handwerk auch Präsenzveranstaltungen, etwa Produktschulungen, nötig. Weiterbildungen verursachen den Unternehmen auch wegen des Arbeitszeitausfalls Kosten, deshalb haben wir dem Bundeswirtschaftsministerium empfohlen, finanzielle Anreize im Bereich der erneuerbaren Energietechniken zu setzen. Die Gespräche laufen. Was den Inhalt der Ausbildungen

angeht, so kann ein Handwerksbetrieb aus dem Bereich Sanitär, Heizung, Klima innerbetrieblich seine Schwerpunkte selbst festlegen – sich etwa auf Öl- und Biomasseheizungen spezialisieren, weil sie im ländlichen Raum weit verbreitet sind. Die Hauptanstrengung besteht darin, den Auszubildenden gerecht zu werden, damit sie neue Technologien kennenlernen. Das gelingt durch ein modulares oder überbetriebliches Angebot; die inhaltlichen Vorgaben dafür hat der ZVSHK im vergangenen Jahr angepasst.

Wie werben Sie um Nachwuchs? Wir haben vor einiger Zeit die Nachwuchskampagne „Zeit zu starten“ ins Leben gerufen und uns dabei im vergangenen Jahr auf die Themen Energiewende und Klimaschutz fokussiert. Wir werben mit Slogans wie: Werde Energiewender, werde Wärmepumper! Gleichzeitig versuchen wir, eng mit den Schulen zusammenzuarbeiten. Leider werden an den Schulen nicht diejenigen gefördert, die etwas mit den Händen machen möchten. Trotz allem verzeichnen wir in den vergangenen fünf Jahren eine steigende Anzahl an Auszubildenden. Deshalb reden wir auch nicht von Fachkräftemangel, sondern von zusätzlichem Fachkräftebedarf – wenn denn die Nachfrage nach Technologien für die Energiewende tatsächlich größer wird. Derzeit ist sie zwar groß, aber nicht so, wie die Politik sich das vorstellt.

Herr Müller, vielen Dank für das Gespräch.
Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

Heizsysteme jetzt umbauen!

Da die Wärmewende nur vor Ort umgesetzt werden kann, sollten Kommunen jeder Größe gefördert werden.

[VON EVA BODE]



Große wie kleine Gemeinden sollten zur Wärmewende beitragen – und dabei gefördert werden.

Bis zum Jahr 2045 soll die Energieversorgung in Deutschland klimaneutral sein. Dabei spielt die Transformation des Wärmesektors eine wichtige Rolle. Wie dies vor Ort geschieht, hängt von den jeweiligen Rahmenbedingungen ab. Während in der Stadt vermehrt auf Fernwärmenetze gebaut wird, kommen in ländlichen Kommunen oftmals Nahwärmenetze, Wärmepumpen oder auch grüne Gase wie der Wasserstoff in Frage, um CO₂ bei der Wärmeerzeugung einzusparen. Nach wissenschaftlichen Studien dürfen keine Technologieoptionen ausgeschlossen werden, wenn die Wärmewende zügig gelingen soll.

Im Juli 2022 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) den Prozess zur Entwicklung eines Gesetzes zur kommunalen Wärmeplanung angestoßen. Da bei der Wärmewende ein hoher Kapitaleinsatz

und eine hohe Kapitalbindung nötig sind, ist ein flächendeckendes Gesetz hilfreich, um ein koordiniertes Vorgehen der umsetzenden Stellen zu ermöglichen. Diese Stellen sollten vor allem die Kommunen sein, denn die Erzeugung, die Verteilung und der Verbrauch von Wärme liegen räumlich nah beieinander, sodass die lokalen Umstände beim Umbau der Wärmeversorgung im Vordergrund stehen müssen.

Der Vorschlag des BMWK sieht für einen kommunalen Wärmeplan zunächst eine Bestandsanalyse der für die Wärmeversorgung relevanten lokalen Komponenten vor; darauf soll eine Potenzialanalyse zum Ausbau erneuerbarer Energien und der Nutzung von Abwärme, aber auch zum Umfang von Energieeinsparungen folgen. Schließlich soll die Wärmeplanung ein Zielszenario enthalten, das Umsetzungsmaßnahmen beschreibt.

Die Rolle der Kommunen

Den Kommunen kommt die zentrale Rolle zu, den Wandel gemeinsam mit anderen lokalen Schlüsselakteuren zu gestalten. Hierzu gehören private Hausbesitzer, die Wohnungswirtschaft, Wärmenetzbetreiber, aber auch Gewerbebetriebe und Industrieunternehmen, wenn es um die Nutzung von Abwärme geht. Insbesondere die Stadtwerke sollten als wichtiger Partner mit einbezogen werden, da sie über Fachwissen zur Energieinfrastruktur und den örtlichen Gegebenheiten verfügen.

Das Gesetzgebungsverfahren steht noch am Anfang, wobei zurzeit Konsultationen mit Ländern, Kommunalvertretern und Stakeholdern stattfinden. Das BMWK schlägt vor, Kommunen mit weniger als 10 000 Einwohnern von der verpflichtenden Wärmeplanung auszunehmen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund setzt sich dafür ein, dass diese Kommunen trotzdem von Förderungen in diesem Bereich profitieren können. In solchen Gemeinden ist zu erwarten, dass der Aufwand, einen Wärmeplan zu erstellen, nicht im Verhältnis zum Nutzen steht. Außerdem muss gewährleistet werden, dass die Förderung nicht an die erfolgreiche Umsetzung der Wärmeplanung gekoppelt ist. Da es in erster Linie um den Erkenntnisgewinn über Einsparpotenziale geht, kann ein Ergebnis der Planung auch sein, dass ihre Umsetzung nicht zweckmäßig ist oder erst unter geänderten Rahmenbedingungen zweckmäßig wäre. Die Wärmeplanung an sich muss aber stattfinden und sollte daher auch in jedem Fall gefördert werden.

In Anbetracht der Komplexität der Aufgabe ist vor allem die ausreichende finanzielle und personelle Ausstattung der Kommunen von Bedeutung. Gleichzeitig muss ein vollständiger Ausgleich für die Anpassung der Infrastruktur erfolgen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die Rolle des Gasnetzes zu bedenken. Bei einem Gasausstieg und einem beschleunigten Ausbau der Nutzung von Wasserstoff müssen die Kommunen und die Stadtwerke unterstützt werden. Zum einen beim Wechsel von Erdgas auf Wasserstoff – circa 95 Prozent der Verteilnetze sind wasserstofftauglich –, und zum anderen beim Umgang mit sinkenden Konzessionsabgaben aus Erdgas, einer geringeren Anzahl an Konzessionsnehmern und einem Rückbau des Gasnetzes. ■



KONTAKT:

Dr. Eva Bode
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Telefon: 030 77307-226
eva.bode@dstgb.de
www.dstgb.de

Für Kitas und Schulen:
Klimabildung mit
Lernpaketen für alle
Altersgruppen

che und unterstützt bei Exkursionen. Und Kinder im Vorschulalter können sich in der „Klima-Kita-Box“ mit klimafreundlichem Essen beschäftigen.

Die Lernboxen geben Akteuren an Schulen und in Kitas niedrigschwellige Informationen und Werkzeuge an die Hand, um in die Klimabildung einzusteigen. Sie gehen an die 25 Klimaschulen und mehr als 30 Klima-Kitas in der Region, die zum Netzwerk der Energieagentur gehören und durch ein öffentlich gefördertes Projekt im Landkreis Ebersberg begleitet werden. Die Auszeichnung als Klimaschule oder -Kita erhalten Einrichtungen, die Klimaschutz und Energiesparen zum Lerninhalt machen – und aktiv umsetzen, beispielsweise durch Energiesparmaßnahmen oder Blühwiesen auf dem Gelände. Dadurch gelangt das vom Kreistag Ebersberg im Jahr 2006 beschlossene Klimaziel in die schulische Bildung, bis zum Jahr 2030 frei von fossilen Energieträgern zu sein.

Von der Schule bis in die Familie

Schulen und Kitas nehmen bei den lokalen Bestrebungen für Klimaneutralität eine wichtige Rolle ein. Die Erfahrung aus dem Projekt zeigt: „An Schulen, in denen die Bildungsmaterialien regelmäßig eingesetzt werden, können wir beobachten, dass von den Schulkindern Impulse für eine nachhaltige Schulentwicklung ausgehen“, so Bachmann. Die jungen Menschen nähmen die Angebote von Lehrkräften aufgeschlossen an. Dadurch konnten einige Schulen ambitionierte Klimaschutzvorhaben entwickeln – etwa die Zielsetzung, eine CO₂-freie Schule zu werden und die dafür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Die Klimabildung wirkt zudem nicht nur über die Kinder in die Familien hinein: Die Energieagentur erreicht die Eltern auch direkt, um sie über Beratungsangebote und Fachvorträge über die Modernisierung von Heizungen, den Einsatz von Solaranlagen und die Elektromobilität zu informieren. ■

Energiewende in der Box

Eigens entwickelte Lernpakete und Experimente der Energieagentur Ebersberg-München vermitteln Kita- und Schulkindern in zwei bayerischen Landkreisen, wie wichtig das Sparen von Wärmeenergie und Strom für den Klimaschutz ist.

[VON ANGELIKA BACHMANN, BENJAMIN HAHN UND LAURA THEUER]

Man nehme zwei Thermoskannen mit heißem Wasser, lasse die eine offen und verschleibe die andere. Nach fünf Minuten öffne man den Deckel der zweiten Kanne kurz. Wie verändert sich die Wassertemperatur in beiden Kannen innerhalb von zehn Minuten? Es zeigt sich: Die offene kühlt deutlich mehr aus. Mit diesem Experiment lernen Kinder in den bayerischen Landkreisen Ebersberg und München die Vorteile von Stoßlüften gegenüber Lüften mit gekipptem Fenster kennen – und wie sie dadurch beim Heizen Energie sparen können.

Wissen und Experimente für den Klimaschutz

Der Versuch gehört zur „Klimascout-Box“, die die Energieagentur Ebersberg-München an Schulen in der Region ausleiht. Sie bietet Lehrkräften Lernmaterialien, Übungen und Online-

Tools, um Schulkindern der vierten Klasse Wissen über Energie, Klimaschutz und Nachhaltigkeit zu vermitteln. „Mit unseren Lernboxen möchten wir die Klimabildung in der Region stärken und die Zusammenhänge und Wirkungen des Klimawandels vermitteln – und zwar ganz praktisch“, so Pädagogin Angelika Bachmann. Sie entwickelte die Idee von der „Energiewende in der Box“ zusammen mit ihrer Kollegin, der Umweltingenieurin Marion Eder. Lokale Bildungseinrichtungen können die Lernpakete nach Bedarf einsetzen, etwa als Unterstützung im Wahlfachunterricht Umwelt oder bei Projekttagen. Für alle Altersgruppen ist etwas dabei: Mit der „Klima-Junior-Box“ lernen etwa Erst- und Zweitklässler, wie sie selbst und ihre Familien Strom sparen können. Die erst kürzlich für die Oberstufe entwickelte „clim@venture-Box“ vermittelt Klimawissen in englischer Spra-



KONTAKT:

Angelika Bachmann
Energieagentur Ebersberg-München gGmbH
Telefon: 08092 33090-46
angelika.bachmann@ea-ebe-m.de
www.energieagentur-ebe-m.de



Der in Kreisläufen denkt

Der Agraringenieur Thomas Karle hat 2021 den CeresAward der Zeitschrift „agrarheute“ als „Energiewirtschaftler“ gewonnen. Er wandelt Reststoffe aus der Landwirtschaft in seiner Biogasanlage zu Strom und Wärme um – und setzt zudem das, was übrigbleibt, in Wert.

[VON ANJA RATH]

„Ich liebe Biogas!“, sagt Thomas Karle, „weil es extrem viele Möglichkeiten bietet, umweltschonende Produkte zu entwickeln.“ Vor 22 Jahren war er einer der Pioniere, die Methan aus biologischen Stoffen produzierten. Viele andere Produzenten denken darüber nach, ihre Anlagen nach dem Ende der 20-jährigen Förderung über das Erneuerbare-Energien-Gesetz – und dem Auslaufen der damit verbundenen Einspeisevergütung für den Strom – außer Betrieb zu nehmen. Derartige Gedanken hat Karle nicht. Für ihn ist die Biogasanlage Teil eines ausgeklügelten Konzepts, das er ständig weiterentwickelt.

Landwirtschaft optimieren

Karle ist auf einem Hof aufgewachsen und mit dem Zusammenspiel von Pflanzenbau, Tierhaltung und regionaler Vermarktung groß geworden. Mit Ackerbau und Schweinemast ist

er in die Landwirtschaft eingestiegen. „Ich fand die Vorstellung faszinierend, Kreisläufe zu schließen. Das ist schon immer mein Motor gewesen“, sagt er. Deshalb war der Schritt von der Tierhaltung zum Biogas für ihn schlüssig. „Damit nutze ich Gülle und Mist, bevor sie wieder auf die Felder gelangen.“ Karles Betrieb liegt in Fußbach. Das ist ein Ortsteil von Kupperzell im nördlichen Baden-Württemberg und gehört zur Region Hohenlohe.

Dort gibt es viele tierhaltende Betriebe. „In unserer Region fallen mehr Wirtschaftsdünger und Gärprodukte an, als sinnvoll ausgebracht werden können.“ Exkremate von neun Tierhaltungsbetrieben aus der Region landen heute im Fermenter der Biogasanlage von Karles Agro Energie Hohenlohe GmbH & Co. KG. Er selbst ist vor einigen Jahren aus der Tierhaltung ausgestiegen. „Meine ursprüngliche Idee, Ackerbau und Veredelung

mit Biogas zu ergänzen, hat sich weiterentwickelt. Heute ist die Energieerzeugung mein Hauptstandbein.“ Als Substrate dafür dienen auch Reststoffe wie Traubentrester, Obst- und Gemüseabfälle oder Grünschnitt und Stroh. Die etwa sechs Millionen Kilowattstunden Strom, die die drei dazugehörenden Blockheizkraftwerke erzeugen, vermarktet Karle direkt.

Energ(et)isch

Auch im Flexbetrieb: Er passt die Leistung der Anlage dem Bedarf an und sichert die Stromversorgung, wenn Wind oder Sonne zu wenig Energie liefern. Dafür hat er in einen Gasspeicher investiert, der noch nicht abbezahlt ist. Mit diesem Konzept trägt er dazu bei, die Stromnetze zu stabilisieren. Trotzdem sollten von Betrieben wie seinem im Rahmen der Energiepreisbremse ursprünglich sogenannte Zufallsgewinne abgeschöpft

werden. So stand es im Entwurf des Bundeswirtschaftsministeriums. Dass es nicht dazu kam, sieht Karle auch als persönlichen Erfolg: Er schrieb über 100 Bundestagsabgeordnete an und wandte sich an die Presse. Die kam in Gestalt eines Fernsenteams des Südwestrundfunks (SWR) auf seinen Hof – und nach der Ausstrahlung des Beitrags eine Debatte in Gang. „Das war wie eine Informationskampagne, die das Bewusstsein für Biogas verändert hat.“ Am 15. Dezember wurde ein deutlich modifizierter Entwurf verabschiedet. „Seitdem bin ich überzeugter Demokrat und glaube, dass die Basis etwas bewegen kann. Wir hatten parteiübergreifend Unterstützung.“

Der Energielandwirt engagiert sich auch im Verein „eFüßle“, der seit 2016 unter demselben Namen ein E-Carsharing-Projekt betreibt. „Das Dorf Füßbach wurde 2011 zum Bioenergiedorf ernannt. Etwa 80 Prozent seines Strom- und Wärmebedarfs werden aus erneuerbaren Energien, insbesondere Biogas, gewonnen.“ So passt eFüßle dazu: „Wir wollten zeigen, dass umweltfreundliche Mobilität und Carsharing auch im ländlichen Raum funktionieren. Das ist ein charmantes Projekt, weil es dazu beiträgt, die Kreisläufe weiter zu schließen“, so Karle.

Naturdünger für private Gärten

An diesen Kreisläufen ist er beteiligt: Er speist die bei der Biogasproduktion entstehende Prozesswärme in das Nahwärmenetz des Bioenergiedorfs ein. Außerdem trocknet Karle mit der Abwärme sein Getreide und das von Berufskollegen – und auch das Substrat, welches am Ende des Fermentierungsprozesses übrigbleibt. Eine eigene Halle hat er dafür gebaut, die an ein Glasgewächshaus erinnert. Im Innern bewegen Ventilatoren die warme Abluft der Blockheizkraftwerke, um die abgepressten Feststoffe der Gärprodukte zu trocknen. Ein kleiner Roboter wendet das etwa 20 Zentimeter hoch geschichtete Material, damit es gleichmäßig trocken wird. Zerkleinert und gepresst werden schlussendlich Pellets daraus, die auf den ersten Blick wie glänzend schwarze Köttel aussehen: Karle vermarktet sie als „NADU Naturdünger“ über den Handel und eine eigene Website. „Das Besondere daran ist, dass wir alles selbst machen, regionale Reststoffe als Substrat sowie erneuerbare Energie zur Trocknung nutzen. Der Naturdünger ist regional und klimaneutral.“ Aufgrund seiner Beschaffenheit eignet er sich auch für Privatgärten.

Nährstoffe zurückgewinnen

Ein klassischer Kreislauf in der Landwirtschaft ist, die Tiere mit selbst angebautem Futter zu versorgen und ihre Ausscheidungen als Wirtschaftsdünger auf die Felder zu bringen. Auch Gärprodukte eignen sich dafür. Allerdings haben Ackerfrüchte wie Mais, Getreide



Karles Kreislauf-Betrieb: mit Ernteresten und Gülle in der Biogasanlage Strom erzeugen, die Abwärme zum Trocknen des Gärsubstrats nutzen, um daraus Dünger herzustellen



oder Raps unterschiedliche Wünsche an die Nährstoffversorgung mit Phosphor oder Stickstoff. Je genauer deren Anteil im Dünger an den jeweiligen Bedarf angepasst ist, desto besser. Um Phosphor zu gewinnen, werden natürliche Lagerstätten abgebaut. Stickstoff lässt sich synthetisch herstellen; der Prozess ist energieaufwendig. Karle hat einen nachhaltigeren Weg eingeschlagen: Im Projekt „Agriplus Hohenlohe“ entwickelte er im Rahmen einer Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP-Agri) gemeinsam mit weiteren landwirtschaftlichen Betrieben, der Universität Hohenheim und anderen Partnern ein Verfahren, das die getrockneten Gärprodukte der Biogasanlage aufspaltet. Unterstützt mit rund 1,3 Millionen Euro aus der Investitionsförderung für Bioökonomie in Baden-Württemberg erbauten sie dafür 2019 in Karles ehemaligem Schweinestall die erste automatische Nährstoffrückgewinnungsanlage in industriellem Maßstab. Das Ergebnis: mineralische Fraktionen von Stickstoff und Phosphor, die sich für das Ausbringen mit landwirtschaftlichen Maschinen eignen. Damit lassen sich also Gülle und Mist wie auch andere nährstoffhaltige Reststoffe zu Düngern aufbereiten, die gezielt eingesetzt werden können. Die Kosten für die Anlage sind allerdings hoch. „Eine Amortisierung kann nicht allein durch Produkterlöse erzielt werden“, sagt Karle. Aber in Regionen mit Überschüssen an Wirtschaftsdüngern könne sie sich trotzdem rechnen, da damit Kosten für Entsorgung und Transport reduziert werden.

Zukunftsthemen

Ein Zufallsfund aus dem Projekt Agriplus Hohenlohe ist das, was übrig bleibt: „Es ist ein nährstoffarmes Fasermaterial, das ähnliche Eigenschaften wie Torf hat.“ Karle denkt darüber nach, auszuprobieren, ob sich die Fasern als Torfersatz im Gartenbau eignen. Für die zurückgewonnenen Nährstoffe Phosphor und Stickstoff setzt er eine konkrete Geschäftsidee bereits um: „Ich kann damit meinen Naturdünger gezielt anreichern, also eine Produktpalette entwickeln.“ Welche Designdünger gewünscht sind, will er in den kommenden zwei Jahren mit der Hochschule Nürtingen-Geislingen herausfinden; Baden-Württemberg unterstützt dieses Vorhaben als Innovationsförderung. „Die Hochschule analysiert den Markt und berät uns beim Marketing.“ Er, der sich selbst als technikaffin definiert, habe gelernt, dass die Vermarktung mindestens genauso wichtig sei wie innovative Technologie. „Um marktfähig zu sein, braucht ein Produkt eine gute Story.“



KONTAKT:

Thomas Karle
NADU Naturdünger
Telefon: 07944 950102
info@nadu-naturduenger.de
www.nadu-naturduenger.de

mobisaar – Mobilität für alle

Der saarländische öffentliche Personennahverkehr bietet einen kostenfreien Begleitservice an: Geschulte „mobisaar-Lotsen“ unterstützen mobilitätseingeschränkte Menschen bei ihrer Fahrt mit Bus und Bahn.

[VON BETTINA KEßLER]



Alles klar, Frau Müller, Ihre Fahrt ist gebucht“, sagt Herr L. „Die Lotsen holen Sie kommenden Donnerstag um 13:10 Uhr an der Haustür ab und begleiten Sie dann mit der Linie 126 ins Einkaufszentrum. Um 16:20 Uhr erwarten die Lotsen Sie wie gewohnt an der Haltestelle und bringen Sie zurück nach Hause. Tschüss und bis zum nächsten Mal!“ So könnte ein Telefonat von Herrn L. verlaufen.

Er arbeitet in der mobisaar-Service-Hotline in Völklingen. Ihn rufen Menschen an, die im Saarland eine Lotsen-unterstützte Fahrt mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) buchen wollen. Kundin Müller ist eine von rund 800 Personen, die den kostenlosen Service regelmäßig in Anspruch nehmen. Sie ist auf die Nutzung eines Rollstuhls angewiesen, daher sind für sie zwei Lotsen vorgesehen. Der Service wird derzeit von rund 60 Lotsen getragen, die in vier saarländischen Landkreisen ihren Stützpunkt haben und von dort aus die Fahrgäste begleiten.

Service an Werktagen von 8 bis 18 Uhr

Die Lotsen werden von Fahrgästen gebucht, die sich bei der Nutzung von Bus und Bahn unsicher fühlen und eine Begleitung dabei wünschen. Solch eine Unsicherheit kann viele Gründe haben. Meist sind es körperliche oder kognitive Einschränkungen. Sie können von Dauer sein oder temporär, etwa nach einem Arbeitsunfall. Dann sind die Lotsen gefragt, individuell die richtige Begleitung zu finden.

Die Lotsen begleiten Fahrgäste von der Haustür bis zum Wunschziel, beispielsweise zum Einkauf, zum Arzt, zur Bank oder zu Bekannten, und zurück. Sie bieten Hilfe beim Ein-, Aus- oder Umsteigen und dabei, sich an Haltestellen zu orientieren. Auch beim Bedienen der Fahrkartenautomaten unterstützen sie die Fahrgäste und beraten sie bei Fragen zum Fahrplan. Den Service gibt es im Regionalverband Saarbrücken, den Landkreisen Neunkirchen und Saarlouis sowie dem Saarpfalz-Kreis. Genutzte Verkehrsmittel sind Bus, Saarbrückens regionale Straßenbahn „Saarbahn“ und Regionalbahn. Das Mindestalter, um die Lotsen in Anspruch nehmen zu können, beträgt 18 Jahre. Die Kern-Service-Zeiten sind von Montag bis Freitag zwischen 8 und 18 Uhr. Auf Anfrage können auch frühere oder spätere Begleitungen ermöglicht werden.

mobisaar – ein sozio-technisches Projekt

„Nur ein paar Klicks genügen, der Lotse holt mich ab und bringt mich sicher ans Ziel“, so beschreibt eine Kundin, die mit der „mobisaar Kunden-App“ bucht, ihre Erfahrungen. Diese selbstbestimmte Mobilität wird durch den Einsatz von Technik und künstlicher Intelligenz ermöglicht: Am Anfang des mobi-

saar-Angebots stand ein gleichnamiges Praxis-Forschungsprojekt. Im Rahmen des von 2015 bis 2020 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Vorhabens erarbeiteten und konzipierten die damaligen mobisaar-Partner eine Technik, die den gesamten Buchungsvorgang und die Weitergabe der Informationen an die Lotsen umfasst. Das Ergebnis waren die Lotsen-App, die mobisaar Kunden-App sowie das sogenannte Cockpit, in dem die telefonischen Aufträge ankommen und weiterverarbeitet werden. Von dort empfangen die Lotsen die Informationen über die Lotsen-App auf ihr Handy.

Bei der Buchung mittels Kunden-App können Fahrgäste selbst aussuchen, für welchen Teil der Strecke sie eine Begleitung wünschen oder brauchen. Federführend für die Technik waren das Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz mit der DFKI GmbH, die die Kunden-App programmierte, und die Firma B2M Software GmbH für Cockpit und Lotsen-App.

Im Hauptamt Lotse

Die mobisaar-Lotsen sind momentan bei vier saarländischen Bildungsträgern angestellt und werden über den öffentlichen Arbeitsmarkt gefördert. Anleitende mit sozialpädagogischem Hintergrund stehen den Lotsen bei Fragen zur Seite. Als Kooperationspartner von mobisaar bringt sich zudem die saarländische SNS GmbH ein, bei der die Koordination und die mobisaar-Service-Hotline angesiedelt sind. Flankiert wird der Service durch zwei Technikpartner aus dem Forschungsprojekt. Als weitere Partner sind die saarländischen Verkehrsunternehmen, mehrere Schulungsanbieter, Jobcenter und Landkreise mit dabei.

Vorgänger von mobisaar war das Projekt Mobil bis ins Alter (MOBIA), das von 2012 bis 2014 einen Lotsenservice für ältere Menschen innerhalb der Grenzen der Landeshauptstadt Saarbrücken anbot. Doch der überwiegende Teil des Saarlands ist ländlich geprägt. Dort ein flächendeckendes Angebot zu machen, ist eine Herausforderung für jeden ÖPNV.

Dieser Aufgabe stellte sich von 2015 bis 2020 das oben genannte mobisaar-Forschungsprojekt. Es setzte sich zum Ziel, den Lotsenservice von MOBIA auf die Landkreise auszuweiten und die Randzeiten mit ehrenamtlichen Lotsen zu stärken. Beteiligt waren in den fünf Projektjahren acht Partner aus Forschung, Technik, Wissenschaft, Bildung und Verkehr. „Mobilität ist für alle, nicht nur manche“, so fasst Dr. Jan Alexandersson vom DFKI die Idee zusammen. Die mit mobisaar erschlossene gesellschaftliche Teilhabe durch Begleitung im und in den ländlichen Raum sollte über das Ende des Forschungsprojekts hinaus erhalten bleiben.



Trotz körperlicher oder kognitiver Einschränkung Bahn und Bus nutzen: Das machen Lotsen an vielen Orten im Saarland einfacher.

2020 erarbeiteten die Projektpartner deshalb ein Geschäftsmodell, das sie dem saarländischen Wirtschaftsministerium vorstellten. Ziel war es, die Finanzierung zu sichern. mobisaar sollte nicht im Archiv zwar erfolgreicher, aber dennoch nicht weitergeführter Projekte verschwinden. Die Verhandlungen und Gespräche waren erfolgreich: Ende 2020 erhielt mobisaar die Zusage, dass das Ministerium ab dem Projektende ungedeckte Kosten bis Ende 2023 übernehmen wird. Es handelte sich dabei um eine Summe von rund 400 000 Euro pro Jahr. So konnten die Fahrgäste das Angebot lückenlos weiter nutzen. Auch regelmäßige Schulungen für die Lotsen sind durch die Unterstützung des Ministeriums gewährleistet. Dass sich ein Bundesland an einem derartigen Mobilitätsservice beteiligt, macht das Saarland in Deutschland zu etwas Besonderem. mobisaar bietet seinen Service heute in vier der sechs saarländischen Landkreise an und bedient damit etwa 80 Prozent der saarländischen Bevölkerung. Fahrten in die beiden noch nicht beteiligten Landkreise sind ebenfalls möglich.

Mobilität als Menschenrecht

Der mobisaar-Service erleichtert mobilitätseingeschränkten Menschen die Nutzung des ÖPNV. Auch mentale Barrieren dürfen und sollen die Nutzung nicht verhindern. Genau so ist die Kostenfreiheit der Begleitungen ein wesentliches Anliegen von mobisaar. So wird

gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht oder wieder möglich. Das Projekt reduziert dadurch Einsamkeit oder verhindert sie sogar. Zudem wird die Rolle des ÖPNV als Alternative zum eigenen Auto gestärkt. „mobisaar – Mobilität für alle“ versteht sich als Ergänzung zur Barrierefreiheit, nicht als Ersatz für diese. 2022 führten die mobisaar-Lotsen rund 8 500 Aufträge aus. Eine Zahl, die dafür spricht, den Begleitservice in Zukunft aufrecht zu erhalten. Damit das gelingt, stehen mobisaar und das zuständige Ministerium seit Herbst 2022 erneut im konstruktiven regelmäßigem Austausch über eine Anschlussfinanzierung der ungedeckten Kosten, möglichst für die kommenden drei Jahre. ■

SERVICE:

Mehr zu mobisaar:
www.interaktive-technologien.de/projekte/mobisaar
www.youtube.com/@mobisaar6871



KONTAKT:

Bettina Keßler
 mobisaar
 Telefon: 06898 9095-421
b.kessler@saarvv.de
www.mobisaar.de



Beverbruch umsorgt seine Senioren

Seit 2016 bietet ein Verein älteren Menschen aus dem Dorf ein niedrigschwelliges Betreuungsangebot vor Ort.

[VON OTTO KÖNIG UND ANJA RATH]

In der „Beverbrucher Begegnung“ werden bis zu zehn Personen von ausgebildeten Fachkräften betreut. Getragen wird das Angebot vom gleichnamigen Verein: Elf Ehrenamtliche engagieren sich bei der Betreuung und weitere neun als Fahrer.

Persönliche Betroffenheit

Die Idee, älteren Menschen und deren Familien Hilfe anzubieten, entstand, als die Mutter Otto Königs aufgrund einer Demenz am gesellschaftlichen Leben im Dorf nicht mehr teilnehmen konnte. „Meine Mutter war eine gesellige Frau. Als die Besuche von Freundinnen und Bekannten seltener wurden, litt sie sehr unter der Einsamkeit. Besonders im Anfangsstadium der Krankheit wären Kontakte wichtig gewesen“, so König. Er ist sich sicher, dass es vielen Pflegebedürftigen heute so geht. Zudem gebe es die früher typische Dorf-Familie nicht mehr: „Die Betreuung älterer Menschen liegt auf den Schultern weniger.“ Viele Ältere seien tagsüber allein. Sind sie im

Alltag auf Hilfe angewiesen, sei für viele eine externe Betreuung unumgänglich. „Den Impuls, die Beverbrucher Begegnung zu gründen, gab ein Gespräch mit zwei Altenpflegerinnen aus unserem Dorf, die auch meine Mutter versorgt haben“, erinnert sich König. Ein Fachmann aus der Pflege und eine Bankmitarbeiterin unterstützten die Umsetzung.

Dorfmittelpunkt

„Unser Ziel war, dass die Einrichtung ein Dorf-Mittelpunkt sein sollte, wo regelmäßige Veranstaltungen für alle stattfinden“, so König. Heute treffen sich dort einmal im Monat die Ü-70-Frauen und -Männer zum Frühstück; einmal pro Woche gibt es Seniorengymnastik und einen Spielenachmittag. „Wir stießen vor Ort auf große Bereitschaft, das Vorhaben zu fördern.“ Mithilfe von Ehrenamtlichen, 25 000 Euro Spenden und finanzieller Unterstützung des Landes Niedersachsen sowie der Gemeinde Garrel wurde aus dem ehemaligen Edeka-Markt im Ortszentrum die Beverbrucher Begegnung. Auf etwa 150 Quadratme-

Gemeinsam spielen und Neuigkeiten austauschen – in Beverbruch haben auch pflegebedürftige Senioren Gelegenheit, sich zu treffen.

tern entstanden ein großer Aufenthaltsraum mit integrierter Küche, ein Ruheraum mit zwei Pflegebetten und Liegestühlen, ein behindertengerechtes Bad mit Dusche, eine behindertengerechte Toilette und ein Büro. „Einen Garten mit Terrasse haben wir in Eigenleistung hergerichtet. Insgesamt wurden etwa 150 000 Euro investiert.“

Entlastung

An zwei Vormittagen, einem Nachmittag und einmal ganztägig sind je eine Fachkraft sowie freiwillige Helfer vor Ort. Das Angebot richtet sich sowohl an pflegebedürftige als auch an einsame Senioren, deren Alltag zu Hause für ein paar abwechslungsreiche Stunden unterbrochen werden soll. „Die Pflegebedürftigen können eine Betreuung in ihrem Dorf und ihrer vertrauten Umgebung in Anspruch nehmen. Die Wege sind kurz“, so König. Damit entlaste der Verein pflegende Angehörige, die oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit kommen. Da die Einrichtung vom Land als niederschwelliges Betreuungs- und Entlastungsangebot anerkannt ist, können alle Leistungen mit den Kranken- oder Pflegekassen abgerechnet werden. Senioren ohne Pflegegrad zahlen selbst: etwa fünf Euro pro Stunde; Verpflegung wie Frühstück, Mittagessen, Kaffee und Kuchen sowie Getränke sind darin enthalten.

Viele machen mit

Schulklassen und Kindergärten besuchen die Beverbrucher Begegnung, örtliche Vereine bereichern das Programm. „Die Kindergymnastikgruppen zeigen ihre Tänze und die Jugendgruppe des Musikvereins Beverbruch spielt. Es werden auch Einladungen zu privaten Grillfesten ausgesprochen.“ Im Jahr 2017 wurde ein behindertengerechter Bus angeschafft. „Er steht für den Transport zur Einrichtung, für Fahrten zum Arzt, zum Einkaufen und für Ausflüge in die nähere Umgebung zur Verfügung.“ Die Garage für den Bus kann der Verein kostenlos nutzen. „Die örtliche Bevölkerung unterstützt uns weiterhin mit vielen Spenden“, so König. ■

Foto: Beverbrucher Begegnung e. V.



KONTAKT:

Otto König
Beverbrucher Begegnung e. V.
Telefon: 04474 934080
otto.witte-koenig@web.de



Aus zwei jungen LEADER-Regionen

In Deutschland gehen 2023 rund 50 LEADER-Regionen neu an den Start. In der Region „Voreifel – die Bäche der Swist“ ging die Initiative von privat Engagierten aus; in der Limesregion Hohenlohe-Heilbronn von zwei Landkreisen. Was treibt die Beteiligten an? [VON ANJA RATH]

1_In der Voreifel sind viele Menschen aktiv geworden: hier die Forst-Arbeitsgruppe bei einer Exkursion

2_Den „Limes Blick“ hat die „Limesregion“ in der Förderperiode 2007–2013 verwirklicht, jetzt ist sie wieder am Start.

Am Morgen nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 sitzt Angela Gilges mit ihrer Familie im Auto. Bei dem Versuch, sich in Sicherheit zu bringen, steckt sie im Verkehrschaos nahe ihres Heimatorts Odendorf fest. Laut Polizei droht die nahegelegene Steinbachtalsperre zu brechen, und sie hat Todesangst. „Ich habe gedacht, wenn wir das überleben, will ich dazu beitragen, die Wunden in der Region zu heilen“, erinnert sie sich. „Das war wie ein kleines Gelübde.“ Heute ist sie Vorsitzende des Vereins in der Voreifel, der die neu gebildete LEADER-Region trägt.

Katastrophe triggert Engagement

Den Verein „LAG Voreifel – die Bäche der Swist e. V.“ hat Cornelia Chemnitz mitgegründet. Sie wohnt in Schweinheim, das in der Flutnacht unter Wasser stand. „Wir befanden uns inmitten eines Meeres und haben gestaunt“, sagt sie. In den Folgetagen, in denen auch sie evakuiert wurde, sei ihr erst nach und nach das Ausmaß des Hochwassers bewusst geworden. Die Landschaftsplanerin be-

gann darüber nachzudenken, wie es dazu kommen konnte. „Veränderungen in der Landschaft – über unserem Ort ist der Wald geschädigt, es gibt Kahlschläge – und eine besondere Wetterlage kamen zusammen.“ Im Zuge des Klimawandels werden Starkregenereignisse wahrscheinlicher. Um das Risiko zu vermindern, müsse sich die Landschaft verändern, so ihr Fazit. „Dafür wollte ich mich unbedingt engagieren.“ In der Zeitung las sie von einem Bürgerverein aus Odendorf, der für den Wiederaufbau einen Antrag als LEADER-Region stellen wollte. Chemnitz kennt den Bottom-up-Ansatz aus ihrer beruflichen Tätigkeit in einer Planungsbehörde. „Ich wäre nicht auf die Idee gekommen, dass er etwas für unsere Region ist“, sagt sie. Heute sieht sie es anders: „Tatsächlich gibt er Hoffnung, man kann sich einsetzen und bekommt das Gefühl, nicht machtlos abwarten zu müssen, was die Zukunft bringt.“ Zur Keimzelle Engagierter, die sich aufmachten, eine LEADER-Region zu gründen, gehörte auch Angela Gilges. „Uns bei dem Zuschnitt der Region am Verlauf der Bäche zu orientieren, war uns

wichtig. Bäche halten sich nicht an Gemeindegrenzen. Wir können uns nur schützen, wenn wir zusammenarbeiten“, sagt sie.

Ein Vorbild fand die anfangs im Zuge der akuten Fluthilfe lose, später als Bürgerverein Odendorf organisierte Gruppe im Internet: Die Region Südlicher Steigerwald in Bayern setzte sich bereits in den 1990er-Jahren mit Starkregen und Hochwasser auseinander und kombinierte Schutzmaßnahmen mit Gewässerrenaturierung, Ausweisung von Naherholungsgebieten und der Steigerung der Attraktivität für Touristen. „Später finanziert mit LEADER, hieß es da“, erinnert sich Gilges, die sich über den Ansatz schlaute. „Wir wollten im Zuge des Wiederaufbaus unseren Natur- und Kulturraum so resilient, zukunftsfähig und multifunktional machen wie möglich. Dafür erschien uns LEADER als das beste Instrument.“ Ein Meilenstein auf dem Weg zur Bewerbung war, „dass sich alle Kommunen im Regionszuschnitt von der Idee mitreißen ließen und diese tatkräftig unterstützten“.



Angela Gilges aus Odendorf ist die Vorsitzende der LEADER-Aktionsgruppe Voreifel; sie arbeitet eng mit der Bürgermeisterin von Swisttal zusammen, die den zweiten Vorsitz übernommen hat.



Mit Landschaftsplanerin Cornelia Chemnitz stieß die erste Aktive aus dem benachbarten Landkreis zur angehenden LEADER-Aktionsgruppe.



Dr. Roswitha von Schönwitz aus Wachtberg möchte sich weiter in der Dorfgärten-Arbeitsgruppe engagieren.

Momentum behalten

So auch die Gemeinde Wachtberg, die nicht von der Katastrophe im Juli 2021 betroffen war, aber bereits zuvor von Hochwasser zweier Bäche überflutet wurde. „In meinem Wohnort waren damals alle Brücken weg“, sagt Dr. Roswitha Schönwitz, die in der Kommunalpolitik aktiv ist. „Die Gemeinde hat nach den Ursachen gesucht und festgestellt, dass die Gewässer nicht mehr durchgängig waren.“ Die Probleme seien mittlerweile behoben. Als die promovierte Naturwissenschaftlerin dazu gefragt wurde, ob die Gemeinde Teil der neuen LEADER-Region Voreifel werden solle, hat sie sich dafür stark gemacht. Später nahm sie an einem der drei Workshops teil, die zu den Teilnehmungsformaten im Rahmen der Ausarbeitung der Regionalen Entwicklungsstrategie (RES) gehörten. Diese wurde vom Land mit einer „Starter-Kit-Förderung“ und einem Beratungsbüro unterstützt. „Bei dem Workshop habe ich gesehen, dass in dem Team Leute am Werk sind, die sowohl hinter ihren Ideen stehen als auch daran denken, wie sie umgesetzt werden können. Das war der Auslöser, mich auch danach weiter zu engagieren“, sagt Schönwitz. Sie ist in der Arbeitsgruppe „Dorfgärten“ aktiv. „Die Gärten sollen in Bereichen am Wasser entstehen, die anderweitig nicht mehr genutzt werden können. Sie eignen sich als Retentionsflächen, dienen dem Natur- und Gewässerschutz und als Treffpunkte dem Zusammenhalt der Menschen. Wir haben uns Beispiele angesehen, wie sie sich

gestalten lassen.“ Das habe die Gruppe während des langen Wartens darauf, ob die RES das Land überzeugen und die Region offiziell LEADER-Region würde, zusammengeführt. „Zu den Themen, von denen wir wussten, dass wir auch ohne Förderung daran weiterarbeiten würden, haben wir Arbeitsgruppen gegründet: zu Dorfgärten, Gewässer, Forst und Landwirtschaft“, erklärt Gilges. „Es hatte sich ein großes Momentum aufgebaut und uns war klar, wir können nicht ein Jahr warten, um irgendwann wieder bei den Menschen anzuklopfen und zu fragen: Wisst ihr noch, wer wir sind? Und wir wollten auch selbst etwas Konkretes tun.“

Wasser und Resilienz

Die Zeit wurde deshalb für Planungen genutzt. Die Gruppen organisierten sich privat: Um einen sogenannten vorzeitigen Maßnahmenbeginn zu vermeiden, der Abzüge bei den Fördermitteln nach sich ziehen könnte, durften keine Kosten entstehen. Sie verstanden sich als offene Ideenschmieden. Neben Projektansätzen für LEADER entstanden dabei Projekte, die mittlerweile anderweitig umgesetzt werden. „Derartige Nebeneffekte sind explizit erwünscht!“, so Gilges. An den Workshops nahmen je zwischen 30 und 40 Personen teil, insgesamt waren es etwa 80, schätzt die Vorsitzende. Im Lenkungskreis, der die Prozesse steuert, werden etwa 30 Personen aktiv sein. „Das Thema Wasser brennt hier allen auf der Seele. Ein Gedanke, der in vielen AGs und Projekten mitschwingt,

ist, dass wir gemeinsam eine Schwammlandchaft aufbauen wollen. Das ist auch eine gewisse Traumabewältigung.“ Seit Februar 2023 ist die LEADER-Region offiziell am Start. Sie will ein Regionalbudget anbieten, über das Dorfgärten bereits ab 2024 gefördert werden könnten. „Da ist die Planung in vollem Gange und die Zusammenarbeit mit den Kommunen gestaltet sich schön“, so Gilges.

Landkreise gaben den Impuls

In der „Limesregion Hohenlohe-Heilbronn“ in Baden-Württemberg waren es zwei Landkreise, die den Impuls gaben, LEADER-Region zu werden. „Nach einem Interessenbekundungsverfahren mit Kommunen sowie Wirtschafts- und Sozialpartnern war klar, dass wir mit der Bewerbung für das Förderprogramm starten können“, sagt Olivia Gerspach vom Landratsamt Hohenlohekreis. „LEADER ist ein tolles Programm und steht für innovative Förderansätze im ländlichen Raum. In der Förderperiode 2007 bis 2013 haben wir bereits als LEADER-Region Erfahrungen sammeln können, und das Projekt ‚Limes Blicke‘ von damals wirkt beispielsweise bis heute nach.“ Mit der benachbarten Region Hohenlohe-Tauber war der Kreis durchgängig in LEADER aktiv. „Nun sind wir wieder mit zwei Kulissen dabei und können fast den ganzen Landkreis fördern. Das ist eine Chance für übergreifende und großräumige Projekte.“ Auch die Kommunikation sei dadurch einfacher: „Die Frage, warum die Nachbargemeinde Förderung erhält und die eigene nicht, kommt zukünftig nicht mehr



Regionalmanager der Limesregion Hohenlohe-Heilbronn: Lukas Breuer stammt aus Ürdingen und kennt sich vor Ort gut aus.

i

KONTAKT:

Angela Gilges
LEADER-Region Voreifel – die Bäche der Swist
Telefon: 0172 5640030
info@leader-voreifel.de
www.leader-voreifel.de

Lukas Breuer
Limesregion Hohenlohe-Heilbronn
Telefon: 07940 18-1652
lukas.breuer@hohenlohekreis.de
www.hohenlohekreis.de/de/tourismus-wirtschaft/leader-2021-2027
www.instagram.com/limesregion/

auf.“ Der Landkreis Heilbronn liegt teilweise in der Limesregion, insgesamt ist er in drei LEADER-Regionen vertreten. Petra Wagner ist dort die Koordinatorin. Gemeinsam mit Gerspach hat sie die Beteiligungsprozesse in der angehenden Limesregion organisiert, darunter zwei Jugend-Workshops. „Mich hat das riesige Engagement begeistert. Überrascht hat mich, dass die Teilnehmenden ganz konkrete Projektideen, wie beispielsweise Räumlichkeiten für Treffen, hatten“, so Wagner. Die anwesenden Bürgermeister hätten von den Jugendlichen viele Impulse erhalten. „Das hat uns gezeigt, dass in allen Bevölkerungsgruppen Interesse am Förderprogramm besteht.“

Der Limes verbindet

Thomas Kugler aus Obersulm-Eichelberg hat sich im Rahmen des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ engagiert. Im Anschluss wurde er von der Ortsvorsteherin gefragt, ob er als Bürger in der LEADER-Steuerungsgruppe mitmachen möchte. „Ich bin sozusagen ein Quereinsteiger“, sagt er. Er hat vor Ort einen Geschichtsstammtisch gegründet, um Traditionen und die regionale Sprache am Leben zu halten. An LEADER gefällt ihm die große Bandbreite. „Es deckt den Rahmen von Geschichte bis zu den Möglichkeiten der Digitalisierung ab. Das ist spannend.“ Diese Inhalte finden sich auch im Regionalen Entwicklungskonzept (REK) wieder. Das namensgebende und verbindende Element im REK ist das UNESCO-Welterbe Limes. Die einstige römische Grenze war zugleich ein Ort des

Handels und des Austauschs. „An den Limes Blicken gibt es dazu viele Aktivitäten mit Rekonstruktionen und Aussichtstürmen. Ich finde es wichtig, nachfolgenden Generationen Geschichte möglichst plastisch nahezubringen. Da kann man digital noch viel mehr machen“, sagt Kugler, der sich dabei gerne einbringen möchte.

Prozesse verstetigen, arbeitsfähig werden

Im Rahmen der Beteiligung am REK boten die Landkreise verschiedene Formate an. „Die großen Workshops, mit denen Stärken und Schwächen der Limesregion ermittelt und Handlungsfelder und Schwerpunktthemen erarbeitet wurden, sind gut angekommen“, sagt Gerspach. „Wir hatten aber auch Bürgergesprächstunden in kleiner Runde.“ Am 23. Februar 2023 wurde der Verein gegründet. „Ganz wichtig sind dafür die Aktiven, die mitwirken und für die Projektauswahl zuständig sein sollen“, sagt Lukas Breuer, seit Jahresbeginn Leiter des Regionalmanagements der jungen LEADER-Region. Er sei dabei, Personen aus dem Bewerbungsprozess anzusprechen – beispielsweise Bürgermeister und Interessierte aus der Wirtschaft und dem Sozialbe-

reich. Die Limesregion kann auf Überzeugungstäter hoffen. „Viele, die bei der Steuerungsgruppe im Zuge der Bewerbung mitgemacht haben, sind weiterhin dabei und wollen sich im Auswahlgremium engagieren“, so Gerspach vom Hohenlohekreis.

„Wenn der Verein gegründet ist, wollen wir als Erstes mit Fördermitteln des Landes ein Regionalbudget für Kleinprojekte anbieten, um damit den Schwung aus der Bewerbungsphase mitzunehmen und insbesondere Ideen kleiner Vereine zu fördern“, sagt Breuer. Später stehen Projektaufträge zu den drei Handlungsfeldern der Region auf seinem Plan: „Lebensfreude und Genuss“, „Zwischen Tradition und Moderne“ und „Zukunftsfähig und krisenfest“. Alle verbindet der Limes. „Mit LEADER können wir touristische Ansätze schaffen, Wissen vermitteln und sichtbar machen“, sagt Breuer. „Im Beteiligungsprozess hat sich der Wunsch von Aktiven nach der Gründung von AGs herauskristallisiert, um Vernetzungsmöglichkeiten von gastronomischen und kulturellen Angeboten zu finden – dazu wollen wir auch mit anderen Regionen zusammenarbeiten.“

SERVICE:

Wer mehr zu LEADER allgemein wissen oder sich den Erklärfilm dazu ansehen möchte, wird hier fündig:
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leader

AKIS konkret: Netzwerk Fokus Tierwohl

Die EU möchte mit dem „Agricultural Knowledge and Innovation System“ (AKIS) den Wissenstransfer in der Agrarforschung unterstützen. Was das konkret bedeutet, stellen wir im Rahmen einer Serie an dieser Stelle vor. Den Anfang macht ein Netzwerk zu Themen aus der Nutztierhaltung.

[VON KATJA BRASE UND ANJA RATH]

Das bundesweite Netzwerk Fokus Tierwohl hat sich 2019 gegründet. Es unterstützt schweine-, geflügel- und rinderhaltende Betriebe in Deutschland dabei, sich mit einer tierwohlgerechten, umweltschonenden und nachhaltigen Nutztierhaltung zukunftsfähig aufzustellen. Dabei sind auch die Qualität der Produkte und die Marktorientierung wichtige Themen. „Erstmalig wird in diesem Netzwerk bundesweit fachspezifisches Wissen gebündelt, der Erfahrungsaustausch zwischen Praxisbetrieben, der Wissenschaft, der Beratung und anderen Gruppen organisiert und damit der Wissenstransfer innerhalb der Branche ermöglicht und gefördert“, sagt Dr. Katja Brase, Koordinatorin des Projektes.

Viel Wissen, besserer Transfer

Zu vielen Tierwohl-Themen gibt es Untersuchungen, Studien, Forschungsergebnisse und Praxisbeispiele. Eine übergreifende Zusammenfassung und Bewertung der zahlreichen Informationen sowie deren Transfer in die Praxis fehlte allerdings bislang. Um das zu ändern, haben sich landwirtschaftliche Einrichtungen aller Bundesländer mit der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft e. V. (DLG) und dem Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL) Deutschland e. V. in einem Verbundprojekt zusammengetan, um die Wissensvermittlung zum Tierwohl in die landwirtschaftliche Praxis zu verbessern und die Tierhaltung nachhaltig zu optimieren. Die Gesamtprojektkoordination übernimmt der Verband der Landwirtschaftskammern e. V. (VLK). Landeseinrichtungen, Hochschulen, landwirtschaftliche Betriebe, Verbände, Personen aus der Wirtschaft und Beratungseinrichtungen sind an drei Expertenbeiräten beteiligt. Sie priorisierten zu Projektbeginn Themen, die das Netzwerk in den dreieinhalb Jahren Projektlaufzeit bearbeiten soll. Tierartenspezifische Arbeitsgruppen arbeiten an den Themen, bereiten sie zielgruppengerecht auf und verbreiten die Informationen über

verschiedene Veranstaltungsformate. Unterstützt wird das Netzwerk durch etwa 120 sogenannte Impulsbetriebe, die aus der Praxis berichten.

Wie der Betrieb von Torsten Lange, von 2018 bis 2020 Modell- und Demonstrationsbetrieb Tierschutz. Lange präsentierte bei einem Online-Treffen der „Impulsbetriebe Schwein“ seine Erfahrungen der vergangenen Jahre. Sein Vortrag hatte den Titel „Raus aus den Nekrosen – rein in die Leistung. Mit System und Tierbeobachtung mehr Spaß und Erfolg im Stall“. Nekrosen treten bei Schweinen ins-

besondere an Schwanz und Ohren auf: Wird das Gewebe zu wenig durchblutet, stirbt es ab. Das beeinträchtigt sowohl die Tiere als auch den Betrieb, denn erkrankte Schweine sind weniger leistungsfähig und können mitunter nicht mehr transportiert und geschlachtet werden.

Die Geflügelbranche steht vor anderen Herausforderungen: Seit dem 1. Januar 2022 ist in Deutschland das Töten von männlichen Eintagsküken aus ökonomischen Gründen verboten. Viele Legehennenbetriebe und Brütereien suchen nach Lösungen. Geforscht



wird dazu viel. Das Netzwerk nimmt Verfahren zur Geschlechtsbestimmung im Ei unter die Lupe, den Einsatz von Zweinutzungshühnern, bei denen Hahn und Henne aufgezogen und entsprechend für Eier oder Fleisch genutzt werden können, sowie die Aufzucht von Bruderhähnen der Legelinien.

Drei Netzwerke in einem Netzwerk

Schweine-, Geflügel- oder Rinderhaltung – die Herausforderungen und Lösungen unterscheiden sich. Zum Netzwerk Fokus Tierwohl gehören deshalb drei Geschäftsstellen; der Wissenstransfer erfolgt über drei virtuelle Tierwohlkompetenzzentren.

Um die Ergebnisse in die Praxis zu bringen, bietet das Netzwerk verschiedene Veranstaltungsformate. Dafür sind bundesweit sogenannte Tierwohlmultiplikatorinnen und Tierwohlmultiplikatoren im Einsatz. Sie vermitteln das Wissen in Form von Seminaren, Workshops, Stallrundgängen, auf Messen, in Berufsschulen oder bei Informationsveranstaltungen. Bisher nahmen mehr als 46 000 Personen an den über 900 Veranstaltungen teil. „Es ist wirklich beeindruckend, in welcher Breite und Tiefe die Netzwerke Tierwohlfragen angehen und praktische Hilfestellung geben“, twitterte Hanns-Christoph Eiden, Präsident der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) nach einer Veranstaltung in Berlin. Die BLE wurde vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit der Projektträgerschaft des Bundesprogramms Nutztierhaltung beauftragt, in das das Netzwerk Fokus Tierwohl eingebettet ist und über das es gefördert wird. Das Bundesprogramm ist ein wesentlicher Teil der Nutztierstrategie des Bundes, die den Herausforderungen einer zukunftsfähigen Landwirtschaft in Deutschland Rechnung tragen will.

Motivation und Austausch untereinander

Die Zielgruppen sind in erster Linie landwirtschaftliche Betriebe, aber auch die Beratung, Tiermedizin, Politik, Ausbildung und interessierte Öffentlichkeit werden einbezogen. „Dieses Netzwerk, in Kombination mit den Modell- und Demonstrationsvorhaben, hat mir den Mut gegeben, Dinge zu verändern und den Betrieb weiterzuentwickeln“, sagte Wilhelm Schulte Remmert, der auf dem Biohof Lebenswert etwa 180 Sauen hält und Ferkel produziert, nach einer Veranstaltung.

Auch Erfahrungen aus Tierwohlprojekten aus den Europäischen Innovationspartnerschaften EIP-Agri sowie von Modell- und Demonstrationsvorhaben fließen in die Netzwerkarbeit ein – als Erkenntnisse aus der Praxis. Landwirtschaftliche Betriebe sollen sich untereinander, mit der Politik, der Wissenschaft und der interessierten Öffentlichkeit austauschen können: Neben Austauschrefe-

fen, Betriebsbesuchen und Messeauftritten bietet das Netzwerk Online-Seminare und Vernetzungsveranstaltungen an. Und es nutzt die digitalen Medien: eine Website, Instagram, Twitter, YouTube und Facebook. Dort finden sich Fachartikel, Leitfäden, Checklisten, Videos, Vodcasts und Podcasts: „Das ist Forschung zum Nachhören, super“, schrieb eine Teilnehmerin dazu in den Chat. Über 22 600 Mal wurden diese Medien bereits abgerufen.

Zur Vernetzung der Impulsbetriebe treffen sich die Betriebsleitenden regelmäßig. Während der Startphase des Projektes war der Austausch pandemiebedingt auf digitale Treffen beschränkt; seit 2022 gibt es wieder Präsenztreffen. So fanden sich die Impulsbetriebe Rind bei den ersten virtuellen Treffen zu drei Kleingruppen zum Milchvieh und einer Kleingruppe zur Mutterkuhhaltung und Mast zusammen. Zu weiteren Themen wie etwa der kuhgebundenen Aufzucht und dem stressarmen Umgang mit Rindern wird – neben den weiterhin stattfindenden Kleingruppentreffen zum kollegialen Austausch – auch fachliche Expertise bei netzwerkübergreifenden Veranstaltungen angeboten.



Die Institutionen, die sich am Netzwerk Fokus Tierwohl beteiligen, sind über das gesamte Bundesgebiet verteilt.

Damit die Auseinandersetzung und Weiterentwicklung rund um das Thema Tierwohl auf dem eigenen Betrieb möglichst intensiv diskutiert wird, achtete das FiBL bei der Zusammenstellung der Impulsbetriebsgruppen auf eine heterogene Zusammensetzung in Bezug auf die Betriebsstrukturen. Um netzwerkübergreifende Themen herauszukristallisieren, die für alle Betriebe von Bedeutung sind, führt das Netzwerk Umfragen durch. Dr. Christian Lambertz vom FiBL: „Hier zeigt sich sehr deutlich, dass ein Austausch zur Verbesserung der Lebensleistung und Nutzungsdauer bei guter Gesundheit der Tiere eine zentrale Fragestellung für die Betriebe ist.“

i **KONTAKT:**
 Dr. Katja Brase
 Verband der Landwirtschaftskammern e. V.
 Netzwerk Fokus Tierwohl
 Telefon: 030 208486983
 Mobil: 0172 5748703
 k.brased@vllk-agrar.de
 instagram: @netzwerkfokustierwohl
 Twitter: #NetzwerkFokusTierwohl
 www.fokus-tierwohl.de



Der Verein „Jung & Alt – Attraktives Dorfleben“ organisiert Nachbarschaftshilfe und betreibt eine Gaststätte in Mauchen in Baden-Württemberg.

Wie soziale Dorfentwicklung gelingt

Ziel der Fördermaßnahme „Soziale Dorfentwicklung“ des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung war es, das Miteinander in Dorfgemeinschaften zu stärken. Dabei standen vor Ort vorhandene Potenziale und Eigeninitiativen im Fokus. [VON SABINE CONRAD]

Ein Generationentreff, eine Generationenmanagerin und ein Coaching-Programm – mit der Fördermaßnahme „Soziale Dorfentwicklung“ unterstützte das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) 36 lokale Vereine, Bürgergenossenschaften, Wohlfahrtsverbände, Kommunen und Universitäten dabei, modellhafte Ansätze zu erproben. Die Projekte haben gezeigt: Ein gutes Miteinander stärkt die Zukunftsfähigkeit und Resilienz ländlicher Regionen. Dazu beitragen können so unterschiedliche Ansätze wie Investitionen, Maßnahmen zur

Stärkung von Engagement und zum Aufbau von (Hilfs-)Angeboten und auch Empowerment – also Maßnahmen, welche die Selbstverantwortung und die Handlungs- und Entscheidungs-Autonomie von Menschen fördern.

Befähigung, eigene Ideen umzusetzen

Empowerment setzt darauf, auf vorhandene Potenziale aufzubauen. Mit der Förderung des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) wurden engagierte Menschen durch Qualifizierungs- und Coaching-Angebote unterstützt, um sie bei der Entwicklung

und Umsetzung eigener Ideen zu begleiten und zu fördern. Es hat sich gezeigt, dass insbesondere die individuelle Förderung ein Instrument dafür sein kann, Akteuren Wertschätzung zu zeigen, einer Überforderung im Ehrenamt entgegenzuwirken und Engagement langfristig zu sichern.

Ein Beispiel dafür ist das Projekt „GENIAL3“ im Altenburger Land in Thüringen. Die Projektinitiatorin hatte immer wieder Menschen mit interessanten Projektideen kennengelernt, viele dieser Ideen wurden jedoch nicht umgesetzt – das Potenzial blieb in der Region ungenutzt. Um das zu ändern, wurden mit 17 Projekten „Zukunftsverträge“ geschlossen. Diese Projekte erhielten keine finanzielle Unterstützung, sondern die Projektverantwortlichen wurden von externen Fachleuten gecoacht, um ihre Ideen zu realisieren, beispielsweise den Kulturhof Kleinmecka zum Ort für Kunst und Wohnen zu entwickeln oder ein Festival durchzuführen. „Empowerment von ehrenamtlich Engagierten ist erfolgreich. Das zeigen die vielen Projekte, die in neuen Strukturen weitergeführt werden“, so Andrea Wagner, W3 Wandel-Werte-Wege gGmbH.

Unterstützung durch hauptamtliche Koordination

Eine weitere Erkenntnis aus der BULE-Maßnahme „Soziale Dorfentwicklung“ ist: Soziale Projekte bedürfen des aktiven Mitwirkens der Menschen vor Ort sowie von Schlüsselpersonen, beispielsweise aus Kommunalpolitik und -verwaltung, lokalen Vereinen, sozialen Trägern oder lokalen Unternehmen. Die Koordination dieser Akteure und Aktivitäten sowie die Unterstützung der ehrenamtlich Engagierten erfordert personelle Ressourcen. Hierfür hat sich der Einsatz von Hauptamtlichen bewährt, die koordinieren, beraten und begleiten. Zentral ist dabei die persönliche Ansprache.

Ein Beispiel dafür ist das Generationennetzwerk Berggau aus Bayern. Es entwickelt Ideen für ein besseres Miteinander aller in Berggau lebenden Alters- und Bevölkerungsgruppen. Eine Generationenmanagerin ist das „Herz“ des Netzwerks. Sie vernetzt und unterstützt ehrenamtlich Aktive. Regelmäßig finden Treffen der Bürgerschaft aus den vor Ort zahlreichen Gruppierungen, Vereinen sowie aus lokalen Einrichtungen wie Schule, Kindertagesstätte, Kirche, Nachbarschaftshilfe und der Jugend- oder Seniorenbeauftragten statt. Dabei werden Unterstützungsbedarfe ermittelt und der Generationenmanagerin konkrete Aufträge gegeben. Sie bleibt über das Ende der Förderung durch das BULE hinaus tätig: Die Anschlussfinanzierung konnte über die Städtebauförderung im Programm „Sozialer Zusammenhalt“ sichergestellt werden.



Beim Projekt „TANDEM“ im Vorharz wurden Einheimische weitergebildet, um Geflüchteten bei der Integration zur Seite zu stehen.

Bauliche und soziale Prozesse gemeinsam denken

Baulich-investive Projekte können helfen, Erfolg und Veränderungen für alle sichtbar und erlebbar zu machen. Die Erfahrungen auch anderer BULE-Vorhaben zeigen, dass der Mitteleinsatz für Bauvorhaben in der kommunalen Politik in ländlichen Regionen vielfach mehrheitsfähiger ist als die Finanzierung sozialer Maßnahmen. Solche Orte können zur Förderung sozialer Prozesse beitragen und Mittel zum Zweck für die soziale Dorfentwicklung werden.

„Bauprozesse ohne die Berücksichtigung der sozialen und gesellschaftlichen Bedarfe ergeben für mich keinen Sinn. Nur wenn wir für und mit unserer Bevölkerung gemeinsam planen und bauen, werden unsere Projekte angenommen und genutzt“, so Wolfgang Wild, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Berggau. Dort sorgt die Generationenmanagerin dafür, dass die Bürgerschaft nicht nur die gesellschaftlichen, sondern auch bauliche Entwicklungen mitgestaltet. Über Beteiligungsprozesse sollen die potenziell Nutzen frühzeitig in den Planungs- und Realisierungsprozess von Bauvorhaben eingebunden werden, um konkrete Bedarfe zu ermitteln.

Begegnungsorte – mehr als Treffpunkte

Soziales Leben braucht Begegnungsorte. Das wurde im Rahmen der Fördermaßnahme immer wieder deutlich. Häufig mangelt es in den Dörfern nicht an Gebäuden, sondern bauliche Einschränkungen hemmen die breite Nutzung von Dorfgemeinschaftshäusern: Oft fehlen barrierefreie Zugänge oder die Ausstattung lässt nur eine monofunktionale Nutzung durch spezifische Gruppen zu, beispielsweise ausschließlich für den Schützen- oder Sportverein. Auch ein beschränkter Nutzungszugang kann ein Hindernis sein, beispielsweise wenn die Schlüsselübergabe restriktiv gehandhabt wird. Folge dieser Hemmnisse ist eine Unterauslastung bei laufenden Bewirtschaftungskosten. Eine Begegnung unterschiedlicher Gruppen, Kulturen oder Generationen findet so eher nicht oder nur selten statt. Gemeinden können davon profitieren, wenn Dorfgemeinschaftshäuser baulich aufgewertet und flexibel nutzbar werden.

Die Fördermaßnahme „Soziale Dorfentwicklung“ hat gezeigt, dass ehrenamtliches Engagement beim Umbau von Begegnungsorten vielfach weitere positive Wirkungen entfaltet: Ein

gemeinsames Bau-Projekt aktiviert ehrenamtliches Engagement und fördert Gemeinschaftsgefühl und die Identifikation mit dem Ort. Der Um- und Ausbau von leerstehenden Gebäuden kann zudem Funktionsverlust und städtebauliche Missstände beheben, vor allem wenn es sich um identitätsstiftende oder ortsbildprägende Gebäude handelt.

Wie im baden-württembergischen Mauchen. Dort wollte der Verein „Jung & Alt – Attraktives Dorfleben“ einen barrierefreien Treffpunkt für Menschen jeden Alters aus dem Ort und der Umgebung schaffen. Mithilfe der BULE-Förderung wurde ein Teil eines leerstehenden Gasthauses zum Treffpunkt für Jung und Alt, dem JA-Treff, umgebaut. Eine hauptamtliche Koordinatorin organisiert die Tätigkeiten des Vereins im Rahmen eines Minijobs. Neben der Nachbarschaftshilfe betreibt der Verein eine Gaststätte, mit deren Einnahmen der Minijob auch nach Auslaufen der Förderung finanziert werden kann. Die Koordinatorin organisiert im JA-Treff regelmäßige Veranstaltungen wie einen Mittagstisch, Stammtische, Spieleabende und Unterhaltungsprogramme. Darüber hinaus finden Weiterbildungen für die Nachbarschaftshilfe statt. Die BULE-Förderung konnte somit dazu beitragen, dass sich vor Ort die Strukturen verändert haben und mehr Miteinander ermöglichen.

Die Fördermaßnahme „Soziale Dorfentwicklung“ wurde von 2016 bis 2021 umgesetzt; die einzelnen Modellvorhaben liefen in der Regel maximal 36 Monate. Die Gesamtfördersumme betrug rund 2,4 Millionen Euro; 35 Vorhaben erhielten vom BMEL bis zu 75 000 Euro und ein Leuchtturmprojekt rund 120 000 Euro. Das Marktforschungsunternehmen empirica AG hat die Fördermaßnahme ausgewertet. Die Erkenntnisse und Empfehlungen wurden Ende 2022 veröffentlicht. Seit 2023 hat das BULE seinen Schwerpunkt erweitert zum Bundesprogramm Ländliche Entwicklung und regionale Wertschöpfung, kurz BULE+.

SERVICE:

Mehr zur Fördermaßnahme Soziale Dorfentwicklung und den Projektbeispielen: www.bmel.de/soziale-dorfentwicklung



KONTAKT:

Sabine Conrad
Kompetenzzentrum Ländliche Entwicklung
Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Telefon: 0228 6845-3835
soziale-dorfentwicklung@ble.de

Kooperativen für Klima und Natur

Einige Bundesländer erproben die Idee, dass Landwirte Maßnahmen zum Klima- und Artenschutz gemeinschaftlich umsetzen, in Pilotprojekten. Brandenburg ist einen Schritt weiter gegangen und unterstützt solche kooperativen Ansätze im Rahmen der Regelförderung.

[VON CISSY RIEDEL]

Brandenburg hat gute Gründe für den innovativen Förderansatz. Es gehört zu den Bundesländern mit dem höchsten Anteil an Moorstandorten, die im intakten Zustand als Kohlendioxid-Speicher dienen. Bei ausreichend hohen Wasserständen auf möglichst großen Flächen können Moore also erheblich zum Klimaschutz beitragen, der in der neuen Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 stärker im Fokus steht.

Außerdem bedarf es der Agrarlandschaft Brandenburg an Strukturen zum Schutz heimischer Tier- und Pflanzenarten. Vögel wie Kiebitz oder Feldlerche sind selten geworden. Das letzte Refugium der in Deutschland vom Aussterben bedrohten Großtrappe ist eine Region an der Grenze von Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

Fördermaßnahmen für Landwirtschaft

Einzelmaßnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität werden seit Jahren in Förderprogrammen angeboten. Seit Anfang 2023 fördert Brandenburg den neuen Ansatz: Kooperativen aus mindestens drei landwirtschaftlichen Betrieben, die sich innerhalb eines definierten Projektgebietes zusammenfinden und gemeinsam Maßnahmen planen, welche an die Gegebenheiten vor Ort angepasst sind, sich gegenseitig sinnvoll ergänzen und dazu beitragen, den Naturraum als Ganzes aufzuwerten. Diese Aufwertung ist ein Hauptziel Brandenburgs, ein weiteres besteht darin, die Verwaltung zu vereinfachen. Ein Projekt-

management, bestehend beispielsweise aus Landschaftspflege- und Bauernverbänden oder Naturschutzvereinen, übernimmt die Verwaltung der Antragstellung und -umsetzung und erstellt zusammen mit den Landbewirtschaftenden ein Fachkonzept. Das Landesamt für Umwelt unterstützt, indem es prüft, ob sich die geplanten Maßnahmen dafür eignen, die gesteckten Klimaschutz- und Biodiversitätsziele zu erreichen.

Blaupause in den Niederlanden

Das kooperative Modell stammt aus den Niederlanden. Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen werden dort mittlerweile ausschließlich gemein-



Besondere Verantwortung: Damit die Großtrappe nicht nur auf Bildern erhalten bleibt, kooperieren Landwirte beim Vogelschutz im letzten deutschen Verbreitungsgebiet der Art – und erhalten dafür Unterstützung.

schaftlich umgesetzt. Der Vorteil des niederländischen und nun auch brandenburgischen Ansatzes ist die großflächigere Vernetzung von Strukturen in der Agrarumwelt, denn Vögel wie Großtrappe oder Feldlerche suchen sich ihren Lebensraum über die Feldgrenzen einzelner Betriebe hinweg. Der Austausch zwischen den Mitgliedern der Kooperative und die aktive Ausgestaltung der Maßnahmen regen dazu an, über den eigenen Betrieb hinauszublicken. Maßnahmen einzelner Landbewirtschaftender, die sich in der Vergangenheit vielleicht gegenseitig in ihrer Wirkung beeinträchtigt haben, können vermieden und sich ergänzende entwickelt werden. Auch etwaige Konflikte zwischen Landwirtschaft und Umweltschutz kann der gegenseitige Austausch entschärfen.

Deshalb fördert Brandenburg konkrete Maßnahmen einschließlich der damit verbundenen Planungs- und Abstimmungsprozesse: Für die nächsten fünf Jahre stehen rund 8,6 Millionen Euro zur Verfügung. Die finanziellen Mittel stammen aus EU- und Landesmitteln. Stand Januar 2023 haben sich fünf Kooperativen gebildet, die in den kommenden fünf Jahren gemeinsame Maßnahmen umsetzen möchten. Sie planen beispielsweise moorschonende Bewirtschaftung, Feldlerchenfenster, den Einsatz spezieller Mahdtechniken oder teilflächigen Ernteverzichts, um Tieren im Winter Nahrung zu bieten. Auch eine Kooperative im Lebensraum der bedrohten Großtrappe, den Belziger Landschaftswiesen, ist vertreten. ■

SERVICE:

Mehr zur Förderung unter:
<https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/service/foerderung/landwirtschaft/foerderung-kooperativer-massnahmen-klimaschutz>



KONTAKT:

Cissy Riedel
 Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MLUK)
 Agrarumweltmaßnahmen,
 ökologischer Landbau, Direktzahlungen
 Telefon: 0331 8667623
cissy.riedel@mluk.brandenburg.de
<https://mluk.brandenburg.de>



Vom Plan zur Maßnahme

Im Strategieplan zur europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP-SP) für Deutschland haben Bund und Länder erstmals alle Fördermaßnahmen gemeinsam beschrieben. Der Plan ist seit Januar 2023 in Kraft. Wie geht es weiter?

Dr. Silvia Rabold

leitet im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz (MLUK) des Landes Brandenburg die Verwaltungsbehörde für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), die auch für Bundes- und Landesförderprogramme zuständig ist. Sie arbeitet als Strategieplan-Koordinierungsreferentin (SPKR) an der Weiterentwicklung des GAP-Strategieplans mit dem Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) zusammen.

www.eler.brandenburg.de

„ Frau Dr. Rabold, der GAP-Strategieplan enthält mehr als 30 sogenannte Interventionsbeschreibungen, die Förderbereiche definieren. Die Länder können wählen, welche sie aufgreifen. Was bieten Sie an? Brandenburg nutzt natürlich alle Direktzahlungen, und bei den Sektorprogrammen nehmen wir den Bereich Bienenzucht in Anspruch. Im ELER bieten wir zwölf der 19 möglichen Interventionen an. Neben den Agrarumweltmaßnahmen spielt LEADER für uns eine große Rolle. Wir setzen alle Maßnahmen der ländlichen Entwicklung flächendeckend darüber um und haben rund 30 Prozent unseres ELER-Budgets dafür vorgesehen.

Wie entstehen die konkreten Maßnahmen?

Die Beschreibungen im GAP-SP sind die Rechtsgrundlage. Danach erarbeiten die Länder ihre Förderrichtlinien, die die Vorgaben aus dem GAP-SP, wie den Kreis von möglichen Zuwendungsempfängern, Auswahlverfahren oder Beihilfeaspekte, berücksichtigen. Zu jeder Fördervorschrift stimmen wir uns mit der EU-Zahlstelle, unseren Fachreferaten und Bewilligungsstellen ab. Das genaue Verfahren haben wir in einem Erlass geregelt. Parallel werden die sogenannten Dienstanweisungen mit Hinweisen für die Bewilligungsstellen sowie allen notwendigen Formularen entwickelt. Auch unsere Fördersoftware muss angepasst werden. Wir binden andere Ressorts, insbesondere das

Finanzministerium sowie den Landesrechnungshof ein, wenn wir die Fördervorschriften erstellen. Danach werden sie im Amtsblatt und online veröffentlicht. An der Kommunikation beteiligen sich natürlich auch unsere Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner.

Was gehört momentan zu Ihren Hauptaufgaben?

Wir denken in Förderperioden. Gerade sind wir in einer Überlappungsphase: Maßnahmen der Periode von 2014 bis 2022 können noch bis 2025 laufen. Gleichzeitig müssen wir uns auf die neue Zeitschiene der aktuellen Periode einstellen, denn für sie gilt nicht mehr das Kalenderjahr, sondern das EU-Haushaltsjahr, das am 16. Oktober eines Jahres beginnt. Wir arbeiten derzeit daran, Abläufe neu zu strukturieren, beispielsweise in Bezug auf die Erstellung des jährlichen Leistungsberichts – von der Generierung der Daten bis zur Beteiligung des regionalen Begleitausschusses. So entwickeln wir Übersichten, welche Indikatoren – die Eingang in den jährliche Leistungsbericht finden – wie erfasst werden, erarbeiten einen neuen Erlass zur Auswahl von Vorhaben und überlegen, wie wir die Maßnahmen öffentlich sichtbar machen. Der Austausch mit allen Beteiligten ist bei diesen komplexen Aufgaben unverzichtbar.

Die GAP wird von Forschung und Verbänden kritisiert – als zu bürokratisch, zu wenig ambitioniert

oder das Gegenteil. Diskutieren Sie mit dem BMEL über grundlegende Änderungen?

Die Ausrichtung der GAP ab 2028 und der aktuelle GAP-SP sind zwei verschiedene Dinge. Der GAP-SP ist seit drei Monaten genehmigt: Man kann davon ausgehen, dass sich an der grundsätzlichen Strategie derzeit nichts Wesentliches ändert. Einmal jährlich besteht die Möglichkeit, Änderungen bei der EU-Kommission zu beantragen. In dem ersten Änderungsantrag, der voraussichtlich im Sommer eingereicht werden soll, wird es um redaktionelle, inhaltliche und finanzielle Änderungen im GAP-SP gehen: von einem falsch gesetzten Kreuz in einer Interventionsbeschreibung bis zur Nutzung einer neuen Intervention, woraus sich Änderungen im GAP-Finanzplan ergeben können. Aus langjähriger Erfahrung mit unserem bisherigen ländlichen Entwicklungsprogramm kann ich sagen, dass es sechs bis neun Monaten braucht, um eine Genehmigung für einen Änderungsantrag zu erhalten: für die Bündelung der Änderungsbedarfe, Abstimmungen mit allen Beteiligten und Beschlussfassung im Begleitausschuss. Nun sind weitaus mehr Akteure beteiligt. Jedes Land muss sich gut überlegen, welche Änderungen tatsächlich erforderlich sind.

Frau Dr. Rabold, vielen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Anja Rath. ■■■

Digitale Anwendungen: Potenziale für ländliches Ehrenamt?

Was können Videokonferenzen, E-Mails und Buchhaltungssysteme im Kontext des Ehrenamts leisten? Mit Fragen wie dieser hat sich eine deutschlandweite Studie auseinandergesetzt. Es wurden knapp 3 000 ehrenamtliche Organisationen einbezogen.

[VON HANNA KRIBBEL]

Die Digitalisierung des Ehrenamts auf dem Land wird häufig vor dem Hintergrund ländlicher Herausforderungen diskutiert: Einerseits gleichen ehrenamtliche Strukturen eine vielerorts zurückgehende staatliche Daseinsvorsorge aus, andererseits geht die Zahl der Engagierten zurück. Der demografische Wandel, Abwanderung und ein schrumpfendes Versorgungsnetz schaffen besonders in strukturschwachen ländlichen Regionen schwierige Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement. Mit der Digitalisierung verbinden Politik, ehrenamtlich Aktive und Wissenschaft die Hoffnung, dem Vereinssterben durch moderne Kommunikation und Effizienzgewinne entgegenzuwirken.

Doch wie groß ist das Potenzial digitaler Anwendungen tatsächlich? Erkennen und nutzen es Vereine und Organisationen? Im Rahmen des Forschungsprojekts „Zwischen Appstore und Vereinsregister – Ländliches Ehrenamt auf dem Weg ins digitale Zeitalter“

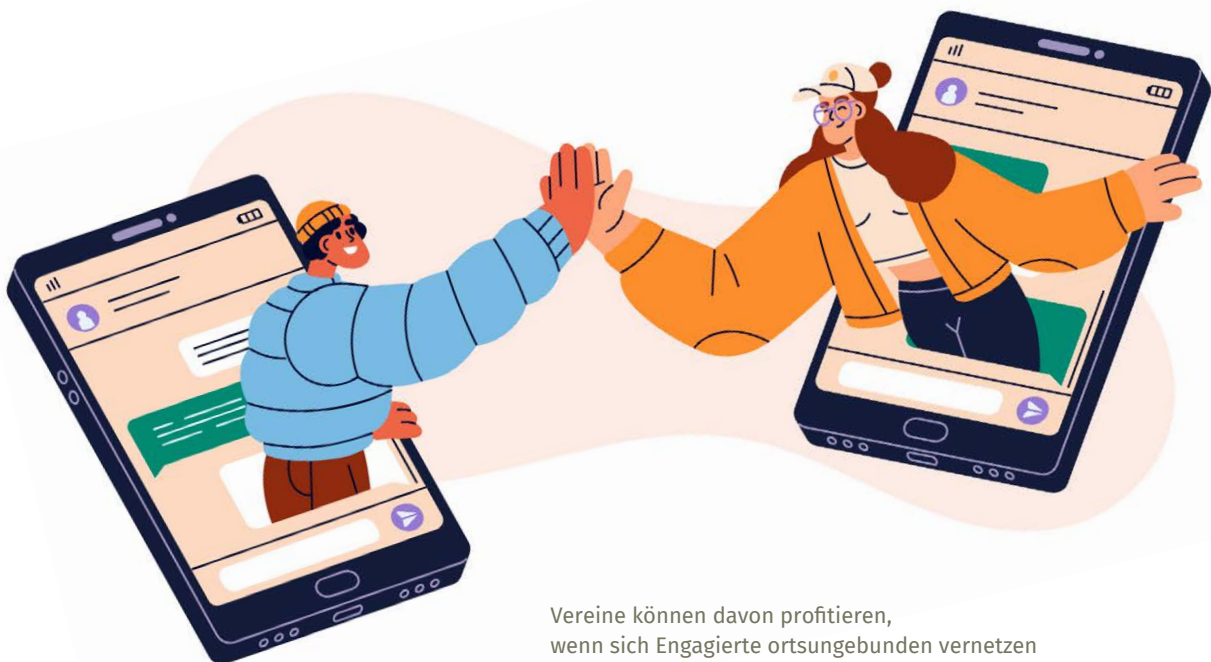
(AppVeL) haben sich zwei Institutionen mit diesen Fragen auseinandergesetzt: das Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) und neuland21, ein Think Tank, der sich mit der Digitalisierung des ländlichen Raums beschäftigt. Das Projekt wurde über das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung gefördert. In der Studie wurden rund 3 000 Organisationen einerseits nach der tatsächlichen Nutzung digitaler Anwendungen und den Herausforderungen, die sie dabei erleben, und andererseits nach den Chancen gefragt, die sie für sich in der Digitalisierung sehen.

Einige Chancen ergriffen

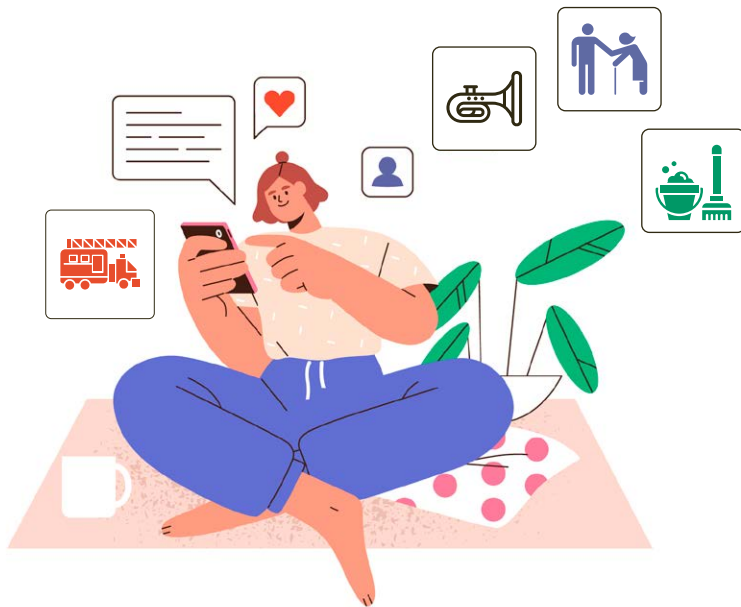
Die Antworten zeichnen ein klares Bild: Ganz oben steht die Erwartung, mithilfe der Digitalisierung die interne Kommunikation zu verbessern, Zeit einzusparen und lange Wege zu vermeiden. Weitere wichtige Chancen sehen die Vereine und religiösen Gemeinschaften in der Erhöhung ihres Bekanntheitsgrades und der Gewinnung von Mitgliedern.

Dabei sind digitale Anwendungen teilweise schon Vereinsalltag. So läuft beispielsweise die interne Kommunikation in vielen Organisationen bereits routiniert digital. E-Mail und Messenger sind von allen digitalen Anwendungen am weitesten verbreitet. Rund 27 Prozent der Organisationen nutzen E-Mails täglich, weitere 25 Prozent mehrmals die Woche. Messenger-Dienste werden von rund 17 Prozent täglich genutzt und von circa 30 Prozent mehrmals die Woche.

Der Großteil der ehrenamtlichen Organisationen in Deutschland ist zudem mit einem eigenen Auftritt im Internet vertreten. Etwa 75 Prozent haben eine Website, rund 41 Prozent eine Facebook-Seite. In ländlichen Regionen spielen auch Gemeinde- und Verbandsseiten eine wichtige Rolle, um sich steckbriefartig vorzustellen oder zumindest Kontaktinformationen zu hinterlegen. Etwa 39 Prozent nutzen diese Möglichkeit.



Vereine können davon profitieren, wenn sich Engagierte ortsungebunden vernetzen und an der Vereinsarbeit mitwirken.



Ehrenamtliches Engagement von zuhause und aus der Entfernung: Die Digitalisierung macht's möglich.

Mithilfe digitaler Anwendungen lange Wege zu vermeiden und Zeit einzusparen, wird insbesondere für den ländlichen Raum häufig als Chance genannt. Die Befragung zeigt, dass dieser Aspekt auch für den städtischen Raum relevant ist. Ortsungebunden an Veranstaltungen teilzunehmen, sich zu vernetzen und an landes- oder bundesweiter Verbandsarbeit mitzuwirken, ist standortunabhängig für alle Vereine ein Gewinn. Viele Beispiele zeigten, dass Vereine besonders seit der Corona-Pandemie dieses Potenzial bereits nutzen, indem sie beispielsweise Besprechungen via Videokonferenz umsetzen. Dies erleichtert Berufstätigen und Eltern die Teilnahme.

Viel ungenutztes Potenzial

Gleichzeitig erscheint die Kreativität, neue, zukunftsweisende Chancen zu erkennen, begrenzt. Einer dieser „blinden Flecken“ ist die Flexibilisierung des Engagements durch digitale Unterstützung. Die Möglichkeit, zu unterschiedlichen Zeiten an Projekten zu arbeiten oder kurzfristig Engagierte für einzelne Projekte zu gewinnen, wird noch wenig wahrgenommen: Weniger als die Hälfte der Organisationen erkennt darin eine Chance. Dabei bietet der Ansatz insbesondere für das ländliche Ehrenamt Potenzial, da so Engagement-Brüche vermieden werden können: Junge Menschen, die häufig für ihre Ausbildung oder das Studium ihren Heimatort verlassen, geben bislang ihr Engagement häufig auf. Sie wiederzugewinnen, ist schwierig. Mithilfe digitaler Tools könnten Interessierte durch die Beteiligung an punktuellen Aktionen oder komplett im digitalen Raum ihr Engagement

aufrechterhalten. Auch, um neue Mitglieder zu werben, setzen die ländlichen Organisationen bislang kaum digitale Mittel ein. Das Potenzial sozialer Medien oder Online-Plattformen für die Suche nach Interessenten gilt es also noch zu erkennen und auszuschöpfen.

Am wenigsten relevant erscheint für die Organisationen die Verknüpfung digitaler Technologien mit der Möglichkeit, zusätzliche finanzielle Ressourcen einzuwerben, beispielsweise durch Crowdfunding. Weniger als ein Drittel sieht darin eine Chance. Digital gestützte Fördermöglichkeiten sind weitestgehend unbekannt oder nicht auf die Bedarfe kleinerer, wenig formalisierter Vereine zugeschnitten.

Das Fazit: Um digitale Technologien als tatsächliche Unterstützung für Engagement einsetzen zu können und bestehende Chancen zu realisieren, braucht es Ideen, Kompetenz im Einsatz technischer und digital basierter Lösungen sowie die dafür benötigten Finanzen. Alle drei Aspekte schöpfen ländliche Organisationen heute noch nicht vollständig aus.

Viel zu tun – für Zivilgesellschaft und Politik

Um das ländliche Ehrenamt mithilfe der Digitalisierung zukunftsfähiger aufzustellen, muss die Zivilgesellschaft noch einige Schritte gehen. Aber es fehlt auch an Impulsen aus der Politik und darauf ausgerichtete Engagement-Förderstrukturen: Zunächst ist

es wichtig, Engagierte aller Altersstufen mitzunehmen und digitale Kompetenz dort aufzubauen, wo sie noch fehlt. Da ältere Personen noch weniger mit digitalen Techniken zu tun haben, sie ab dem Rentenalter aber gleichzeitig eine der größten Gruppen unter allen Engagierten darstellen, ist die Kompetenzvermittlung für diese Altersgruppe besonders wichtig.

Eine weitere Aufgabe besteht darin, Vorbehalte und Vorurteile gegenüber digitaler Zusammenarbeit und Kommunikation abzubauen. Das bedeutet auch, skeptischen Mitgliedern im eigenen Verein vor Augen zu führen, dass der Einsatz von digitalen Technologien gewinnbringend sein kann. Dabei geht es darum, zu erklären, für welche Probleme digitale Anwendungen eine Lösung bieten und gleichzeitig klarzumachen, dass Digitalisierung kein Selbstzweck ist.

Die größten Hürden für Digitalisierungsinitiativen sind jedoch fehlende Zeit und fehlende personelle Ressourcen. Mit Unterstützung und Beratung bei der Auswahl, Einführung und Nutzung digitaler Anwendungen ließe sich diesem Mangel bereits effektiv entgegenwirken, da dann der Mehraufwand nicht vorrangig bei den Ehrenamtlichen läge. Diese Aufgabe könnte etwa durch kommunale Strukturen oder Anbieter von Schulungen, wie den Freiwilligenagenturen, besser aufgefangen werden.

Beim Umgang mit begrenzten finanziellen Mitteln geht es einerseits darum, fehlendes Budget durch Wissensvermittlung auszugleichen: Häufig kennen Vereine kostenlose oder günstige Angebote für Software- oder Hardware für gemeinnützige Organisationen schlichtweg nicht. Andererseits müssen Fördermöglichkeiten einfacher zugänglich gemacht werden. In der Studie konnte gezeigt werden, dass vorwiegend Organisationen in Landkreisen in schlechter sozioökonomischer Lage mit finanziellen Barrieren zu kämpfen haben – die wirtschaftliche Lage in einer Kommune wirkt sich also auch auf die Ressourcen im Ehrenamt aus. ■

SERVICE:

Zu den Ergebnissen der Studie mit dem Titel „Zwischen Appstore und Vereinsregister – Ländliches Ehrenamt auf dem Weg ins digitale Zeitalter“:
www.neuland21.de > Projekte > Zwischen Appstore und Vereinsregister.



KONTAKT:

Hanna Kribbel
 neuland21 e. V.
hanna.kribbel@neuland21.de
www.neuland21.de

Welche Informationen sind seriös?

Ein Forschungsprojekt untersucht, wie Menschen auf dem Land heute Informationen einholen und bewerten. Es zeigt sich: Informationen und Quellen einzuordnen, ist für viele eine Herausforderung, und lokal relevante Information sind oft schwer auffindbar.

[VON LAURINE OLDENBURG, ANIKA STOOB UND JOACHIM GRIESBAUM]



Von der Abfahrtszeit des Busses bis zur Wirkungsweise von Nahrungsergänzungsmitteln: Informationen sind in unserem Alltag essenziell. Die Suche und die Interpretation prägen unsere Entscheidungsfindung und damit unser Verhalten. Um sich in der Informationswelt zurechtzufinden, bedarf es einer Reihe von Fähigkeiten, die unter dem Begriff Informationskompetenz (IK) zusammengefasst werden können. Diese ermöglichen es, kritisch und effektiv Informations- und Medieninhalte zu recherchieren, zu teilen oder selbst zu erstellen, sie zu verstehen und ethisch zu bewerten, so die Begriffsherleitung der UNESCO.

Wie steht es damit speziell im ländlichen Raum? Welche Informationsbedarfe haben die Menschen dort? Welche Wege nutzen sie, um sich zu informieren? Und welche Rolle spielt die Kommune im Alltag dabei? Mit den Dynamiken der Informationsversorgung in den Gemeinden des Landkreises Hildesheim in Niedersachsen beschäftigt sich seit April 2020 das vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geförderte Forschungsprojekt „DILRA – Daseinsbezogene Informationskompetenz in Ländlichen Räumen“. Im März 2023 endet das Projekt mit Handlungsempfehlungen für die drei darin

betrachteten Akteursgruppen: Privatpersonen können sie dafür nutzen, ihren Umgang mit Informationen zu überdenken, kommunale Bildungsanbieter, um die Kompetenz der Menschen bei der Informationsbeschaffung zu fördern, und Kommunen, um daseinsbezogene Informationen möglichst für alle zugänglich bereitzustellen.

Methodisches Vorgehen

Die erste Studienphase begann mit der Befragung von insgesamt 495 Personen. Zudem wurden 13 Personen als Experten interviewt, die beruflich im Landkreis Hildesheim Informationen bereitstellen. Eine Analyse der 19 Gemeinde-Websites des Landkreises folgte: Betrachtet wurden etwa die technische Umsetzung, Möglichkeiten zur Interaktion, Benutzerfreundlichkeit, die Qualität der Inhalte und Vernetzung sowie die zugrunde liegenden Strategien der Kommunen und das Suchverhalten der Nutzenden.

In der zweiten Studienphase folgten Einzelinterviews mit 22 Privatpersonen, um Nutzerbedarfe und Problemfelder zu identifizieren. Drei Fokusgruppen, zusammengesetzt aus Privatpersonen, Aktiven in der Kommunalpolitik und lokalen Bildungsanbietern, diskutierten lokale Optimierungsansätze.

Informationsbewertung schwierig

Die größte Unsicherheit verspüren Informationssuchende bei der Bewertung von Informationen und Quellen sowie der Identifikation von Falschnachrichten. Ein Abgleich exemplarischer Fähigkeiten der Befragten mit der Forschungsliteratur bestätigt die selbst wahrgenommenen Unsicherheiten: Die Frage danach, was die Verlässlichkeit einer Website beweist, zeigt viele Fehleinschätzungen.

Während immerhin 65 Prozent der Befragten die Verlinkung durch seriöse Websites als richtigen Verlässlichkeitsbeweis identifizieren, glauben 14 Prozent, dass eine vorrangige Auflistung der Seite bei einem Google-Ab-ruf, die Anzahl der Rechtschreibfehler (elf Prozent) oder die Darstellung einer Berühmtheit (neun Prozent) relevante Qualitätsindizes seien. Eine Person merkt an: „Am meisten wünsche ich mir, dass die Seriosität von Informationen klar erkennbar ist, dass leicht nachzuverfolgen ist, worauf sich die jeweilige Information bezieht und wie alt sie ist.“ Als Vorschläge zur Kennzeichnung von Seriosität nannten Befragte Logos, Professionalitäts- oder Glaubwürdigkeitsskalen. Ein Proband ergänzte selbstkritisch: „Mir ist klar, dass das wohl nicht umsetzbar oder leicht manipulierbar ist, zum Beispiel wenn jemand viel Geld zahlt, um höher in

der Skala aufzusteigen. Aber die Vorstellung würde mir gefallen.“

Ein weiteres Ergebnis ist, dass es in der selbst empfundenen Informationskompetenz keinen signifikanten Unterschied zwischen der Stadt- und der Landbevölkerung gibt: Beide Gruppen fühlen sich gleichermaßen sicher oder unsicher in ihrem Informationsverhalten. In der objektiven Erhebung zeigt sich hingegen ein statistisch signifikanter Gruppenunterschied, wonach die befragte Landbevölkerung geringfügig informationskompetenter ist.

Informationsquellen analog und online

Bei der analogen Informationssuche bestimmt der Informationsbedarf die Auswahl der Quelle: etwa Experten für Fragen zur Gesundheit – Familie oder Freunde für die Freizeitgestaltung (siehe Abbildung). Bei der digitalen Informationssuche sind Suchmaschinen, unabhängig vom Inhaltswunsch, die am häufigsten genutzte Ressource. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Überlegungen zur thematischen Zweckbezogenheit einer Quelle aus der analogen Suche nicht in die Internetsuche übertragen werden.

Werden soziale Netzwerke auch als Informationsquellen genutzt? Ja und nein; es besteht ein Zusammenhang mit der Informationskompetenz der Nutzenden. Gesundheitsinformationen suchen Befragte mit geringer Informationskompetenz eher in sozialen Netzwerken. Die Probanden mit ausgeprägter Informationskompetenz informieren sich hingegen kaum in sozialen Netzwerken, sondern mit großer Mehrheit in Online-Zeitungen, Magazinen und Enzyklopädien.

Grundsätzlich steht die Sicherheit bei der Nutzung sozialer Netzwerke stark mit dem Alter und der Informationskompetenz der Befragten in Verbindung. Das heißt: Je älter und informationskompetenter, desto unsicherer fühlen sie sich bei der Nutzung sozialer Netzwerke.

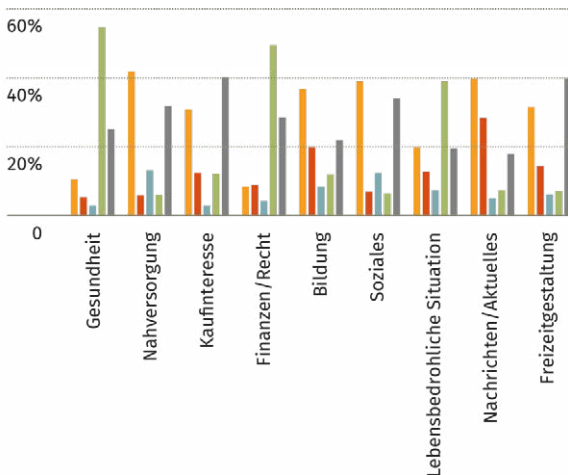
Handlungsempfehlungen

Privatpersonen könnten vom Ausbau ihrer Kompetenzen profitieren, besonders in der Bewertung von Informationen und Quellen. Anzuraten ist eine Sensibilisierung und Aufklärung, zum einen über die Dynamiken des Internets als besonderer Informationsraum, in dem Unternehmen wie etwa Google agie-

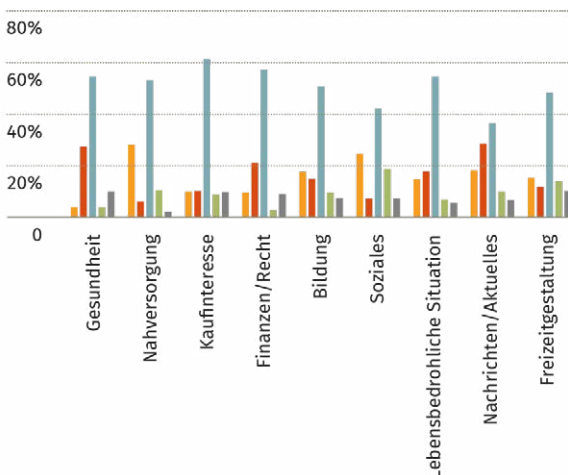
ren und mit Informationen Umsatz generieren. Zum anderen sollten die menschlichen Wahrnehmungsprozesse thematisiert werden, etwa der sogenannte Bestätigungsfehler, der beschreibt, dass Informationen, die die eigene Meinung bekräftigen, verstärkt wahrgenommen werden. Hilfestellung könnten hierbei lokale Bildungsanbieter wie Volkshochschulen oder Bibliotheken leisten, die die Vermittlung von Methoden zur Informationsbewertung in existierende Maßnahmen zur Kompetenzförderung integrieren können.

Auf kommunaler Ebene kann der Ausbau von Kommunikationskanälen helfen: Je mehr unterschiedliche Wege genutzt werden, um lokal relevante Informationen zu teilen, desto heterogenere Zielgruppen können erreicht werden, so ein Ergebnis der Untersuchung. Ein 35-jähriger erklärte, die Kommune könnte durch eine vermehrte Aktivität bei Facebook „auf jeden Fall viel mehr Bürger erreichen. Das wäre absolut hilfreich“. Konkrete Inhalte könnten sein: Ereignisse auf dem Marktplatz oder im Jugendtreff, Straßensperrungen aufgrund des Stadtfests, Details zu Bandauftritten, Stellenangebote und Wohnungsanzeigen. Ein Profil könnte kollektiv von verschiedenen Akteuren des Gemeindelebens bespielt werden, damit Bürgermeister, Pfarrerin, Angestellte der Apotheke oder des Dorfladens Einblicke in ihren Arbeitsalltag ermöglichen. Ebenfalls wäre ein Streaming der Ratssitzungen denkbar, um die Bürgerbeteiligung zu erhöhen und Transparenz zu schaffen.

Ein weiterer Verbesserungsansatz besteht darin, die Gemeinde-Websites zu optimieren. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Aktualität der Inhalte, einer verbesserten Übersichtlichkeit, der Suchfunktion sowie der Verlinkung von lokal relevanten Websites. Für ein gesteigertes Zugehörigkeitsgefühl der Gemeindeangehörigen kann es hilfreich sein, transparent über interne Bearbeitungsschritte zu informieren oder die Menschen vor Ort aktiv durch Beteiligungsformate einzubeziehen. ■



Die Befragten nutzen diese Offline-Quellen. n=495



Online nutzen die Befragten diese Quellen. n=495

SERVICE:

Zur Projektwebsite: <https://t1p.de/dilra>



KONTAKT:

Laurine Oldenburg
 Institut für Informationswissenschaft
 und Sprachtechnologie
 Universität Hildesheim
laurine.oldenburg@uni-hildesheim.de
www.uni-hildesheim.de/fb3/institute/iwist



Verstehen, wie die anderen arbeiten

Um auf Augenhöhe über Interessen von Landwirtschaft und Naturschutz zu diskutieren, bedarf es einer gemeinsamen Gesprächsbasis. Ein Projekt hat zum Ziel, Studierenden aus beiden Bereichen den Zugang zu Wissen aus dem jeweils anderen zu ermöglichen.

Professor

Michael Rudner

leitet das Verbundprojekt „LandWirt Schafft ArtenVielfalt“ (WISAVI), das seit dem Wintersemester 2022/23 an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf mehrere Module zum Thema Biodiversität anbietet. <https://forschung.hswt.de> > Suche: WISAVI

„Herr Professor Rudner, wieso lernen Studierende der Agrarwissenschaft aus Ihrer Sicht bislang zu wenig über Biodiversität? Das traditionelle Curriculum der Landwirtschaftsstudiengänge betrachtet Biodiversität als Randthema. Für mich ist aber schon länger wahrnehmbar, dass die Studierenden mehr Interesse für ökologische Fragestellungen entwickeln. Es sind nicht mehr nur ganz wenige Studierende, die sich trauen, Module dazu zu belegen. Seit einiger Zeit bieten wir im Landwirtschaftsstudium das Modul „Biologie und Agrarökologie“ an. Wir können aber mit diesem einen Modul das Thema nicht komplett abdecken, deshalb haben wir im Rahmen des Projekts „Landwirt schafft Artenvielfalt“ weitere Angebote entwickelt. Auch für den Studiengang „Umweltsicherung“ gibt es

zusätzliche Angebote. Die Studierenden behandeln in diesem Fach das Biodiversitäts-Spektrum intensiv, aber sie beschäftigen sich kaum mit landwirtschaftlichen Zusammenhängen. Sie haben dadurch also auch eine Wissenslücke.

Biodiversität ist in der Gesellschaft zum großen Thema geworden. Hat das die Studierenden der Landwirtschaft sensibilisiert?

In Bayern gab es 2018 das Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Viele Studierende der Landwirtschaft fühlten sich dadurch unter Druck gesetzt. Bereits ein Jahr zuvor hatten wir ein Projekt zur Weiterbildung für Landwirte und Mitarbeitende von Kommunen, die mit Landbewirtschaftung zu tun haben, gestartet. Daran waren beide Fakultäten, die für Landwirtschaft sowie die für Umweltingenieurwesen, beteiligt. Wir möchten die jungen Menschen dazu bringen, Biodiversität als ernstzunehmendes Thema zu betrachten und dazu eine fundierte Position zu finden. Mein Rat für die Studierenden der Landwirtschaft ist: Setzen Sie sich damit auseinander. Als Unternehmer können Sie selbst entscheiden, was Sie tun, aber werden Sie aktiv! Verlassen Sie die passive Rolle! Wir wollen den Studierenden die Möglichkeit geben, das Thema so sehr zu vertiefen, wie sie möchten.

Es ist also ein Ziel des Projekts, Studierende aus beiden Fachbereichen sprechfähig zu machen.

Ja. Gleichzeitig ist Beratung zur Biodiversität mittlerweile ein Berufsfeld geworden. Im Nachgang des Volksbegehrens wurden in Bayern 50

Stellen in der Biodiversitätsberatung geschaffen, 50 Stellen in der Wildlebensraumberatung und über 20 Stellen in der Streuobstberatung. In vielen anderen Bundesländern tut sich ebenfalls einiges. Bis jetzt sind schon mindestens zehn unserer Absolventinnen und Absolventen aus der Umweltsicherung in der Biodiversitätsberatung in Bayern tätig. Um mit Landwirtinnen und Landwirten diskutieren zu können, brauchen sie ein gutes Fundament. Wir wollen die passende Grundlage dafür schaffen, denn das Miteinanderreden ist nicht nur eine Frage der Haltung – dafür braucht es auch ein Verständnis für die Rahmenbedingungen, zu denen die anderen arbeiten.

Wird es mehr derartige Angebote an anderen Hochschulen geben?

Die Technische Hochschule Bingen hatte sofort Interesse an einer Kooperation. Sie bietet seit Längerem einen Master-Studiengang „Landwirtschaft und Umwelt“ an. Wir haben uns im Projekt die Zuständigkeiten aufgeteilt, sodass sich Triesdorf mit dem Bachelor- und Bingen mit dem Masterstudium beschäftigt. Ich gehe davon aus, dass sich auch an anderen Hochschulen viel tun wird, da sich der Beratungssektor weiterentwickelt. Um genügend Fachleute zu bekommen, sollten wir sowohl mit dem Studium ausbilden als auch Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten.

Herr Professor Rudner, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Andrea Birrenbach. ■

„Mein Rat für die Studierenden der Landwirtschaft: Setzen Sie sich mit Biodiversität auseinander.“



LEADER bürgernah

Ein Gastkommentar von Samo Darian zum Fokusthema der kommenden Ausgabe „LEADER startet durch“



Samo Darian leitet seit 2015 das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“ der Kulturstiftung des Bundes. www.trafo-programm.de

Mit der Brille der Kulturförderung haben wir uns vor einigen Jahren LEADER angeschaut. Denn LEADER erreicht viele Menschen in ländlichen Räumen und sein Ansatz überzeugt. Am wichtigsten: Die Entscheidungen, was gefördert wird, werden vor Ort getroffen. Uns ist jedoch eine Diskrepanz aufgefallen: LEADER präsentiert sich mit dem Bottom-up-Ansatz als das Instrument, das den Menschen in der Region am nächsten ist. In der Umsetzung stößt das aber an Grenzen – zumindest, wenn es um kulturelle oder soziale Vorhaben geht. Denn in der Kultur gibt es in ländlichen Räumen vor allem kleine Strukturen und viele Ehrenamtliche, die sich engagieren. Oft ist eine Förderung dieser kleinen und ehrenamtlichen Vorhaben über LEADER nur schwer oder gar nicht möglich. Da entstehen Enttäuschungen. Ich plädiere dafür, LEADER mehr in Richtung Bürgernähe zu entwickeln. Oder neben das bestehende LEADER-Programm ein Kultur-LEADER zu stellen, das anders funktioniert.

Wie das gehen könnte, haben wir in einem Empfehlungspapier zusammengefasst. Einige Vorschläge: dass die Vorfinanzierung wegfällt und die Projektträger zwischendurch Auszahlungen erhalten. Oder, dass die Eigenanteile auf 20 Prozent gesenkt werden. Am wichtigsten vielleicht: dass die Antragstellung auf einer Maßnahmen- und Budgetplanung

beruhen kann – und nicht mit dem Antrag bereits drei Kostenvoranschläge vorgelegt werden müssen. Dies ist zwar für ein Bauvorhaben sinnvoll, nicht aber für ein Theaterprojekt oder ein Konzertvorhaben eines kleinen Vereins. Wenn man Menschen erreichen möchte, die kleinere, auch ehrenamtliche Vorhaben umsetzen wollen, dann muss sich das in der Umsetzung der Förderung niederschlagen. Und all die genannten Instrumente kennen wir aus der Kulturförderung.

Manche werden sagen: Aber in Brandenburg sind Zwischenauszahlungen in LEADER möglich, oder in Sachsen können wir 80 Prozent der Kosten fördern. Und das stimmt auch, denn wenngleich LEADER ein europäisches Instrument ist, hat es doch in jedem Bundesland eigene Regeln. In jedem Fall gibt es in diesem Regelungsumfang einen Änderungsbedarf. Eines bleibt noch zu sagen: Vielleicht geht es nicht nur um weniger Bürokratie, sondern um einen Wandel der Bürokratie. Dabei lohnt es sich, einen Blick darauf zu werfen, wie die Projektförderung im Kulturbereich funktioniert. Denn von der Basis der LEADER-Szene hören wir immer wieder: Wir haben schon viel in Beton investiert und viel erreicht, jetzt wünschen wir uns, noch mehr nicht-investive Vorhaben zu fördern. Wie reagiert man darauf? Vielleicht, indem man sich etwas von anderen Förderinstrumenten abschaut, die das schon können. ■



Stimmen Sie dem zu?

Oder sehen Sie es anders?

An dieser Stelle veröffentlichen wir Ihre Leserbriefe zur Position und zu den Inhalten unseres Magazins. Schicken Sie uns Ihre Meinung per E-Mail an landinform@ble.de, per Fax oder auch gerne per Post. Ihre LandInForm-Redaktion

angelesen



Geflüchtete in ländlichen Regionen

Spätestens seit der Zuwanderungswelle 2014 setzen sich ländliche Regionen mit Fragen der Integration und gesellschaftlicher Teilhabe auseinander. Dabei sehen einige Kommunen und Landkreise die Zuwanderung von Geflüchteten nicht ausschließlich als humanitäre Aufgabe, sondern als Entwicklungschance im Kontext von Abwanderung, Alterung und Fachkräftemangel.

Auch die Migrations- und Integrationsforschung beschäftigt sich zunehmend mit spezifischen Fragen ländlicher Regionen. Der vorliegende Sammelband präsentiert die Ergebnisse des Verbundprojekts „Zukunft für Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands“ und gibt differenzierte Antworten auf die Fragen, ob und wie die Integration Geflüchteter und die Entwicklung ländlicher Räume erfolgreich verbunden werden können. Untersucht wurden dabei jeweils zwei Landkreise in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Sachsen.

Das Autorenteam analysiert, wie viele Zugewanderte bleiben und wer die Bleibenden sind. Auch thematisiert es strukturelle Rahmenbedingungen und individuelle Konstellationen, die das Bleiben wahrscheinlicher machen. Eine ländliche Siedlungsstruktur mit weiten Entfernungen erschwert es, Einrichtungen der Bildung und Gesundheit sowie Angebote der Grundversorgung und Daseinsvorsorge zu erreichen. Deshalb untersuchten die Autoren die Mobilität von Geflüchteten: aus der Perspektive der Geflüchteten, der lokalen Bevölkerung und der Verwaltung. Dabei bestätigte sich der Zusammenhang von gelingender Alltagsmobilität und Teilhabe.

Zudem analysieren sie, inwiefern „Bleiben“ und „Halten“ mit den Einstellungen der Lokalbevölkerung zusammenhängen. Explizit heben sie die zentrale Bedeutung ehrenamtlicher Unterstützung und ihrer Brückenfunktion hervor. Auch administrative Strukturen hätten ihren Anteil an einer erfolgreichen Integration. Nicht zuletzt komme es vor allem auf die Handelnden auf allen Seiten an, ob Integration gelinge. [mok]

Peter Mehl, Johanna Fick, Birgit Glorius, Stefan Kordel, Hannes Schammann (Hrsg.): Geflüchtete in ländlichen Regionen Deutschlands. Studien zur Migrations- und Integrationspolitik, 266 Seiten, 43 Euro, ISBN 978-3-658-36688-9, kostenloser Download unter <https://link.springer.com>



Ist die Krise eine Chance?

Die Publikation beschreibt die vielschichtigen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die ländlichen Räume. Für Lesende ist das eine Beschreibung der Realität, die nach drei Jahren vielfach zum Alltag geworden ist und sich mindestens beim veränderten Umgang in Sachen Digitalisierung bemerkbar macht. So auch im ländlichen Tourismussektor, der mit digitaler Weiterentwicklung auf die starke Nachfrage während der Pandemie reagiert hat und sich jetzt die Frage stellt, wie diese Nachfrage verstetigt werden kann. Denn aktuell zeichne sich ab, dass wieder verstärkt Fernreisen nachgefragt werden.

Im Hinblick auf den Umgang mit Saisonarbeitskräften kommt das Autorenteam zu dem Schluss, dass ein „Durchhalten“ mit der Hoffnung, so weitermachen zu können wie vor der Corona-Krise, an erster Stelle steht. Regionale Produzenten und Direktvermarkter allerdings nehmen eine andere Perspektive ein, denn durch Corona wurden sie gestärkt, und der Fokus auf regionale Wertschöpfung hat eindeutig Aufwind bekommen – mit positiven Nebenwirkungen, die zur Stärkung ländlicher Regionen beitragen.

Eine Studie zeigt, dass Dorfläden von Corona profitiert haben – sowohl was den Umsatz, die regionale Wertschöpfung als auch die Wertschätzung angeht – und auch die Lebensqualität der Dorfbewohner durch das Angebot vor Ort gesteigert wurde. Obwohl sie als Treffpunkte weniger frequentiert waren und damit auch die Umsätze in dazugehöriger Gastronomie zurückgingen, wird die wirtschaftliche Situation durchaus positiv bewertet. Auch kollaborative Orte wie Coworking-Spaces haben von der Krise profitiert. Das konnten bereits Untersuchungen während der Pandemiezeit zeigen. Dass Unternehmen die Krise als Chance begreifen sollten, um zukünftig flexibler zu reagieren und sich resilient aufzustellen, wird in der Publikation klar empfohlen.

Alles in allem eröffne die Covid-19-Pandemie ein Spannungsfeld zwischen den beiden Polen „Krise als Chance“ und „zurücksteuern zu Altbekanntem“. [awr]

Lena Greinke, Ulrike Grabski-Kieron, Ingo Mose, Anja Reichert-Schick, Annett Steinführer (Hrsg.): Krise als Chance? Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf ländliche Räume. Ländliche Räume: Beiträge zur lokalen und regionalen Entwicklung Band 9, 2022, 183 Seiten, 29,90 Euro, ISBN 978-3-643-15082-0

angekündigt

Ökosysteme wiederherstellen

Mit der „UN-Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen 2021 bis 2030“ rufen die Vereinten Nationen dazu auf, sich verstärkt dafür einzusetzen, Naturlebensräume zurückzugewinnen. In diesem Rahmen zeichnet das Bundesumweltministerium gemeinsam mit dem Bundesamt für Naturschutz Projekte zur Renaturierung, Erhaltung oder Pflege von Ökosystemen aus. Die aktuelle Bewerbungsrunde zu Mooren und Feuchtgebieten in Deutschland läuft bis zum 15. Juni 2023, gesucht werden repräsentative Projekte. Bis 2024 folgen zwei weitere Bewerbungsrunden: Projekte zu Gewässern und Auen können bis November 2023 eingereicht werden, solche zu Küsten und Meeren bis Juni 2024. [abb]

www.undekade-restoration.de

Auf Ideenreisen gehen

Was kann Kultur in ländlichen Regionen bewegen? Dieser Frage widmet sich das Programm „TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel“ der Kulturstiftung des Bundes in diesem Jahr bei sogenannten Ideenreisen. Gemeinsam mit unterschiedlichen Kooperationspartnern lädt TRAFO zu zweitägigen Exkursionen ein. Bei „Ideenreise #7“ ist die DVS Kooperationspartner: Am 25. und 26. April sind Interessierte eingeladen, sich unter dem Motto „Kultur schafft Begegnung“ damit auseinanderzusetzen, wie kulturelle Initiativen in der deutsch-tschechischen Grenzregion zusammenarbeiten. Zuvor führt „Ideenreise #6“ am 19. und 20. April nach Brandenburg; Partner ist dabei die Bundeszentrale für politische Bildung. Die Teilnehmenden gehen der Frage nach, wie Kunst zur Stärkung der Demokratie beitragen kann. [abb]

www.trafo-programm.de > Suche: Ideenreisen
www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kultur

Förderungen für Bürgerenergie und Wärmepläne

Für eine Umstellung auf klimafreundliche Technologien: Mit der Förderrichtlinie „Bürgerenergiegesellschaften bei Windenergie an Land“ unterstützt das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) die Planung, Genehmigung und Errichtung von Windkraftanlagen mit bis zu 200 000 Euro. Die Maßnahme ist bis zum 31. Dezember 2026 befristet.

Zudem fördert das BMWK Kommunen bei der Erstellung von kommunalen Wärmeplänen. Die Unterstützung umfasst bis zu 60 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben für Dienstleistungen wie Planen, Organisieren und Begleiten einer klimafreundlichen Wärmeversorgung. Bei Antragsstellung bis zum 31. Dezember 2023 gilt eine erhöhte Förderquote von 90 Prozent. [abb]

www.bmwk.de > Suche: Bürgerenergie; Wärmeplanung



LandInForm

Ab sofort möchte ich **kostenlos** LandInForm – Magazin für Ländliche Räume abonnieren. Bitte schicken Sie mir von jeder aktuellen Ausgabe ___ Exemplar/e.

bitte freimachen

Einverständniserklärung (Bitte ankreuzen!)

- Ich bin damit einverstanden, dass die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung meine unten angegebenen personenbezogenen Daten für das kostenlose Abonnement der Zeitschrift LandInForm erfasst, speichert und von den externen Dienstleistern, die ich auf www.land-inform.de einsehen kann, eingeben, für den Versand bearbeiten und aktualisieren lässt. Ich kann mein Einverständnis jederzeit widerrufen und das Abonnement per E-Mail kündigen.

Name

Institution (ggf. plus LAG-Name)

Postanschrift

Telefon E-Mail

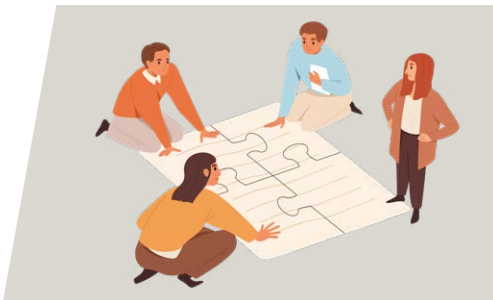
Funktion des Abonnenten Arbeitsfeld der Institution

Unterschrift

Sie können LandInForm auch im Internet unter www.land-inform.de bestellen oder den QR-Code oben links dafür nutzen.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

**Im Fokus unserer nächsten Ausgabe:
LEADER startet durch**



Termine

25. und 26. April	Kultur schafft Begegnung ✨ Exkursion in der deutsch-tschechischen Grenzregion siehe Seite 51	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/kultur TRAFO, DVS
22. bis 24. Mai	Bundesweites LEADER-Treffen ✨ Veranstaltung mit Exkursionen in Baunatal (Hessen) siehe Seite 8	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/leadertreffen DVS
24. und 25. Mai	ASG-Frühjahrstagung Tagung in Schwerin	www.asg-goe.de/tagungen.shtml Agrarsoziale Gesellschaft (ASG)
15. Juni	Transfer-Werkstatt: Klima ✨ Online-Veranstaltung	www.netzwerk-laendlicher-raum.de/transferwerkstatt DVS
22. bis 24. Juni	Bundestreffen der Regionalbewegung ✨ Veranstaltung in Farchant (Bayern)	www.regionalbewegung.de/bundestreffen Bundesverband der Regionalbewegung

Die DVS-Termine finden Sie unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/veranstaltungen
Weitere Termine in unserem Kalender unter www.netzwerk-laendlicher-raum.de/service/termine

Unser Fokus-Cartoon

von Mele

ACH KOMM, PAPA. LASS UNS DA MITMACHEN.
REGENERATIV, CO₂-NEUTRAL, GÜNSTIGER,
KLIMAFREUNDLICH, UNABHÄNGIG...
DENK DOCH AN DIE ZUKUNFT DEINER ENKEL!

